



22. Mai 2019

BARCLAYS BANK PLC

(errichtet mit beschränkter Haftung in England und Wales)

NACHTRAG

GEMÄß § 16 ABS. 1 WERTPAPIERPROSPEKTGESETZ ("**WPPG**")

ZU DEN FOLGENDEN BASISPROSPEKTEN:

(DIE "**BASISPROSPEKTE**):

RSSP BASISPROSPEKT A VOM 24. JULI 2018 IN DER DURCH DIE VORHERGEHENDEN
NACHTRÄGE VOM 28. AUGUST 2018 UND 15. NOVEMBER 2018 GEÄNDERTEN FASSUNG

(DER "**RSSP BASISPROSPEKT A**")

FÜR

AKTIEN- UND AKTIENINDEXBEZOGENE WERTPAPIERE (DIE "**RSSP WERTPAPIERE**")

(DRITTER NACHTRAG)

BASISPROSPEKT PROSPER A VOM 12. OKTOBER 2018 IN DER DURCH DEN VORHERGEHENDEN
NACHTRAG VOM 15. NOVEMBER 2018 GEÄNDERTEN FASSUNG

(DER "**BASISPROSPEKT PROSPER A**")

FÜR

WERTPAPIERE, DIE AN EIN FIKTIVES PORTFOLIO GEKOPPELT SIND

(DIE "**PROSPER A WERTPAPIERE**")

(ZWEITER NACHTRAG)

(DIE RSSP WERTPAPIERE UND DIE PROSPER A WERTPAPIERE, DIE "**WERTPAPIERE**")

Anleger, die vor der Veröffentlichung dieses Nachtrags eine auf den Erwerb oder die Zeichnung von Wertpapieren, die unter Endgültigen Bedingungen zu den Basisprospekten begeben wurden, gerichtete Willenserklärung abgegeben haben, haben das Recht, diese gemäß § 16 Abs. 3 WpPG innerhalb einer Frist von zwei Werktagen nach Veröffentlichung des Nachtrags zu widerrufen, sofern der neue Umstand oder die Unrichtigkeit gemäß § 16 Abs. 1 WpPG vor dem endgültigen Schluss des öffentlichen Angebots und vor der Lieferung der Wertpapiere eingetreten ist.

Der Widerruf (der nicht begründet werden muss) ist in Textform gegenüber derjenigen Stelle zu erklären, gegenüber der der jeweilige Anleger seine auf den Erwerb oder die Zeichnung der Wertpapiere gerichtete Willenserklärung abgegeben hat. Falls Barclays Bank PLC die Gegenpartei des Erwerbsgeschäfts war, ist der Widerruf an Barclays Bank PLC, 1 Churchill Place, London, E14 5HP, Vereinigtes Königreich, zu richten. Für die Wahrung der Widerrufsfrist ist die rechtzeitige Abgabe der Erklärung ausreichend.

Während der Gültigkeitsdauer der Basisprospekte sowie solange im Zusammenhang mit den Basisprospekten begebene Wertpapiere an einer Börse notiert sind oder öffentlich angeboten werden, werden Kopien dieses Nachtrags und der Basisprospekte in der Fassung eventueller Nachträge, auf Anfrage zur kostenlosen Ausgabe bei Barclays Bank PLC, 1 Churchill Place, London, E14 5HP, Vereinigtes Königreich, und auf der Internetseite der Emittentin <https://www.home.barclays/prospectuses-and-documentation/structured-securities/prospectuses> bereitgehalten.

INHALTSVERZEICHNIS

| Basisprospekt | Abschnitt im Basisprospekt | Nachtragspunkt | Seite |
|---|---|-----------------------|--------------|
| RSSP Basisprospekt A Basisprospekt Prosper A | INHALTSVERZEICHNIS | I. | 4 |
| RSSP Basisprospekt A Basisprospekt Prosper A | ZUSAMMENFASSUNG | II., III. und IV. | 4 ff. |
| RSSP Basisprospekt A Basisprospekt Prosper A | SUMMARY | V., VI. und VII. | 14 ff. |
| RSSP Basisprospekt A Basisprospekt Prosper A | RISIKOFAKTOREN | VIII. | 22 ff. |
| RSSP Basisprospekt A | RISIKOFAKTOREN | IX. | 36 ff. |
| Basisprospekt Prosper A | RISIKOFAKTOREN | X. | 41 ff. |
| RSSP Basisprospekt A Basisprospekt Prosper A | RISIKOFAKTOREN | XI. | 45 ff. |
| RSSP Basisprospekt A | PER VERWEIS EINBEZOGENE ANGABEN | XII. | 47 ff. |
| Basisprospekt Prosper A | PER VERWEIS EINBEZOGENE ANGABEN | XIII. | 49 ff. |
| RSSP Basisprospekt A Basisprospekt Prosper A | ALLGEMEINE INFORMATIONEN | XIV. | 51 |
| RSSP Basisprospekt A Basisprospekt Prosper A | ALLGEMEINE INFORMATIONEN | XV. | 51 |
| RSSP Basisprospekt A Basisprospekt Prosper A | INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN | XVI. | 52 ff. |

Die nachtragsbegründenden Umstände für die Aktualisierung der Basisprospekte sind:

- Die Veröffentlichung des Geschäftsberichts 2018 der Barclays Bank PLC, der am 21. Februar 2019 (der Zeitpunkt des nachtragsrelevanten Umstands) bei der US Securities and Exchange Commission (SEC) mittels Form 20-F für die am 31. Dezember 2017 und 31. Dezember 2018 endenden Geschäftsjahre eingereicht worden ist; und
- die Veröffentlichung einer Aktualisierung in Bezug auf das Rating der Emittentin am 21. Dezember 2018; und
- eine Aktualisierung der Vorstandsmitglieder der Emittentin, die am 27. März 2019 veröffentlicht wurde.

Die folgenden Abschnitte der Basisprospekte sind von den Änderungen betroffen:

- I.** In den Basisprospekten wird in den Inhaltsverzeichnissen jeweils der Gliederungspunkt "**Die Bank und die Gruppe**" durch "**Die Bank, die Bankengruppe und die Gruppe**" ersetzt.
- II.** In den Basisprospekten wird in dem Abschnitt "**Zusammenfassung**" jeweils der Abschnitt B.4b "**Bekannte Trends, die sich auf die Emittentin und die Branchen, in denen die Emittentin tätig ist, auswirken**" wie folgt ersetzt:

| | | |
|-------------|--|--|
| B.4b | Bekannte Trends, die sich auf die Emittentin und die Branchen, in denen die Emittentin tätig ist, auswirken | Nicht anwendbar. Der Emittentin sind keine Trends bekannt. |
|-------------|--|--|

- III.** In den Basisprospekten werden in dem Abschnitt "**Zusammenfassung**" jeweils die Abschnitte B.12 "**Ausgewählte wesentliche historische Finanzinformationen**" und B.13 "**Jüngste Ereignisse, die für die Bewertung der Zahlungsfähigkeit der Emittentin im hohen Maße relevant sind**" wie folgt ersetzt:

| | | |
|-------------|--|--|
| B.12 | Ausgewählte wesentliche historische Finanzinformationen | Ausgewählte Finanzinformationen der Emittentin für die zum 31. Dezember 2018 und 31. Dezember 2017 endenden Jahre Die folgenden Finanzinformationen sind dem geprüften konsolidierten Konzernabschluss der Emittentin für das zum 31. Dezember 2018 bzw. zum 31. Dezember 2017 endende Jahr entnommen: |
|-------------|--|--|

| | | Zum 31.12.2018 GBP Mio. | Zum 31.12.2017 GBP Mio. |
|-------------|---|---|---|
| | | 877.700 | 1.129.343 |
| | Kredite und Forderungen zu fortgeführten Anschaffungskosten | 136.959 | 324.590 |
| | Einlagen zu fortgeführten Anschaffungskosten | 199.337 | 399.189 |
| | Gesamtes Eigenkapital | 47.711 | 65.734 |
| | Minderheitsbeteiligungen | 2 | 1 |
| | | Für das am 31.12.2018 endende Jahr GBP Mio. | Für das am 31.12.2017 endende Jahr GBP Mio. |
| | Gewinn vor Steuern aus fortzuführenden Geschäftsbereichen | 1.286 | 1.758 |
| | Wertminderungsaufwand und andere Rückstellungen | (643) | (1.553) |
| | Keine wesentliche Verschlechterung der Aussichten der Emittentin | Entfällt. Die Aussichten der Emittentin haben sich seit dem 31. Dezember 2018, dem Datum des letzten veröffentlichten geprüften Abschlusses, nicht wesentlich verschlechtert. | |
| | Keine wesentlichen Veränderungen bei der Finanzlage oder Handelsposition der Bankengruppe | Entfällt. Es gab keine wesentliche Veränderung in der Finanzlage oder Handelsposition der Bankengruppe seit dem 31. Dezember 2018. | |
| B.13 | Jüngste Ereignisse, die für die Bewertung der Zahlungsfähigkeit der Emittentin im hohen Maße relevant sind | Entfällt. Es liegen keine relevanten Ereignisse vor. | |

IV. In den Basisprospekten wird in der "**Zusammenfassung**" der Abschnitt D.2 wie folgt ersetzt:

| | | |
|------------|---|--|
| D.2 | Zentrale Angaben zu den zentralen Risiken, die der Emittentin eigen sind | Die nachstehend beschriebenen Risiken sind die vom oberen Management identifizierten wesentlichen Risiken in Bezug auf die Bankengruppe. (i) Wesentliche bestehende und entstehende Risiken, die sich auf mehr als ein Hauptrisiko auswirken |
|------------|---|--|

| | | |
|--|--|--|
| | | <p style="text-align: center;">können</p> <p>Geschäftsbedingungen, allgemeine Wirtschaftslage und geopolitische Lage:</p> <p>Die verschiedenen Geschäftsfelder der Bankengruppe erstreckt sich über zahlreiche Länder und Typen von Kunden. Die Bandbreite dieser Tätigkeiten führt dazu, dass eine Verschlechterung des wirtschaftlichen Umfelds oder eine zunehmende politische Instabilität in Ländern, in denen die Bankengruppe tätig ist, oder in Volkswirtschaften, die aus systematischer Sicht wichtig sind, nachteilige Folgen für die Finanz- und Ertragslage und die Aussichten der Bankengruppe haben kann.</p> <p>Austrittsverfahren des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union ("EU")</p> <p>Die Unsicherheit rund um den Brexit dauerte das gesamte Jahr 2018 an und nahm in der zweiten Jahreshälfte weiter zu. Die vollständige Auswirkung des Austritts wird sich möglicherweise erst in den folgenden Jahren zeigen, wenn die Wirtschaft sich den neuen Rahmenbedingungen angepasst hat. Die Bankengruppe wird jedoch auch weiterhin die meisten relevanten Risiken überwachen, einschließlich solcher Risiken, die sich kurzfristig auf ihr Geschäft auswirken:</p> <ul style="list-style-type: none"> • stärkere Marktvolatilität, einschließlich Währungs- und Zinsvolatilität, was sich auf den Wert der Positionen im Handelsbuch der Bankengruppe auswirken könnte; • das Potenzial einer Ausweitung des Kreditspreads von Instituten im Vereinigten Königreich könnte zu einem geringeren Interesse der Anleger für die von der Bankengruppe ausgegebenen Schuldtitel führen, was sich negativ auf die Kosten von und/oder den Zugang zu Finanzierungen auswirken könnte; • eine die Bankengruppe direkt betreffende Herabstufung durch eine Ratingagentur oder eine die Bankengruppe indirekt betreffende Herabstufung aufgrund der Herabstufung der Regierung des Vereinigten Königreichs könnte zu erheblich höheren Kreditkosten und Kreditspreads für die Bankengruppe führen und sich wesentlich nachteilig auf die Zinsmargen und Liquiditätsposition der Bankengruppe auswirken; • Änderungen der langfristigen Prognose für Zinssätze im Vereinigten Königreich könnten auch die Pensionsverbindlichkeiten und den Marktwert von Kapitalbeteiligungen zur Finanzierung dieser Verbindlichkeiten nachteilig beeinflussen. • Es besteht ein höheres Risiko einer Rezession im Vereinigten Königreich mit geringerem Wachstum, höherer Arbeitslosigkeit und sinkenden Immobilienpreisen. Dies würde sich wahrscheinlich negativ auf eine Reihe von Portfolios der Bankengruppe auswirken; |
|--|--|--|

| | | |
|--|--|---|
| | | <ul style="list-style-type: none"> • die Einführung von Handels- und Zollschranken zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU könnte zu Verzögerungen und höheren Kosten beim Warenverkehr für Geschäftskunden führen. Dies wiederum könnte das Niveau der Kreditausfälle von Kunden und Geschäftsvolumina beeinträchtigen, was zu höheren Wertminderungen und geringeren Umsatzerlösen der Bankengruppe führen könnte; • Änderungen der aktuellen EU "Passporting"-Rechte werden wahrscheinlich weitere Anpassungen des aktuellen Modells für grenzüberschreitende Bankgeschäfte der Bankengruppe erforderlich machen, was zu einer höheren operativen Komplexität und/oder zu höheren Kosten führen könnte; • die Fähigkeit qualifizierte und kompetente Mitarbeiter zu gewinnen und an sich zu binden, kann von dem zukünftigen Vorgehen des Vereinigten Königreichs und der EU im Hinblick auf die EU-Freizügigkeit und Einwanderung aus EU-Ländern beeinflusst werden und dies kann wiederum den Zugang der Bankengruppe zum Talentpool der EU beeinträchtigen; • der rechtliche Rahmen, in dem die Bankengruppe tätig ist, könnte sich ändern und ungewisser werden, wenn das Vereinigte Königreich Maßnahmen ergreift, um derzeit geltende Gesetze, die sich auf EU-Recht und -Regulierung (einschließlich einer EU-Regulierung des Bankensektors) beziehen, nach ihrem Austritt aus der EU abzuschaffen; • sollte das Vereinigte Königreich ihren automatischen Status als Mitglied in der Single Euro Payments Area (SEPA) verlieren, so könnte sich dies auf die Effizienz von und den Zugang zu europäischen Zahlungssystemen auswirken. Darüber hinaus könnte der Wegfall der automatischen Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) oder des Zugangs zu Finanzmarktinfrastruktur die Erbringung von Dienstleistungen an Kunden beeinträchtigen und wahrscheinlich zu einem geringeren Marktanteil, geringeren Umsatzerlösen und höheren Betriebskosten der Bankengruppe führen; und • es bestehen bestimmte Durchführungsrisiken im Hinblick auf die Übertragung der europäischen Geschäfte der Bankengruppe auf die Barclays Bank Ireland PLC. <p>Steigende Zinssätze haben einen negativen Einfluss auf Kreditbedingungen:</p> <p>Wenn Zentralbanken ihre Zinssätze insbesondere auf den Hauptmärkten der Bankengruppe - im Vereinigten Königreich und in den USA - anheben, könnte sich dies auf die Erschwinglichkeit von Krediten für Verbraucher und die Ertragskraft von Unternehmen auswirken.</p> <p>Während steigende Zinssätze sich auf die Ertragskraft der</p> |
|--|--|---|

| | | |
|--|--|--|
| | | <p>Bankengruppe positiv auswirken könnten, da die Erträge aus dem Privatkunden- und Unternehmenskundengeschäft aufgrund einer Verringerung der Marge zunehmen würden, können zukünftige Zinssteigerungen in unerwartet großen Schritten zu einer Belastung der Kreditportfolios und der Underwriting-Aktivitäten der Bankengruppe führen. Höhere Zahlungsausfälle, die zu einer erhöhten Wertminderung führen, würden vor allem unbesicherte Privatkundenportfolios und die Vergabe von Krediten an Großkunden ohne "Investment Grade" beeinflussen.</p> <p>Änderungen von Zinssätzen könnten sich ebenfalls nachteilig auf den Wert der erstklassigen liquiden Vermögenswerte, die Bestandteil der Anlagetätigkeit der Treasury-Funktion der Bankengruppe sind, auswirken. Somit könnte dies über die FVOCI (<i>Fair Value through Other Comprehensive Income</i> nach IFRS 9)-Rücklagen der Bankengruppe eine höhere Volatilität als erwartet erzeugen.</p> <p>Regulatorische Änderungen und Auswirkung auf das Geschäftsmodell:</p> <p>Die Bankengruppe unterliegt weiterhin in hohem Maße fortlaufenden regulatorischen Änderungen und zunehmenden Kontrollen in vielen Ländern, in denen sie tätig ist (dies umfasst insbesondere das Vereinigte Königreich und die USA). Eine aufsichtsrechtliche Intensivierung und erhöhte Anforderungen in Verbindung mit Unsicherheiten (insbesondere angesichts des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU) und dem möglichen Schwächen einer internationalen Koordination des Aufsichtsrechts zu einer Zeit, in der erhöhte Aufsichtsrechtsstandards entwickelt und umgesetzt werden, kann die Geschäftstätigkeit, die Kapital- und die Risikomanagementstrategien der Bankengruppe nachteilig beeinflussen und/oder könnten in der Bankengruppe zu der Entscheidung führen, ihren Rechtsträger, ihre Kapital- und Finanzierungsstrukturen sowie die Zusammensetzung ihrer Geschäftsbereiche zu ändern oder sich aus bestimmten Geschäftsfeldern insgesamt zurückzuziehen oder ein Geschäftsfeld – trotz attraktiver Perspektiven - nicht weiter auszubauen.</p> <p>(ii) Wesentliche bestehende und entstehende Risiken, die sich auf einzelne Hauptrisiken auswirken</p> <p>Kreditrisiko</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wertminderung: Die Einführung der Wertminderungsregelungen zu Finanzinstrumenten nach IFRS 9 (wie nachstehend definiert) am 1. Januar 2018 führte zu Rückstellungen für Wertberichtigungen, die zu einem früheren Zeitpunkt und auf einer stärker zukunftsorientierten Basis berücksichtigt werden müssen und ein breiteres Spektrum von Finanzinstrumenten erfassen, als dies nach IAS 39 der Fall war und hat sich wesentlich auf die Finanzlage der Bankengruppe ausgewirkt und wird sich auch weiterhin darauf auswirken. 2. Bestimmte Sektoren und Konzentrierung: Die Bankengruppe unterliegt dem Risiko, dass sich in Bezug auf Kreditnehmer und Vertragspartner eines |
|--|--|--|

| | | |
|--|--|---|
| | | <p>bestimmten Portfolios die Bonität und die Werthaltigkeit von Forderungen ändern können. Jede Verschlechterung der Bonität könnte eine geringere Werthaltigkeit und höhere Wertminderungen in Bezug auf einen bestimmten Sektor zur Folge haben.</p> <p>3. Umweltrisiko: Die Bankengruppe ist aufgrund des Energie- und Klimawandels Kreditrisiken ausgesetzt. Infolge von umweltrechtlichen Fragestellungen können indirekte Risiken auftreten, die sich auf die Kreditwürdigkeit von Kreditnehmern auswirken und zu höheren Wertminderungen führen.</p> <p>Marktrisiko: Unsichere Vorhersagen hinsichtlich der Entwicklungsrichtung der Geldpolitik, des US-China-Konflikts, des wirtschaftlichen Abschwungs und politische Bedenken in den Vereinigten Staaten und Europa (einschließlich Brexit) sind nur einige Faktoren, die zu einem höheren Marktrisiko für die Portfolios der Bankengruppe führen können.</p> <p>Darüber hinaus ist das Handelsgeschäft der Bankengruppe im Allgemeinen über einen längeren Zeitraum einer erhöhten Preisvolatilität der Vermögenswerte ausgesetzt, insbesondere, wenn sie die Höhe der Marktliquidität nachteilig beeinflusst. Ein solches Szenario könnte die Bankengruppe in ihrer Fähigkeit zur Ausführung von Kundengeschäften beeinträchtigen und es könnte auch zu geringeren kundennachfragegetriebenen Erträgen und/ oder marktbasierter Verlusten aus dem bestehenden Portfolio von Marktrisiken führen. Diese können beinhalten, höhere Absicherungskosten abzufangen, die sich aus der Neugewichtung von Risiken ergeben, die dynamisch gehandhabt werden müssen, weil sich die Marktniveaus und die mit ihnen verbundenen Volatilitäten ändern.</p> <p>Treasury- und Kapitalrisiko: Die Bankengruppe ist möglicherweise aufgrund von Folgendem nicht in der Lage, ihre Geschäftspläne zu verwirklichen: a) Unfähigkeit, angemessene Kapitalquoten aufrecht zu erhalten; b) Unfähigkeit, ihre Verbindlichkeiten bei Fälligkeit zu erfüllen; c) Herabstufungen durch Ratingagenturen; d) nachteilige Veränderungen der Wechselkurse auf die Kapitalquoten; e) nachteilige Entwicklungen von Pensionsfonds; f) nicht handelsbezogene Marktrisiken/Zinssatzrisiken im Bankenbuch.</p> <p>Betriebliches Risiko:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Cyber-Risiko: Die Finanzbranche bleibt auch weiterhin ein Hauptziel von Cyber-Kriminellen. Sowohl kriminelles als auch staatlich veranlassenes Hacking, das auf den Diebstahl von Geld, Diebstahl, die Zerstörung oder Manipulation von Daten, einschließlich von Kundendaten, und/oder auf die Störung des Betriebs abzielt, wird immer ausgeklügelter. Andere Ereignisse wirken sich erschwerend auf Dienstleistungen und Kosten aus. Das Versäumnis, diese Bedrohung angemessen zu handhaben, was zu höheren Verlusten infolge von Betrug, der Unfähigkeit, wichtige ökonomische Tätigkeiten durchzuführen, einem Schaden für die Kunden, einer aufsichtsbehördlichen Verwarnung oder Strafzahlungen, einer gesetzlichen Haftung, einer Verringerung des Unternehmenswerts |
|--|--|---|

| | | |
|--|--|---|
| | | <p>und Reputationsschäden führen könnte.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Betrug: Kriminelle passen ihre Techniken fortlaufend an und konzentrieren sich zunehmend darauf, Kunden und Klienten gezielt mit immer raffinierten ausgeklügeltere Methoden des Social Engineerings anzusprechen. Externe Verletzungen des Datenschutzes bieten Kriminellen auch die Möglichkeit, größere Mengen von unternehmensinternen gefährdeten Daten zu missbrauchen. Diese Bedrohungen könnten zu Beeinträchtigungen der Kunden, Geschäftsverlusten, einer aufsichtsrechtlichen Verwarnung, entgangenen Geschäftsmöglichkeiten und Reputationsschäden führen. • Betriebliche Belastbarkeit: Der Ausfall oder die Störung der Geschäftsabläufe der Bankengruppe stellt ein wesentliches inhärentes Risiko innerhalb der Bankengruppe und in der gesamten Finanzdienstleistungsbranche dar, unabhängig davon, ob diese(r) durch Einflüsse auf Technologiesysteme, Immobiliendienstleistungen, Personalverfügbarkeit oder die Unterstützung wichtiger Lieferanten hervorgerufen wurde. Das Unvermögen, belastbare Geschäftsabläufe und Dienstleistungen in Bezug auf Technologien, Immobilien oder Lieferanten, von denen die Geschäftsabläufe der Bankengruppe abhängen, aufzubauen, könnte zu erheblichen Schäden für Kunden, Kosten für Entschädigungszahlungen an Kunden der Bankengruppe für deren Verluste, aufsichtsrechtlichen Verwarnungen oder Geldstrafen und Reputationsschäden führen. • Lieferantenrisiko: Die Bankengruppe hängt für die Bereitstellung vieler ihrer Dienstleistungen und die Entwicklung von Technologien von Zulieferern ab. Das Versäumnis, die Zulieferer der Bankengruppe zu überwachen und zu steuern, könnte potenziell dazu führen, dass Kundeninformationen oder wichtige Infrastrukturen und Dienste nicht ausreichend geschützt werden oder bei Bedarf nicht verfügbar sind. Das Versäumnis, das Auslagerungsrisiko angemessen zu handhaben, könnte zu gesteigerten Verlusten, der Unfähigkeit, wichtige ökonomische Handlungen durchzuführen, einem Schaden für die Kunden, einer potenziellen aufsichtsrechtlichen Verwarnung, einer gesetzlichen Haftung und einer Schädigung der Reputation führen. • Bearbeitungsfehler: Wesentliche betriebliche oder Zahlungsfehler könnten einen Nachteil für die Kunden, Verbraucher oder Vertragspartner der Bankengruppe bedeuten und zu einer aufsichtsrechtlichen Verwarnung, einer gesetzlichen Haftung, einer Schädigung der Reputation sowie einem finanziellen Verlust für die Bankengruppe führen. • Neue und neu entstehende Technologien: Die Einführung neuer Technologieformen kann auch die damit verbundenen Risiken erhöhen. Ein Versäumnis, |
|--|--|---|

| | | |
|--|--|---|
| | | <p>diese Risiken während aller Phasen der Geschäftsentwicklung auszuwerten, aktiv zu steuern und streng zu überwachen, könnte zu Nachteilen für die Kunden, einem Geschäftsverlust, einer aufsichtsrechtlichen Verwarnung, entgangenen Geschäftschancen und einer Schädigung der Reputation führen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Fähigkeit, hinreichend qualifizierte Mitarbeiter einzustellen und zu halten: Das Versäumnis, hinreichend qualifizierte und befähigte Mitarbeiter, einzustellen bzw. deren Fortgang zu verhindern, was sich nachteilig auf das finanzielle Geschäftsergebnis, Steuerungsumfeld und Niveau des Mitarbeiterengagements der Bankengruppe auswirken könnte. Dies könnte zudem zu einer Unterbrechung der Dienstleistungserbringung führen, was wiederum zu einer Entrechtung bestimmter Kundengruppen und zu einem Schaden der Kunden und der Reputation führen könnte. • Steuerliches Risiko: Es besteht das Risiko, dass die Bankengruppe Verluste aufgrund zusätzlicher steuerlicher Belastungen, anderer finanzieller Kosten oder Reputationsschäden infolge der Nichteinhaltung dieser Gesetze und Handelsbräuche oder durch das Versäumnis, ihre steuerlichen Angelegenheiten auf angemessene Weise zu handhaben, wobei ein Großteil dieses Risikos der internationalen Struktur der Bankengruppe zuzuschreiben ist, erleiden könnte. • Wichtige Schätzungen und Beurteilungen für die Bilanzierung: Bei der Erstellung von Abschlüssen nach IFRS ist es erforderlich Schätzungen vorzunehmen. Außerdem sind von der Geschäftsleitung bei der Anwendung von maßgeblichen Rechnungslegungsgrundsätzen Ermessensentscheidungen zu treffen. Es besteht das Risiko, dass, wenn sich die zugrunde gelegte Ermessensentscheidung, Schätzung oder Annahme nachträglich als unrichtig herausstellt, dies zu einem erheblichen Verlust für die Bankengruppe führen kann, • Datenverwaltung und Schutz von Informationen: Die Bankengruppe besitzt und verarbeitet große Mengen an Daten, einschließlich personenbezogener Daten, gewerblicher Schutzrechte und Finanzinformationen. Ein Versäumnis, diese Daten ordnungsgemäß zu erheben und zu erhalten, sie vor Vertraulichkeitsverletzungen und Beeinträchtigungen ihrer Verfügbarkeit zu schützen, setzt die Bankengruppe dem Risiko des Datenverlusts oder der Nichtverfügbarkeit von Daten oder Datensicherheitsaspekten aus. Dies könnte zu einer aufsichtsrechtlichen Verwarnung, einer gesetzlichen Haftung und Reputationsschäden, einschließlich des Risikos erheblicher Strafzahlungen im Rahmen der Datenschutz-Grundverordnung ("DS-GVO"), die die Datenschutzrechte für Kunden stärkt und der Bankengruppe eine größere Verantwortung für die |
|--|--|---|

| | | |
|--|--|---|
| | | <p>Verwaltung ihrer Daten auferlegt, führen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Unbefugter und eigenmächtiger Handel (<i>rogue trading</i>): Unbefugter Handel beispielsweise mit großen unbesicherten Positionen, der aufgrund des Versagens von präventiven Kontrollmechanismen oder infolge vorsätzlichen Handelns des Händlers auftreten kann, kann zu hohen Verlusten für die Bankengruppe, Geschäftsverlusten, einer Schädigung des Anlegervertrauens und zu Reputationsschäden führen. • Algorithmus-Handel: In einigen Bereichen des Investmentbankinggeschäfts werden zur Berechnung von Preisen und für das Risikomanagement bei Kunden- und wesentlichen Transaktionen Algorithmen eingesetzt. Ein Algorithmusfehler könnte zu einem höheren Marktpreisrisiko und infolgedessen zu Verlusten für die Bankengruppe und zu potenziellen Geschäftsverlusten, einer Schädigung des Anlegervertrauens und zu Reputationsschäden führen. <p>Modellrisiko: Die Bankengruppe vertraut auf Modelle zur Unterstützung einer Vielzahl von Geschäfts- und Risikomanagement-Aktivitäten. Diese umfassen Untersuchungen im Zusammenhang mit geschäftlichen Entscheidungen und Strategien, die Bemessung und Begrenzung des Risikos, die Bewertung von Engagements, die Durchführung von Stresstests, die Beurteilung der Kapitalangemessenheit, die Unterstützung neuer Geschäftsakzeptanten und Risiko- und Prämienbewertungen, die Verwaltung von Kundenvermögen und die Einhaltung von Berichtspflichten. Modelle sind aufgrund ihrer Beschaffenheit unvollkommene und unvollständige Darstellungen der Wirklichkeit.</p> <p>Modelle können zudem falsch verwendet werden. Modellfehler oder die falsche Verwendung können in der Bankengruppe dazu führen, dass ungünstige Geschäftsentscheidungen getroffen werden und die Bankengruppe einem finanziellen Verlust, einem aufsichtsrechtlichen Risiko, einem Risiko für die Reputation und/oder einer unzureichenden Kapitalberichterstattung unterliegt.</p> <p>Verhaltensrisiko: Aus der unzulänglichen Erbringung von Finanzdienstleistungen, einschließlich der Fälle eines vorsätzlichen oder fahrlässigen Fehlverhaltens, entsteht das Risiko von Nachteilen für Verbraucher, Kunden, die Marktintegrität, den effektiven Wettbewerb oder die Bankengruppe.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Eine wirkungslose Produktkontrolle (<i>product governance</i>) könnte zu schlechten Kundenergebnissen sowie zu aufsichtsrechtlichen Sanktionen, finanziellen Verlusten und Reputationsschäden führen. 2. Wenn es die Bankengruppe versäumt, das Risiko wirksam einzudämmen, dass Dritte oder ihre Mitarbeiter Finanzkriminalität ermöglichen oder ihre Produkte und Dienstleistungen zur Ermöglichung von Finanzkriminalität eingesetzt werden, kann dies einen nachteiligen Einfluss auf sie haben. Die Nichteinhaltung solcher Vorschriften kann zu |
|--|--|---|

| | | |
|--|--|--|
| | | <p>Vollstreckungsmaßnahmen durch die für die Bankengruppe zuständigen Aufsichtsbehörden nebst empfindlicher Strafen und zu einer Auswirkung auf die Reputation und Finanzergebnisse der Bankengruppe führen.</p> <p>3. Ein unzureichender Schutz personenbezogener Daten kann zu möglichen Nachteilen für die Verbraucher und Kunden der Bankengruppe, einer Schädigung der Reputation der Bankengruppe, aufsichtsbehördlichen Sanktionen und zu einem finanziellen Verlust führen, was im Rahmen der DS-GVO einen erheblichen Umfang annehmen kann.</p> <p>4. Die Nichterfüllung dieser Anforderungen und Erwartungen der britischen Wohlverhaltensregeln für Führungskräfte (<i>UK Senior Managers Regime, Certification Regime and Conduct Rules</i>) kann zu aufsichtsbehördlichen Sanktionen, sowohl für einzelne Personen als auch für die Bankengruppe führen.</p> <p>Reputationsrisiko: Ein Risiko, das in einem Geschäftsbereich entsteht, kann sich negativ auf die allgemeine Reputation der Bankengruppe, jede Transaktion, jede Anlage oder jedes Ereignis, die bzw. das in der Wahrnehmung wichtiger Beteiligter ihr Vertrauen in die Integrität und Kompetenz der Bankengruppe mindert, auswirken.</p> <p>Die Verbindung der Bankengruppe zu sensiblen Sektoren ist Gegenstand von Bedenken der Beteiligten und die folgenden Bereiche sind regelmäßig davon betroffen:</p> <p>Zusätzlich hierzu können aus betrieblichen Fragestellungen oder Verhaltensfragen Reputationsschäden entstehen, die Verbraucher, Kunden, die Marktintegrität, den effektiven Wettbewerb oder die Bankengruppe schädigen können.</p> <p>Rechtsrisiken und rechtliche, wettbewerbsrechtliche und aufsichtsrechtliche Angelegenheiten: Rechtsstreitigkeiten, aufsichtsrechtliche Ermittlungen, Geldstrafen und andere Sanktionen im Zusammenhang mit Geschäftsgebaren und Verletzungen von Gesetzen und Vorschriften können sich nachteilig auf das Ergebnis, die Reputation und die Fähigkeit zur Führung der Geschäfte der Bankengruppe auswirken.</p> <p>Die Bankengruppe agiert in vielfältiger Weise in einem stark regulierten globalen Markt und ist daher dem Risiko von Geldstrafen und anderen Sanktionen ausgesetzt. Behörden haben auch weiterhin bisherige Praktiken untersucht, gingen mutmaßlichen Verstößen nach und verhängten hohe Geldstrafen gegen Finanzdienstleister. So kann ein Verstoß gegen geltende Gesetze und/oder Vorschriften dazu führen, dass die Bankengruppe oder ihre Mitarbeiter in den Jurisdiktionen, in denen die Bankengruppe tätig ist, strafrechtlich verfolgt oder mit aufsichtsrechtlichen oder sonstigen Sanktionen oder Geldstrafen belegt werden. Auch Fälle, in denen Kunden, Verbraucher oder sonstige Dritte durch das Geschäftsgebaren der Bankengruppe geschädigt werden, können zu Gerichtsverfahren, einschließlich Sammelklagen, führen. Zudem kann es zwischen der Bankengruppe und Dritten zu Rechtsstreitigkeiten in Bezug auf Angelegenheiten wie etwa Verstößen oder der Durchsetzung von</p> |
|--|--|--|

| | | |
|--|--|--|
| | | Rechten oder Pflichten, die gemäß Verträgen, Gesetzen oder dem Common Law bestehen, kommen. Ungünstige Entscheidungen in solchen Angelegenheiten können dazu führen, dass die Bankengruppe gegenüber Dritten haftbar ist oder ihre Rechte nicht wie beabsichtigt durchsetzen kann. |
|--|--|--|

- V. In den Basisprospekten wird in der "Summary" jeweils der Abschnitt B.4b "**Known trends affecting the Issuer and industries in which the Issuer operates**" wie folgt ersetzt:

| | | |
|-------------|--|--|
| B.4b | Known trends affecting the Issuer and industries in which the Issuer operates | Not applicable. There are no known trends. |
|-------------|--|--|

VI. In den Basisprospekten werden in der "Summary" jeweils die Abschnitte B.12 "Selected historical key financial information" und B.13 "Recent events materially relevant to the evaluation of Issuer's solvency" wie folgt ersetzt:

| B.12 | Selected historical key financial information; | <p>Selected financial information of the Issuer for the years ended 31 December 2018 and 31 December 2017</p> <p>The following financial information is extracted from the audited consolidated financial statements of the Issuer for the year ended 31 December 2018 and 31 December 2017, respectively:</p> <table border="1" data-bbox="703 577 1345 1518"> <thead> <tr> <th></th> <th style="text-align: center;">As at 31.12.2018 GBP Mio.</th> <th style="text-align: center;">As at 31.12.2017 GBP Mio.</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Total Assets</td> <td style="text-align: right;">877,700</td> <td style="text-align: right;">1,129,343</td> </tr> <tr> <td>Loans and advances at amortised cost</td> <td style="text-align: right;">136,959</td> <td style="text-align: right;">324,590</td> </tr> <tr> <td>Deposits at amortised cost</td> <td style="text-align: right;">199,337</td> <td style="text-align: right;">399,189</td> </tr> <tr> <td>Cumulative liquidity gap</td> <td style="text-align: right;">47,711</td> <td style="text-align: right;">65,734</td> </tr> <tr> <td>Non-controlling interests</td> <td style="text-align: right;">2</td> <td style="text-align: right;">1</td> </tr> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">Year ended 31.12.2018 GBP Mio.</td> <td style="text-align: center;">Year ended 31.12.2017 GBP Mio.</td> </tr> <tr> <td>Profit before tax from continuing operations</td> <td style="text-align: right;">1,286</td> <td style="text-align: right;">1,758</td> </tr> <tr> <td>Credit impairment charges and other provisions</td> <td style="text-align: right;">(643)</td> <td style="text-align: right;">(1,553)</td> </tr> </tbody> </table> | | As at 31.12.2018 GBP Mio. | As at 31.12.2017 GBP Mio. | Total Assets | 877,700 | 1,129,343 | Loans and advances at amortised cost | 136,959 | 324,590 | Deposits at amortised cost | 199,337 | 399,189 | Cumulative liquidity gap | 47,711 | 65,734 | Non-controlling interests | 2 | 1 | | Year ended 31.12.2018 GBP Mio. | Year ended 31.12.2017 GBP Mio. | Profit before tax from continuing operations | 1,286 | 1,758 | Credit impairment charges and other provisions | (643) | (1,553) |
|--|---|---|--|-------------------------------------|-------------------------------------|--------------|---------|-----------|--------------------------------------|---------|---------|----------------------------|---------|---------|--------------------------|--------|--------|---------------------------|---|---|--|--|--|--|-------|-------|--|-------|---------|
| | As at 31.12.2018 GBP Mio. | As at 31.12.2017 GBP Mio. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Total Assets | 877,700 | 1,129,343 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Loans and advances at amortised cost | 136,959 | 324,590 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Deposits at amortised cost | 199,337 | 399,189 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Cumulative liquidity gap | 47,711 | 65,734 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Non-controlling interests | 2 | 1 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | Year ended 31.12.2018 GBP Mio. | Year ended 31.12.2017 GBP Mio. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Profit before tax from continuing operations | 1,286 | 1,758 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Credit impairment charges and other provisions | (643) | (1,553) | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | No material adverse change in the prospects of the Issuer | Not applicable. There has been no material adverse change in the prospects of the Issuer since 31 December 2018, the date of its last published audited financial statements. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | No significant change in the financial or trading position of the Bank Group | Not applicable. There has been no significant change in the financial or trading position of the Bank Group since 31 December 2018. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| B.13 | Recent events materially relevant to the evaluation of Issuer's solvency | Not applicable. Nothing relevant at this stage. | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |

VII. In dem Basisprospekten wird jeweils in der "**Summary**" der Abschnitt D.2 wie folgt ersetzt:

| | | |
|-------------------|--|--|
| <p>D.2</p> | <p>Key information on the key risks that are specific to the Issuer</p> | <p>The risks described below are material existing and emerging risks which senior management has identified with respect to the Bank Group.</p> <p>(i) Material existing and emerging risks potentially impacting more than one principal risk</p> <p>Business conditions, general economy and geopolitical issues</p> <p>The Bank Group's business mix spreads across multiple geographies and client types. The breadth of these operations means that deterioration in the economic environment, or an increase in political instability in countries where the Bank Group is active, or in any systemically important economy, could adversely affect the Bank Group's operating performance, financial condition and prospects.</p> <p>Process of UK withdrawal from the European Union ("EU")</p> <p>The uncertainty around Brexit spanned the whole of 2018, and intensified in the second half of the year. The full impact of the withdrawal may only be realised in years to come, as the economy adjusts to the new regime, but the Bank Group continues to monitor the most relevant risks, including those that may have a more immediate impact, for its business:</p> <ul style="list-style-type: none"> • market volatility, including in currencies and interest rates, might increase which could have an impact on the value of the Bank Group's trading book positions; • potential UK financial institutions credit spread widening could lead to reduced investor appetite for the Bank Group's debt securities; this could negatively impact the cost of, and/or access to, funding. • a credit rating agency downgrade applied directly to the Bank Group, or indirectly as a result of a credit rating agency downgrade to the UK Government, could significantly increase the Bank Group's borrowing costs, credit spreads and materially adversely affect the Bank Group's interest margins and liquidity position; • changes in the long-term outlook for UK interest rates may adversely affect pension liabilities and the market value of investments funding those liabilities; • increased risk of a UK recession with lower growth, higher unemployment and falling UK house prices. This would likely negatively impact a number of the Bank Group's portfolios; • the implementation of trade and customs barriers between the UK and EU could lead to delays and increased costs in the passage of goods for corporate banking customers. This could negatively impact the levels of customer defaults and business volumes which may result in an increase in the Bank Group's impairment charges and a reduction in revenues; |
|-------------------|--|--|

| | | |
|--|--|--|
| | | <ul style="list-style-type: none"> • changes to current EU ‘Passporting’ rights may require further adjustment to the current model for the Bank Group’s cross-border banking operation which could increase operational complexity and/or costs; • the ability to attract, or prevent the departure of, qualified and skilled employees may be impacted by the UK’s and the EU’s future approach to the EU freedom of movement and immigration from the EU countries and this may impact the Bank Group’s access to the EU talent pool; • the legal framework within which the Bank Group operates could change and become more uncertain if the UK takes steps to replace or repeal certain laws currently in force, which are based on EU legislation and regulation following its withdrawal from the EU; • should the UK lose automatic qualification to be part of Single Euro Payments Area there could be a resultant impact on the efficiency of, and access to, European payment systems. In addition, loss of automatic qualification to the European Economic Area (EEA) or access to financial markets infrastructure could impact service provision for clients, likely resulting in reduced market share and revenue and increased operating costs for the Bank Group; and • there are certain execution risks relating to the transfer of the Bank Group’s European businesses to Barclays Bank Ireland PLC. <p>Interest rate rises adversely impacting credit conditions</p> <p>To the extent that central banks increase interest rates particularly in the Bank Group's main markets, in the UK and the US, there could be an impact on consumer debt affordability and corporate profitability.</p> <p>While interest rate rises could positively impact the Bank Group's profitability, as retail and corporate business income may increase due to margin de-compression, future interest rate increases, if larger or more frequent than expectations, could cause stress in the lending portfolio and underwriting activity of the Bank Group. Higher credit losses driving an increased impairment allowance would most notably impact retail unsecured portfolios and wholesale non-investment grade lending.</p> <p>Changes in interest rates could also have an adverse impact on the value of high quality liquid assets which are part of the Bank Group Treasury function's investment activity. Consequently, this could create more volatility than expected through the Bank Group’s FVOCI (<i>Fair Value through Other Comprehensive Income</i> pursuant to IFRS 9) reserves.</p> <p>Regulatory change agenda and impact on business model</p> <p>The Bank Group remains subject to ongoing significant levels of regulatory change and scrutiny in many of the countries in which it operates (including, in particular, the UK and the US). A more</p> |
|--|--|--|

| | | |
|--|--|--|
| | | <p>intensive regulatory approach and enhanced requirements together with the uncertainty (particularly in light of the UK's withdrawal from the EU) and potential lack of international regulatory co-ordination as enhanced supervisory standards are developed and implemented may adversely affect the Bank Group's business, capital and risk management strategies and/or may result in the Bank Group deciding to modify its legal entity, capital and funding structures and business mix, or to exit certain business activities altogether or not to expand in areas despite otherwise attractive potential.</p> <p>(ii) Material existing and emerging risks impacting individual principal risks</p> <p>Credit risk</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Impairment: The introduction of the impairment requirements of IFRS 9 Financial Instruments, implemented on 1 January 2018, results in impairment loss allowances that are recognised earlier, on a more forward looking basis and on a broader scope of financial instruments than has been the case under IAS 39 and has had, and may continue to have, a material impact on the Bank Group's financial condition. 2. Specific sectors and concentrations: The Bank Group is subject to risks arising from changes in credit quality and recovery rate of loans and advances due from borrowers and counterparties in a specific portfolio. Any deterioration in credit quality could lead to lower recoverability and higher impairment in a specific sector. 3. Environmental risk: The Bank Group is exposed to credit risks arising from energy and climate change. Indirect risks may be incurred as a result of environmental issues impacting the credit worthiness of the borrower resulting in higher impairment. <p>Market risk: An uncertain outlook for the direction of monetary policy, the US-China trade conflict, slowing global growth and political concerns in the US and Europe (including Brexit) are some of the factors that could heighten market risks for the Bank Group's portfolios.</p> <p>In addition, the Bank Group's trading business is generally exposed to a prolonged period of elevated asset price volatility, particularly if it negatively affects the depth of marketplace liquidity. Such a scenario could impact the Bank Group's ability to execute client trades and may also result in lower client flow-driven income and/or market-based losses on its existing portfolio of market risks. These can include having to absorb higher hedging costs from rebalancing risks that need to be managed dynamically as market levels and their associated volatilities change.</p> <p>Treasury and capital risk: The Bank Group may not be able to achieve its business plans due to: a) inability to maintain appropriate capital ratios; b) inability to meet its obligations as they fall due; c) rating agency downgrades; d) adverse changes in foreign exchange rates on capital ratios; e) adverse movements in pension funds; f) non-traded market risk/interest</p> |
|--|--|--|

| | | |
|--|--|--|
| | | <p>rate risk in the banking book.</p> <p>Operational risk:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Cyber threat: The financial sector remains a primary target for cyber criminals. There is an increasing level of sophistication in both criminal and nation state hacking for the purpose of stealing money, stealing, destroying or manipulating data, and/or disrupting operations. Other events have a compounding impact on services and customers. Failure to adequately manage this threat could result in increased fraud losses, inability to perform critical economic functions, customer detriment, potential regulatory censure or penalties, legal liability, reduction in shareholder value and reputational damage. • Fraud: Criminals continue to adapt their techniques and are increasingly focused on targeting customers and clients through ever more sophisticated methods of social engineering. External data breaches also provide criminals with the opportunity to exploit the growing levels of compromised data. These threats could lead to customer detriment, loss of business, regulatory censure, missed business opportunity and reputational damage. • Operational resilience: The loss of or disruption to the Bank Group's business processing is a material inherent risk theme within the Bank Group and across the financial services industry, whether arising through impacts on technology systems, real estate services, personnel availability or the support of major suppliers. Failure to build resilience into business processes or into the services of technology, real estate or suppliers on which the Bank Group business processes depend may result in significant customer detriment, costs to reimburse losses incurred by customers, potential regulatory censure or penalties, and reputational damage. • Supplier exposure: The Bank Group depends on suppliers for the provision of many of its services and the development of technology. Failure to monitor and control the Bank Group's suppliers could potentially lead to client information or critical infrastructures not being adequately protected or available when required. Failure to adequately manage outsourcing risk could result in increased losses, inability to perform critical economic functions, customer detriment, potential regulatory censure, legal liability and reputational damages. • Processing error: Material operational or payment errors could disadvantage the Bank Group's customers, clients or counterparties and could result in regulatory censure, legal liability, reputational damage and financial loss for the Bank Group. • New and emerging technology: Introducing new forms of technology, however, also has the potential to increase inherent risk. Failure to evaluate, actively manage and closely monitor risk exposure during all phases of business development could lead to customer detriment, loss of business, regulatory censure, missed business |
|--|--|--|

| | | |
|--|--|--|
| | | <p>opportunity and reputational damage.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ability to hire and retain appropriately qualified employees: Failure to attract or prevent the departure of appropriately qualified employees could negatively impact the Bank Group's financial performance, control environment and level of employee engagement. Additionally, this may result in disruption to service which could in turn lead to disenfranchising certain customer groups, customer detriment and reputational damage. • Tax risk: There is a risk that the Bank Group could suffer losses due to additional tax charges, other financial costs or reputational damage as a result of failing to comply with such laws and practice, or by failing to manage its tax affairs in an appropriate manner, with much of this risk attributable to the international structure of the Bank Group. • Critical accounting estimates and judgements: The preparation of financial statements in accordance with IFRS requires the use of estimates. It also requires management to exercise judgement in applying relevant accounting policies. There is a risk that if the judgement exercised, or the estimates or assumptions used, subsequently turn out to be incorrect, this could result in significant loss to the Bank Group, beyond what was anticipated or provided for. • Data management and information protection: The Bank Group holds and processes large volumes of data, including personally identifiable information, intellectual property, and financial data. Failure to accurately collect and maintain this data, protect it from breaches of confidentiality and interference with its availability exposes the Bank Group to the risk of loss or unavailability of data or data integrity issues. This could result in regulatory censure, legal liability and reputational damage, including the risk of substantial fines under the General Data Protection Regulation (the "GDPR"), which strengthens the data protection rights for customers and increases the accountability of the Bank Group in its management of that data. • Unauthorised or rogue trading: Unauthorised trading, such as a large unhedged position, which arises through a failure of preventative controls or deliberate actions of the trader, may result in large financial losses for the Bank Group, loss of business, damage to investor confidence and reputational damage. • Algorithmic trading: In some areas of the investment banking business, trading algorithms are used to price and risk manage client and principal transactions. An algorithmic error could result in increased market exposure and subsequent financial losses for the Bank Group and potential loss of business, damage to investor confidence and reputational damage. <p>Model risk: The Bank Group relies on models to support a</p> |
|--|--|--|

| | | |
|--|--|---|
| | | <p>broad range of business and risk management activities, including informing business decisions and strategies, measuring and limiting risk, valuing exposures, conducting stress testing, assessing capital adequacy, supporting new business acceptance and risk and reward evaluation, managing client assets, and meeting reporting requirements. Models are, by their nature, imperfect and incomplete representations of reality.</p> <p>Models may also be misused. Model errors or misuse may result in the Bank Group making inappropriate business decisions and being subject to financial loss, regulatory risk, reputational risk and/or inadequate capital reporting.</p> <p>Conduct risk: There is the risk of detriment to customers, clients, market integrity, effective competition or the Bank Group from the inappropriate supply of financial services, including instances of wilful or negligent misconduct.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Ineffective product governance, could lead to poor customer outcomes, as well as regulatory sanctions, financial loss and reputational damage. 2. The Bank Group may be adversely affected if it fails to effectively mitigate the risk that its employees or third parties or its employees facilitate, or that its products and services are used to facilitate financial crime. Failure to comply may lead to enforcement action by the Bank Group’s regulators together with severe penalties, affecting the Bank Group’s reputation and financial results. 3. Failure to protect personal data can lead to potential detriment to the Bank Group’s customers and clients, reputational damage, regulatory sanctions and financial loss, which under the GDPR may be substantial. 4. Failure to meet the requirements and expectations of the UK Senior Managers Regime, Certification Regime and Conduct Rules may lead to regulatory sanctions, both for the individuals and the Bank Group. <p>Reputation risk: A risk arising in one business area can have an adverse effect upon the Bank Group’s overall reputation; any one transaction, investment or event that, in the perception of key stakeholders reduces trust in the Bank Group’s integrity and competence.</p> <p>The Bank Group’s associations with sensitive topics and sectors have the potential to give rise to reputation risk for the Bank Group and may result in loss of business, regulatory censure and missed business opportunity.</p> <p>In addition, reputation risk has the potential to arise from operational issues or conduct matters which cause detriment to customers, clients, market integrity, effective competition or the Bank Group.</p> <p>Legal risk and legal, competition and regulatory matters: Legal disputes, regulatory investigations, fines and other sanctions relating to conduct of business and breaches of legislation and/or regulations may negatively affect the Bank</p> |
|--|--|---|

| | | |
|--|--|---|
| | | <p>Group's results, reputation and ability to conduct its business.</p> <p>The Bank Group conducts diverse activities in a highly regulated global market and therefore is exposed to the risk of fines and other sanctions. Authorities have continued to investigate past practices, pursued alleged breaches and imposed heavy penalties on financial services firms. A breach of applicable legislation and/or regulations could result in the Bank Group or its staff being subject to criminal prosecution, regulatory censure, fines and other sanctions in the jurisdictions in which it operates. Where clients, customers or other third parties are harmed by the Bank Group's conduct, this may also give rise to legal proceedings, including class actions. Other legal disputes may also arise between the Bank Group and third parties relating to matters such as breaches, enforcement of legal rights or obligations arising under contracts, statutes or common law. Adverse findings in any such matters may result in the Bank Group being liable to third parties or may result in the Bank Group's rights not being enforced as intended.</p> |
|--|--|---|

VIII. In den Basisprospekten wird jeweils im Abschnitt "**RISIKOFAKTOREN**" in dem Unterabschnitt "**FAKTOREN, DIE AUSWIRKUNGEN AUF DIE FÄHIGKEIT DER EMITTENTIN ZUR ERFÜLLUNG IHRER VERPFLICHTUNGEN UNTER DEN WERTPAPIEREN HABEN KÖNNEN**" der Risikofaktor "**1. Risiken im Zusammenhang mit der Fähigkeit der Emittentin, ihre Verpflichtungen unter den Wertpapieren zu erfüllen, und dem Status der Wertpapiere**" ab dem Unterabschnitt "**Hauptrisiken in Bezug auf die Emittentin und die Bankengruppe**" (einschließlich) wie folgt ersetzt:

"Hauptrisiken in Bezug auf die Emittentin und die Bankengruppe

Wesentliche Risiken sind Risiken, denen das obere Management besondere Aufmerksamkeit widmet und die dazu führen könnten, dass die Strategie, Ertragslage, Finanzlage und/oder Aussichten der Bankengruppe wesentlich von den aktuellen Erwartungen abweichen. Entstehende Risiken sind Risiken, deren Bestandteile weitgehend unbekannt sind und deren Auswirkungen sich erst über einen längeren Zeitraum herausstellen könnten. Diese könnten zum jetzigen Zeitpunkt als unwesentlich eingeordnet werden, sich jedoch im Laufe der Zeit einzeln oder zusammen auf die Strategie der Bankengruppe auswirken und dieselben Auswirkungen hervorrufen, wie die wesentlichen Risiken. Darüber hinaus könnten sich bestimmte Umstände außerhalb der Kontrolle der Bankengruppe in ähnlicher Weise - obwohl diese im Folgenden nicht näher ausgeführt sind - auf die Bankengruppe auswirken, insbesondere eine Eskalation von Terrorismus oder globalen Konflikten, Naturkatastrophen und ähnliche Unglücke.

Die nachstehend beschriebenen Risiken sind die vom oberen Management identifizierten bestehenden und entstehenden wesentlichen Risiken in Bezug auf die Bankengruppe.

i) Wesentliche bestehende und entstehende Risiken, die sich auf mehr als ein Hauptrisiko auswirken können

1. Geschäftsbedingungen, allgemeine Wirtschaftslage und geopolitische Lage

Die verschiedenen Geschäftsfelder der Bankengruppe erstreckt sich über zahlreiche Länder und Typen von Kunden. Die Bandbreite dieser Tätigkeiten führt dazu, dass eine Verschlechterung des wirtschaftlichen Umfelds oder eine zunehmende politische Instabilität in Ländern, in denen die Bankengruppe tätig ist, oder in Volkswirtschaften, die aus systemischer Sicht wichtig sind, nachteilige Folgen für die Finanz- und Ertragslage und die Aussichten der Bankengruppe haben kann.

Obwohl sich die Konjunktur 2018 weltweit weiter festigte, könnte eine Änderung der globalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Umkehr der positiven Entwicklung zu einer geringeren Kundenaktivität in der Bankengruppe, einschließlich einer geringeren Nachfrage nach Krediten von kreditwürdigen Kunden und/oder einer Reduzierung des Werts der damit verbundenen Sicherheiten

und/oder zu einem Anstieg der Ausfallquoten, Rückstände, Abschreibungen und Wertberichtigungen der Bankengruppe führen, was sich im Gegenzug negativ auf das Ergebnis und die Aussichten der Bankengruppe auswirken könnte. Sich verschlechternde wirtschaftliche Bedingungen könnten sich darüber hinaus auf die Fähigkeit der Bankengruppe auswirken, Kapital von externen Investoren zu beschaffen. Überdies könnte eine Änderung der übereinstimmenden Prognosen der wirtschaftlichen Bedingungen einen wesentlichen Einfluss auf die Modelle haben, die zur Berechnung der erwarteten Kreditausfälle verwendet werden, und ein Anstieg der erwarteten Kreditausfälle könnte sich negativ auf die Ertragskraft der Bankengruppe auswirken.

In vielen Ländern haben die Umkehrung von Kapitalzuflüssen und fiskalische Sparmaßnahmen bereits zu einer Verschlechterung der politischen Stabilität geführt. Dies könnte durch eine erneute Zunahme der Preisvolatilität von Vermögenswerten oder nachhaltigem Druck auf die Staatsfinanzen noch verschärft werden. Desgleichen sind die geopolitischen Spannungen in einigen Regionen der Welt im Nahen Osten und in Osteuropa, bereits spürbar und könnten sich weiter verschärfen, was die Unsicherheit der Märkte und die negative Wirtschaftslage und negativen Marktbedingungen weltweit erhöhen und sich im Gegenzug negativ auf die Ertragskraft der Bankengruppe in bestimmten Regionen auswirken könnte.

Im Vereinigten Königreich hat die Abstimmung zugunsten des Austritts aus der EU (siehe *'Austrittsverfahren des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union ("EU")'* unten) politische Ungewissheit mit den damit verbundenen Folgen für das Anleger- und Marktvertrauen hervorgerufen. Die erste Auswirkung war eine Abwertung des Pfund Sterling, die zu höheren Kosten bei importierenden Unternehmen führte und ein vorteilhafteres Klima für Exporteure schaffte. Steigende Kosten im Inland, ausgelöst durch höhere Importpreise, können die Kaufkraft und so die Finanzierbarkeit von Verbraucherkrediten und Hypotheken beeinflussen. Dies wiederum könnte sich auf Unternehmen auswirken, deren Umsatz von Verbrauchern abhängt, was durch den aktuellen Druck auf Unternehmen, die von Nicht-Basiskonsumgütern abhängen, verstärkt wird und möglicherweise zu höheren Wertminderungen in den Portfolios der Bankengruppe führen kann. Des Weiteren haben sich die Aktivitäten sowohl auf dem Gewerbe- als auch Wohnimmobilienmarkt abgeschwächt, was sich unter Umständen auf den Wert der Immobilien auswirken und die den Hypotheken zugrunde liegenden Vermögenswerte negativ beeinflussen kann. Hinzu kommt, dass sich die anhaltende Unsicherheit hinsichtlich des Austrittsverfahrens negativ auf die Wirtschaftslage in Kontinentaleuropa auswirken, was das Geschäft der Bankengruppe in bestimmten Ländern der Eurozone beeinträchtigen könnte.

In den USA, wo sich die Wirtschaft 2018 besser als in anderen Kernmärkten entwickelt hat, ist es weiterhin möglich, dass es zu bedeutsamen politischen Veränderungen in Bereichen wie - unter anderem - dem Handel, dem Gesundheitswesen und im Bereich der Rohstoffe kommt, welche Auswirkung auf damit verbundene Portfolios der Bankengruppe haben könnten. Ein bedeutender Anteil des Portfolios der Bankengruppe befindet sich in den Vereinigten Staaten. Darin enthalten sind ein wichtiges Kreditkartenportfolio sowie vielfältige Kreditengagements im Unternehmens- und Investmentbankingbereich. Gerät die Wirtschaft der Vereinigten Staaten in eine angespannte Lage, schwächt sich das Bruttoinlandsprodukt ab und kommt es zu damit verbundenen Wechselkursschwankungen, nehmen die Handelsspannungen zu, steigt die Arbeitslosigkeit unerwartet und/oder kommt es zu einer unerwarteten Anhebung der Zinssätze, könnte dies zu erhöhten Wertminderungen und zu einer negativen Auswirkung auf die Ertragskraft der Bankengruppe haben.

Wie erwartet, haben die meisten großen Zentralbanken damit begonnen, ihre Geldpolitik 2018 zu verschärfen und es ist möglich, dass dieser Prozess anhalten wird. Es besteht weiterhin das Risiko, dass es infolge von abweichenden oder zu unterschiedlichen Zeitpunkten umgesetzten Geldpolitiken zu großen Kapitalflüssen kommt, was auch weiterhin zu Turbulenzen auf den Finanzmärkten, insbesondere in den Schwellenmärkten, führen wird. Dies kann sich negativ auf das Geschäft der Bankengruppe sowohl auf die Kredit- als auch auf die Marktrisikoprofile in den betroffenen Regionen auswirken.

Die Stimmung gegenüber Schwellenmärkten insgesamt hängt größtenteils von den Entwicklungen in China ab. Dort bestehen Bedenken hinsichtlich der Fähigkeit der Behörden, den Wachstumskurs der verarbeitenden Industrie auf den Dienstleistungssektor auszudehnen. Obwohl die Bemühungen der chinesischen Regierung zur nachhaltigen Steigerung des Nachfragevolumens im Inland einigen Erfolg gezeigt haben, liefert die Geschwindigkeit des Kreditwachstums angesichts des hohen Fremdkapitalanteils trotz regulatorischer Maßnahmen weiter Grund zur Sorge. Dies könnte eine stärker als erwartete Abschwächung zur Folge haben, falls die Behörden nicht in der Lage sind, das Ende des

Investment- und Kreditfinanzierungsbooms in angemessener Weise zu steuern. Eine Verschlechterung der Schwellenmärkte könnte sich auf die Bankengruppe auswirken, wenn dies zu höheren Wertberichtigungen der Bankengruppe infolge von Zahlungsausfällen von Staaten oder Vertragspartnern führt.

Eine Verschlechterung der Bedingungen in den wichtigsten Märkten, in denen die Bankengruppe tätig ist, könnte das Ergebnis im Allgemeinen auf zahlreiche Arten beeinträchtigen, einschließlich u.a. (i) der Verschlechterung des Vertrauens des Unternehmenssektors, von Verbrauchern oder Anlegern, was sich mittelbar wesentlich nachteilig auf das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in bedeutenden Märkten und damit auf den Erfolg der Bankengruppe auswirkt; (ii) Marktwert-Verluste in Handelsportfolios, die sich aus Veränderungen von Faktoren wie beispielsweise den Bonitätsbewertungen ("**Ratings**"), den Aktienkursen und der Solvenz der Vertragspartner ergeben; (iii) eingeschränkte Möglichkeiten, sich für die Geschäfte der Bankengruppe Kapital von anderen Finanzinstituten zu beschaffen; und (iv) insgesamt geringere Aktivitäten bei Anlageinvestitionen und Abnahme des Produktivitätswachstums.

2. Austrittsverfahren des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union ("EU")

Die Unsicherheit rund um den Brexit dauerte das gesamte Jahr 2018 an und nahm in der zweiten Jahreshälfte weiter zu. Die vollständige Auswirkung des Austritts wird sich möglicherweise erst in den folgenden Jahren zeigen, wenn die Wirtschaft sich den neuen Rahmenbedingungen angepasst hat. Die Bankengruppe wird jedoch auch weiterhin die meisten relevanten Risiken überwachen, einschließlich solcher Risiken, die sich kurzfristig auf ihr Geschäft auswirken:

- (a) Es könnte zu einer stärkeren Marktvolatilität, einschließlich Währungs- und Zinsvolatilität, kommen, was sich auf den Wert der Positionen im Handelsbuch der Bankengruppe auswirken könnte.
- (b) Das Potenzial einer Ausweitung des Kreditspreads von Instituten im Vereinigten Königreich könnte zu einem geringeren Interesse der Anleger für die von der Bankengruppe ausgegebenen Schuldtitel führen, was sich negativ auf die Kosten von und/oder den Zugang zu Finanzierungen auswirken könnte. Es besteht die Möglichkeit einer anhaltenden Markt- und Zinsvolatilität. Diese Volatilität könnte das zugrunde liegende Risiko von Zinssatzänderungen und möglicherweise den Wert der Vermögenswerte im Bankenbuch sowie der von der Bankengruppe zu Liquiditätszwecken gehaltenen Wertpapiere beeinflussen.
- (c) Eine die Bankengruppe direkt betreffende Herabstufung durch eine Ratingagentur oder eine die Bankengruppe indirekt betreffende Herabstufung aufgrund der Herabstufung der Regierung des Vereinigten Königreichs könnte zu erheblich höheren Kreditkosten und Kreditspreads für die Bankengruppe führen und sich wesentlich nachteilig auf die Zinsmargen und Liquiditätsposition der Bankengruppe auswirken.
- (d) Änderungen der langfristigen Prognose für Zinssätze im Vereinigten Königreich könnten auch die Pensionsverbindlichkeiten und den Marktwert von Kapitalbeteiligungen zur Finanzierung dieser Verbindlichkeiten nachteilig beeinflussen.
- (e) Es besteht ein höheres Risiko einer Rezession im Vereinigten Königreich mit geringerem Wachstum, höherer Arbeitslosigkeit und sinkenden Immobilienpreisen. Dies würde sich wahrscheinlich negativ auf eine Reihe von Portfolios der Bankengruppe auswirken.
- (f) Die Einführung von Handels- und Zollschranken zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU könnte zu Verzögerungen und höheren Kosten beim Warenverkehr für Geschäftskunden führen. Dies wiederum könnte das Niveau der Kreditausfälle von Kunden und die Geschäftsvolumina beeinträchtigen, was zu höheren Wertminderungen und geringeren Umsatzerlösen der Bankengruppe führen könnte.
- (g) Änderungen der aktuellen EU "Passporting"-Rechte werden wahrscheinlich weitere Anpassungen des aktuellen Modells für grenzüberschreitende Bankgeschäfte der Bankengruppe erforderlich machen, was zu einer höheren operativen Komplexität und/oder zu höheren Kosten führen könnte.

- (h) Die Fähigkeit qualifizierte und kompetente Mitarbeiter zu gewinnen und an sich zu binden, kann von dem zukünftigen Vorgehen des Vereinigten Königreichs und der EU im Hinblick auf die EU-Freizügigkeit und Einwanderung aus EU-Ländern beeinflusst werden und dies kann wiederum den Zugang der Bankengruppe zum Talentpool der EU beeinträchtigen.
- (i) Der rechtliche Rahmen, in dem die Bankengruppe tätig ist, könnte sich ändern und ungewisser werden, wenn das Vereinigte Königreich Maßnahmen ergreift, um derzeit geltende Gesetze, die sich auf EU-Recht und -Regulierung (einschließlich einer EU-Regulierung des Bankensektors) beziehen, nach ihrem Austritt aus der EU abzuschaffen. Die Rechtssicherheit hinsichtlich der Fähigkeit zur Durchführung bestehender Verträge, der Vollstreckbarkeit bestimmter rechtlicher Pflichten und die Ungewissheit hinsichtlich der Rechtsprechung britischer Gerichte wird eventuell beeinträchtigt, bis die Auswirkungen des Verlustes der aktuellen rechtlichen und regulatorischen Vereinbarungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU sowie die Vollstreckbarkeit von Urteilen britischer Gerichte in der gesamten EU vollständig bekannt sind.
- (j) Sollte das Vereinigte Königreich ihren automatischen Status als Mitglied in der Single Euro Payments Area (SEPA) verlieren, so könnte sich dies auf die Effizienz von und den Zugang zu europäischen Zahlungssystemen auswirken. Darüber hinaus könnte der Wegfall der automatischen Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) oder des Zugangs zu Finanzmarktinfrasturktur wie Börsen, zentralen Gegenparteien und Zahlungsdienstleistungen, die Erbringung von Dienstleistungen an Kunden beeinträchtigen und wahrscheinlich zu einem geringeren Marktanteil, geringeren Umsatzerlösen und höheren Betriebskosten der Bankengruppe führen.
- (k) Es bestehen bestimmte Durchführungsrisiken im Hinblick auf die Übertragung der europäischen Geschäfte der Bankengruppe auf die Barclays Bank Ireland PLC. Ein Technologiewechsel könnte zu Ausfällen oder Betriebsfehlern und damit zu Verzögerungen bei der Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten auf die Barclays Bank Ireland PLC führen. Eine verzögerte Lieferung könnte für europäische Kunden zu einem Verlust des Zugangs zu Produkten und Dienstleistungen und zu einem höheren Reputationsrisiko führen.

3. Steigende Zinssätze haben einen negativen Einfluss auf Kreditbedingungen

Wenn Zentralbanken ihre Zinssätze insbesondere auf den Hauptmärkten der Bankengruppe - im Vereinigten Königreich und in den USA - anheben, könnte sich dies auf die Erschwinglichkeit von Krediten für Verbraucher und die Ertragskraft von Unternehmen auswirken. Während steigende Zinssätze sich auf die Ertragskraft der Bankengruppe positiv auswirken könnten, da die Erträge aus dem Privatkunden- und Unternehmenskundengeschäft aufgrund einer Verringerung der Marge zunehmen würden, können zukünftige Zinssteigerungen in unerwartet großen Schritten zu einer Belastung der Kreditportfolios und der Underwriting-Aktivitäten der Bankengruppe führen. Höhere Zahlungsausfälle, die zu einer erhöhten Wertminderung führen, würden vor allem unbesicherte Privatkundenportfolios und die Vergabe von Krediten an Großkunden ohne "Investment Grade" beeinflussen.

Änderungen von Zinssätzen könnten sich ebenfalls nachteilig auf den Wert der erstklassigen liquiden Vermögenswerte, die Bestandteil der Anlagetätigkeit der Treasury-Funktion der Bankengruppe sind, auswirken. Somit könnte dies über die FVOCI (*Fair Value through Other Comprehensive Income* nach IFRS 9)-Rücklagen der Bankengruppe eine höhere Volatilität als erwartet erzeugen.

4. Regulatorische Änderungen und Auswirkung auf das Geschäftsmodell

Die Bankengruppe unterliegt weiterhin in hohem Maße fortlaufenden regulatorischen Änderungen und zunehmenden Kontrollen in vielen Ländern, in denen sie tätig ist (dies umfasst insbesondere das Vereinigte Königreich und die USA). Daher wird das regulatorische Risiko weiterhin im Fokus des höheren Managements bleiben und erhebliche Ressourcen in Anspruch nehmen. Eine aufsichtsrechtliche Intensivierung und erhöhte Anforderungen in Verbindung mit Unsicherheiten (insbesondere angesichts des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU) und dem möglichen Schwächen einer internationalen Koordination des Aufsichtsrechts zu einer Zeit, in der erhöhte Aufsichtsrechtsstandards entwickelt und umgesetzt werden, kann die Geschäftstätigkeit, die Kapital- und die Risikomanagementstrategien der Bankengruppe nachteilig beeinflussen und/oder könnten in der Bankengruppe zu der Entscheidung führen, ihren Rechtsträger, ihre Kapital- und

Finanzierungsstrukturen sowie die Zusammensetzung ihrer Geschäftsbereiche zu ändern oder sich aus bestimmten Geschäftsfeldern insgesamt zurückzuziehen oder ein Geschäftsfeld – trotz attraktiver Perspektiven - nicht weiter auszubauen.

Die Barclays Bank UK Group wurde am 1. April 2018 als abgesondertes (ring-fenced) Unternehmen innerhalb der Gruppe errichtet. Die Übertragung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des Geschäfts der Barclays UK von der Bankengruppe bedeutet, dass die Bankengruppe weniger stark diversifiziert ist als die Gruppe als Ganzes. Bei der Bankengruppe handelt es sich nicht um die Muttergesellschaft der Barclays Bank UK Group und sie hat daher keinen Zugriff auf die Vermögenswerte der Barclays Bank UK Group. Im Vergleich zur Gruppe ist die Bankengruppe unter anderem:

- (a) stärker fokussiert auf Geschäfte außerhalb des Vereinigten Königreichs, insbesondere in den Vereinigten Staaten, und daher mehr der US-Wirtschaft ausgesetzt, stärker von Schwankungen des US-Dollars (und anderer Währungen als dem Pfund Sterling) im Vergleich zum Pfund Sterling abhängig und unterliegt mit einem relativ großen Teil ihres Geschäfts der Regulierung in den Vereinigten Staaten .
- (b) stärker fokussiert auf Großkundengeschäfte wie Geschäftskunden, Investmentbanking und Kapitalmärkte, was die Bankengruppe einer größeren Reihe von Marktbedingungen, Gegenparteirisiken sowie operationellen Risiken aussetzt. Daher können die Geschäftsergebnisse der Bankengruppe im Vergleich zu der Gruppe als Ganzes oder der Barclays Bank UK Group stärkeren Schwankungen ausgesetzt sein.
- (c) stärker von Interbankenfinanzierungsquellen abhängig, da die Privatkunden-Einlagen im Vereinigten Königreich auf die Barclays Bank UK Group übertragen wurden. Der Privatkunden-Hypothekenbestand im Vereinigten Königreich wurden ebenfalls auf die Barclays Bank UK Group übertragen, was den Zugang der Bankengruppe zu Finanzierungsquellen auf der Grundlage von Sicherheiten für Wohnbauhypotheken einschränkt. Die Bankengruppe kann daher schwierigen Finanzierungsbedingungen und/oder höheren Finanzierungskosten, einschließlich Stresssituationen, ausgesetzt sein. Infolge der Durchführung der Aussonderung (ring-fencing) können verschiedene Gruppengesellschaften wie die Bankengruppe von Rating-Agenturen anders bewertet werden, was zu abweichenden und möglicherweise negativeren Einstufungen der Bonität der Bankengruppe und daher zu niedrigeren Bonitätseinstufungen als derjenigen der Gruppe führen, was sich wiederum negativ auf die Finanzierungsquellen und -kosten der Bankengruppe auswirken kann.
- (d) möglicherweise weiteren regulatorischen Verpflichtungen ausgesetzt, einschließlich unterschiedlichen Liquiditätsanforderungen und Kapitalpuffern.

Es bestehen zahlreiche andere wichtige Gesetze und Schwerpunktbereiche, die in wesentlichem Umfang die Aufmerksamkeit der Geschäftsleitung, Kosten und Ressourcen erfordern werden, einschließlich:

- (a) Änderungen der aufsichtsrechtlichen Anforderungen (einschließlich des jüngst in der EU verabschiedeten Maßnahmenpakets zur Risikoreduzierung zur Änderung der Eigenkapitalrichtlinie (Capital Requirements Directive, "**CRD IV**") und der Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (Bank Recovery and Resolution Directive, "**BRRD**")) können sich auf die Mindestanforderungen an Eigenmittel und anrechnungsfähige Verbindlichkeiten (minimum requirements for own funds and eligible liabilities, "**MREL**") (einschließlich Anforderungen an interne MREs), Fremdkapital- oder Liquiditätsanforderungen, geltende Puffer und/oder Zusätze zu solchen Mindestanforderungen und den Berechnungsmethoden der risikogewichteten Vermögenswerte auswirken, die alle von internationalen, EU- oder nationalen Behörden festgelegt werden könnten. Diese oder ähnliche Änderungen von aufsichtsrechtlichen Anforderungen oder zusätzliche aufsichtsrechtliche Erwartungen, könnten entweder einzeln oder zusammen unter anderem zu einem Bedarf an weiteren Managementmaßnahmen führen, um den geänderten Anforderungen gerecht zu werden, wie beispielsweise einer Zunahme der Kapital-, MREL- oder Liquiditätsressourcen, einer Verminderung des Fremdkapitalanteils und der risikogewichteten Vermögenswerte; Verkaufsbeschränkungen von Kapitalinstrumenten; einer Abänderung der Bedingungen ausstehender Kapitalinstrumente; einer Abänderung der Struktur der Rechtspersönlichkeit (dies

umfasst auch die Emission und den Einsatz von Kapital, MREL und die Finanzierung); der Änderung der geschäftlichen Diversifikation der Bankengruppe oder den Ausstieg aus anderen Geschäftsfeldern; und/oder die Vornahme anderer Maßnahmen zur Stärkung der Position der Bankengruppe.

- (b) Der Derivatemarkt stand in den letzten Jahren in den G20-Ländern und darüber hinaus im besonderen Fokus der Aufsichtsbehörden; in diesem Zusammenhang wurden Regelungen eingeführt, die die Meldung und Abrechnung standardisierter außerbörslicher (OTC) Derivate und die zwingenden Leistungen von Sicherheiten für nicht über ein Clearingsystem abgerechnete außerbörsliche Derivate erfordern. Andere für Swap-Händler geltende Regelungen, einschließlich solcher, die von der US-Aufsichtsbehörde für den Waren- und Terminhandel (US Commodity Futures Trading Commission ("CFTC")) erlassen wurden, haben für das Derivategeschäft der Bankengruppe erhebliche Kosten verursacht. Die stärkere Regulierung von Swaps und wertpapierbasierten Swaps kann ebenfalls zu höheren Kosten für Marktteilnehmer sowie zu einer geringeren Liquidität der Märkte für diese Instrumente führen, was mit einem weiteren Anstieg der Kosten und Volatilität einhergehen kann. Diese und zukünftige Anforderungen, einschließlich der Regelungen der US Securities and Exchange Commission ("SEC") in Bezug auf Wertpapier-Swaps und die Möglichkeit von sich überschneidenden und/oder widersprechenden Anforderungen an Derivategeschäfte, die von Aufsichtsbehörden in verschiedenen Jurisdiktionen auferlegt wurden, werden das Geschäft voraussichtlich auch weiterhin gleichermaßen beeinflussen.
- (c) Die Einhaltung dieses sich ständig weiterentwickelnden regulatorischen Rahmens bringt im Allgemeinen erhebliche Kosten für die Marktteilnehmer mit sich und hat einen erheblichen Einfluss auf bestimmte Märkte, in denen die Bankengruppe tätig ist. Die Neugestaltung der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente in Europa (MiFID II), die im Januar 2018 in Kraft trat, hat das regulatorische Rahmenwerk in der EU fundamental verändert und bringt erhebliche operative Änderungen für Marktteilnehmer für eine weite Bandbreite von Finanzinstrumenten sowie Änderungen von Marktstrukturen und -praktiken mit sich. Überdies wird durch die Benchmark-Verordnung der EU, die ebenfalls im Januar 2018 in Kraft trat, die Verwendung von Referenzwerten (Benchmarks) in der EU geregelt. Insbesondere ist bestimmten Unternehmen der Bankengruppe nach dem 1. Januar 2020 die Verwendung von Referenzwerten untersagt, sofern der maßgebliche Administrator über keine Zulassung, Registrierung oder Anerkennung im Rahmen eines externen Systems verfügt. In diesem Rahmen kann eine Anpassung von Prozessen und Systemen zum Wechsel auf neue alternative Referenzwerte notwendig werden, was sehr zeit- und kostenintensiv wäre. Gesondert hiervon wird davon ausgegangen, dass der Übergang zu risikofreien Referenzsätzen als Bestandteil einer umfassenderen Benchmark-Reform sich auf die Bankengruppe auch durch den Entstehungszeitpunkt eines belastbaren Markts für risikofreie Referenzsätze, eine ungünstige Marktreaktion und/oder eine uneinheitliche Anwendung von Produkten, die diese neuen risikofreien Referenzsätze verwenden, und auch im Hinblick auf die Kosten und Unsicherheiten, die mit der Verwaltung und/oder Umstellung historischer Produkte auf risikofreie Referenzsätze infolge der beabsichtigten Einstellung bestimmter bestehender Referenzsätze verbunden sind, auswirken kann.
- (d) Die Bankengruppe und bestimmte Gruppengesellschaften sind in einer Reihe von Jurisdiktionen Stresstests der Aufsichtsbehörden unterworfen. Diese Tests beinhalten Programme der Bank of England ("**BoE**"), der Europäischen Bankenaufsicht, der Federal Deposit Insurance Corporation und des Federal Reserve Board. Die Tests sind dazu entworfen worden, die Widerstandsfähigkeit von Banken gegenüber nachteiligen wirtschaftlichen oder finanziellen Entwicklungen zu bewerten und erfordern robuste, zukunftsorientierte Kapital- und Liquiditätsmanagement-Verfahren, die die mit ihrem Unternehmensprofil assoziierten Risiken berücksichtigen. Die Bewertung durch die Aufsichtsbehörden erfolgt sowohl auf einer quantitativen als auch einer qualitativen Grundlage, wobei letztere den Schwerpunkt auf das Geschäftsmodell der Bankengruppe oder bestimmter Mitglieder, die Datenbereitstellung, die Belastungsfähigkeit gemäß dem Stresstest und die internen Managementverfahren und -kontrollen legt. Die für die Bankengruppe und ihre Gruppengesellschaften geltenden Anforderungen an Stresstests werden zunehmend strenger. Ein Versäumnis, die Anforderungen aus regulatorischen Stresstests zu erfüllen, oder eine Untätigkeit seitens der Aufsichtsbehörden, die Ergebnisse des Stresstests und die Kapitalpläne der Bankengruppe zu genehmigen, könnte

dazu führen, dass die Bankengruppe ihre Kapitalposition stärken, Kapitalausschüttungen begrenzen oder zusätzliches Kapital in bestimmte Tochtergesellschaften einbringen muss.

- (e) Es wird davon ausgegangen, dass die für 2019 vorgesehene Einführung und Umsetzung der Zweiten Zahlungsdienstleistungsrichtlinie es Dritten und Banken ermöglichen wird die Geschäftsbeziehungen zwischen Kunden und ihrer Bank zu verbessern. Möglich ist dies, indem Kunden die Möglichkeit gegeben wird, ihre Transaktionsdaten mit autorisierten externen Dienstleistern entweder für Aggregations- oder Zahlungsdienstleistungen zu teilen. Es wird davon ausgegangen, dass diese Zahlungsdienstleistungen den Kunden der Bankengruppe von Dritten angeboten werden. Die Zweite Zahlungsdienstleistungsrichtlinie wird auch neue Anforderungen an das Authentifizierungsverfahren für eine Reihe von Kunden-Transaktionen, einschließlich E-Commerce-Transaktionen, einführen. Die Nichterfüllung der Zweiten Zahlungsdienstleistungsrichtlinie könnte für die Bankengruppe zu aufsichtsrechtlichen Sanktionen führen. Darüber hinaus könnten die Regelungen dazu führen, dass Handlungen oder Unterlassungen seitens eines externen Dienstleisters für die Bankengruppe unter anderem zu einem potenziellen finanziellen Verlust infolge eines Betrugs oder Missbrauchs von Kundendaten durch Dritte, zu Rechtsstreitigkeiten und einer Schädigung der Reputation führen. Die Änderungen des Authentifizierungsverfahrens können die Vorkehrungen zur Betrugsvermeidung in der gesamten Branche verändern, da die Anbieter zur Einhaltung der Anforderungen unterschiedliche Maßnahmen einführen.

ii) Wesentliche bestehende und entstehende Risiken, die sich auf einzelne Hauptrisiken auswirken

1. Kreditrisiko

Wertminderung

Die Einführung der Wertminderungsregelungen zu Finanzinstrumenten nach IFRS 9 (wie nachstehend definiert) am 1. Januar 2018 führte zu Rückstellungen für Wertberichtigungen, die zu einem früheren Zeitpunkt und auf einer stärker zukunftsorientierten Basis berücksichtigt werden müssen und ein breiteres Spektrum von Finanzinstrumenten erfassen, als dies nach IAS 39 der Fall war, und hat sich wesentlich auf die Finanzlage der Bankengruppe ausgewirkt und wird sich auch weiterhin darauf auswirken. Die Bemessung erfordert eine höhere komplexe Beurteilung und die Belastungen aufgrund von Wertminderungen werden tendenziell volatiler ausfallen, insbesondere unter Stressbedingungen. Unbesicherte Produkte mit längeren Laufzeiten, wie beispielsweise revolving Kreditkarten, sind am stärksten betroffen. Unter Berücksichtigung der Übergangsregelungen können sich die Eigenkapitalanforderungen in Bezug auf die höheren Rückstellungen nachteilig auf die regulatorischen Eigenkapitalquoten auswirken. Zusätzlich könnte sich die Verschiebung von angefallenen zu erwarteten Kreditverlusten auf das Ergebnis der Bankengruppe unter angespannten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen oder regulatorischen Stresstests auswirken.

Bestimmte Sektoren und Konzentrierung

Die Bankengruppe unterliegt dem Risiko, dass sich in Bezug auf Kreditnehmer und Vertragspartner eines bestimmten Portfolios die Bonität und die Werthaltigkeit von Forderungen ändern können. Jede Verschlechterung der Bonität könnte eine geringere Werthaltigkeit und höhere Wertminderungen in Bezug auf einen bestimmten Sektor zur Folge haben. Nachstehend sind Bereiche aufgeführt, in denen Unsicherheiten für das Portfolio der Bankengruppe bestehen, die sich in wesentlichem Maße auf das Ergebnis auswirken können.

- (a) Privatkunden im Vereinigten Königreich

Eine nachlassende Nachfrage, steigende Kosten und ein Strukturwandel hin zum Internet verstärkt den Druck auf den Einzelhandel im Vereinigten Königreich. Obwohl die Bankengruppe bisher noch keine wesentlichen Folgen bemerkt hat, da sich der Einzelhandelsmarkt im Vereinigten Königreich neu ausrichtet, stellt dieser Trend für das Geschäftskundenportfolio im Vereinigten Königreich ein potenzielles Risiko dar.

- (b) Finanzierbarkeit für Verbraucher

Die Finanzierbarkeit für Verbraucher blieb vor dem Hintergrund des gestiegenen Kreditniveaus auch weiterhin im Fokus der Aufsichtsbehörden, insbesondere im Bereich der unbesicherten Kredite. Gesamtwirtschaftliche Faktoren wie steigende Arbeitslosigkeit, die die Fähigkeit von Kunden zur Bedienung von unbesicherten Zahlungsverpflichtungen beeinträchtigen, könnten zu höheren Rückständen bei unbesicherten Produkten führen.

(c) Immobilienmarkt im Vereinigten Königreich

Immobilien im Vereinigten Königreich haben einen großen Anteil am gesamten Unternehmens-Kreditrisiko der Bankengruppe im Vereinigten Königreich. 2018 stiegen die Immobilienpreise im Vereinigten Königreich weiter an, wobei das Wachstum in London und im Südosten, wo die Bankengruppe ein hohes Konzentrationsrisiko besitzt, nachließ. Die Bankengruppe ist dem Risiko von höheren Wertminderungen aus einem erheblichen Rückgang der Immobilienpreise infolge des Wertverfalls der zugrunde liegenden Kreditsicherheiten ausgesetzt.

(d) Übernahme von Risikofinanzierungen (*Leverage Finance*)

Die Bankengruppe übernimmt insbesondere in den USA und in Europa Positionen mit einem Rating unterhalb von "Investment-Grade", die Einzeladressenrisiken umfassen. Während des Übernahme-Zeitraums ist die Bankengruppe den durch Kreditereignisse und Marktvolatilität geschaffenen Risiken ausgesetzt. Negative Ereignisse innerhalb dieses Zeitraums können Verluste für die Bankengruppe oder einen erhöhten Kapitalbedarf nach sich ziehen, falls die Notwendigkeit entstehen sollte, die Position für einen längeren Zeitraum zu halten.

(e) Italienisches Portfolio

Die Bankengruppe ist einem Abschwung der italienischen Wirtschaft durch ein Hypothekenportfolio von ablaufenden (*run-off*) und Positionen an Großkunden ausgesetzt. Die italienische Wirtschaft fiel Ende 2018 offiziell in eine Rezession und, falls sich die Wirtschaft weiter verschlechtert, könnte dies eine wesentlich nachteilige Auswirkung auf die Ergebnisse der Bankengruppe, einschließlich, jedoch nicht beschränkt auf höhere Kreditverluste und Wertminderungen haben.

Die Bankengruppe ist auch sowohl bei ihren Kreditgeschäften als auch bei ihren Finanzdienstleistungen und Handelstätigkeiten, einschließlich Derivategeschäften und Geschäften mit Maklern, zentralen Clearingstellen, Händlern, anderen Banken, Investment- und Hedgefonds sowie anderen institutionellen Kunden, hohen Risiken in Bezug auf einzelne Vertragspartner ausgesetzt. Falls diese Vertragspartner ausfallen, kann sich dies erheblich auf die Buchwerte dieser Vermögenswerte auswirken. Hinzu kommt, dass trotz einer gegebenenfalls erfolgten Reduzierung des Adressenausfallrisikos durch gewährte Sicherheiten das Kreditrisiko weiterhin hoch sein kann, falls die gehaltenen Sicherheiten nicht verwertet werden können oder zu Preisen verwertet werden müssen, die nicht ausreichen, um den vollen Betrag des Kredit- oder Derivate-Engagements wiederzuerlangen. Solche Ausfälle von Schuldern können erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Ergebnisse der Bankengruppe haben, beispielsweise aufgrund höherer Kreditausfälle und eines höheren Wertminderungsaufwands.

Umweltrisiko

Die Bankengruppe ist aufgrund des Energie- und Klimawandels Kreditrisiken ausgesetzt. Infolge von umweltrechtlichen Fragestellungen können indirekte Risiken auftreten, die sich auf die Kreditwürdigkeit von Kreditnehmern auswirken und zu höheren Wertminderungen führen.

2. Marktrisiko

Marktvolatilität

Unsichere Vorhersagen hinsichtlich der Entwicklungsrichtung der Geldpolitik, des US-China-Konflikts, des weltweiten Abschwungs und politische Bedenken in den Vereinigten Staaten und Europa (einschließlich Brexit) sind nur einige Faktoren, die zu einem höheren Marktrisiko für die Portfolios der Bankengruppe führen können.

Darüber hinaus ist das Handelsgeschäft der Bankengruppe im Allgemeinen über einen längeren Zeitraum einer erhöhten Preisvolatilität der Vermögenswerte ausgesetzt, insbesondere, wenn sie die Höhe der Marktliquidität nachteilig beeinflusst. Ein solches Szenario könnte die Bankengruppe in ihrer Fähigkeit zur Ausführung von Kundengeschäften beeinträchtigen und es könnte auch zu geringeren kundennachfragegetriebenen Erträgen und/oder marktbasierter Verlusten aus dem bestehenden Portfolio von Marktrisiken führen. Diese können beinhalten, höhere Absicherungskosten abzufangen, die sich aus der Neugewichtung von Risiken ergeben, die dynamisch gehandhabt werden müssen, weil sich die Marktniveaus und die mit ihnen verbundenen Volatilitäten ändern.

3. Treasury- und Kapitalrisiko

Die Bankengruppe ist möglicherweise aufgrund von Folgendem nicht in der Lage, ihre Geschäftspläne zu verwirklichen: a) Unfähigkeit, angemessene Kapitalquoten aufrecht zu erhalten; b) Unfähigkeit, ihre Verbindlichkeiten bei Fälligkeit zu erfüllen; c) Herabstufungen durch Ratingagenturen; d) nachteilige Veränderungen der Wechselkurse auf die Kapitalquoten; e) nachteilige Entwicklungen des Pensionsfonds; f) nicht handelsbezogene Marktrisiken/Zinssatzrisiken im Bankenbuch.

- (a) Unfähigkeit, angemessene Kapitalquoten aufrechtzuhalten und andere regulatorische Anforderungen einzuhalten

Dies könnte zu der Unfähigkeit der Bankengruppe führen, angemessene Kapitalquoten aufrechtzuhalten, oder dazu, dass die Geschäftstätigkeit nicht fortgesetzt werden kann, regulatorische Kapitalanforderungen, einschließlich Kapitalaufschläge, oder die für aufsichtsbehördliche Stresstests festgelegten Anforderungen nicht erfüllt werden, Finanzierungskosten aufgrund einer Verschlechterung des Anlegerinteresses oder der Ratings steigen, Ausschüttungen beschränkt werden, einschließlich der Fähigkeit, Dividendenziele zu erreichen, und/oder zusätzliche Maßnahmen zur Verbesserung der Eigen- oder Fremdkapitalposition der Bankengruppe erforderlich werden.

- (b) Unfähigkeit, Liquiditäts- und Finanzierungsrisiken effektiv zu steuern

Dies könnte dazu führen, dass die Bankengruppe entweder nicht über ausreichend finanzielle Mittel verfügt, um ihre Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit zu erfüllen oder zwar solvent ist, diese Verpflichtungen jedoch nur zu übermäßig hohen Kosten erfüllen kann. Dies könnte wiederum dazu führen, dass die Bankengruppe regulatorische Liquiditätsstandards nicht erfüllt oder das tägliche Bankgeschäft nicht aufrechterhalten kann.

Die Stabilität des aktuellen Refinanzierungsprofils der Bankengruppe, insbesondere des Teils, der sich auf Konten und Einlagen bezieht, die auf Verlangen oder kurzfristig zahlbar sind, könnte beeinträchtigt werden, wenn die Bankengruppe nicht mehr in der Lage ist, das aktuelle Maß an Kunden- und Anlegervertrauen zu erhalten. Die Bankengruppe greift zur kurz- und langfristigen Finanzierung ihres Geschäfts auch regelmäßig auf die Kapitalmärkte zurück. Zahlreiche Faktoren, einschließlich nachteiliger gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen, nachteiliger Ergebnisse in rechtlichen, aufsichtsrechtlichen oder Wohlverhaltensangelegenheiten und der Vertrauensverlust der Anleger, Vertragspartner und/oder Kunden der Bankengruppe kann den Zugang der Bankengruppe zu den Kapitalmärkten und/oder die Kosten und andere Bedingungen, zu denen die Bankengruppe Finanzierung auf dem Markt erhält, beeinträchtigen.

- (c) Veränderungen des Ratings und Folgen für die Finanzierungskosten

Eine potenzielle oder tatsächliche Bonitätsherabstufung durch Ratingagenturen könnte die Kreditkosten und Kreditspreads der Bankengruppe erheblich erhöhen und die Zinsmargen und Liquiditätslage der Bankengruppe wesentlich nachteilig beeinflussen. Infolgedessen kann dies zu einer geringeren Ertragskraft für die Bankengruppe führen.

- (d) Ungünstige Auswirkungen von Wechselkursänderungen auf Kapitalquoten

Die Bankengruppe verfügt über Eigenmittel, risikogewichtete Vermögenswerte und Fremdkapital in Fremdwährungen. Änderungen der Wechselkurse können sich daher nachteilig auf den entsprechenden Gegenwert in Pfund Sterling dieser Posten auswirken. Infolgedessen reagieren die regulatorischen Eigenkapitalquoten sensibel auf Wechselkursänderungen. Jedes Ausbleiben einer angemessenen Steuerung der Bilanz der Bankengruppe, um

Wechselkursänderungen Rechnung zu tragen, kann sich nachteilig auf regulatorische Eigen- und Fremdkapitalquoten auswirken.

(e) Nachteilige Entwicklungen in Pensionsfonds

Nachteilige Entwicklungen in den Pensionsvermögenswerten und -verbindlichkeiten für leistungsorientierte Pensionssysteme könnten zu Defiziten bei der Finanzierung und/oder Bilanzierung führen. Dies könnte dazu führen, dass die Bankengruppe beträchtliche zusätzliche Beiträge in ihre Pensionssysteme leisten muss und/oder eine Verschlechterung ihrer Eigenkapitalposition erleidet. Gemäß IAS 19 leitet sich der Diskontsatz für Verbindlichkeiten aus den Renditen von Unternehmensanleihen höchster Bonität ab. Daher würde die Bewertung der leistungsorientierten Systeme der Bankengruppe durch einen anhaltenden Absturz des Diskontsatzes aufgrund eines anhaltend niedrigen Zinses und/oder eine anhaltend niedrige Kreditspread-Umgebung beeinträchtigt werden. Inflation ist ein weiterer deutlicher Risikotreiber für den Pensionsfonds, da die Verbindlichkeiten von einer Zunahme der langfristigen Inflationserwartungen negativ beeinflusst werden.

(f) Nicht handelsbezogene Marktrisiken/Zinsrisiken im Bankenbuch

Eine unzureichende Anlagerendite des Liquiditätspools könnte zu höheren Finanzierungskosten der Bankengruppe führen und die Kapitalquoten beeinflussen. Die strukturellen Absicherungsprogramme der Bankengruppe für Zinsrisiken im Bankenbuch vertrauen auf Verhaltensannahmen und infolge dessen gibt es keine Garantie für den Erfolg der Absicherungsstrategie. Eine mögliche Diskrepanz zwischen dem Gleichgewicht oder der Dauer der Absicherungsannahmen könnte zu einer Verschlechterung der Ertragslage führen.

4. Betriebliches Risiko

(a) Cyber-Bedrohung

Die Häufigkeit von Cyber-Angriffen wächst kontinuierlich und stellt eine weltweite Bedrohung dar, die sich über alle Branchen, einschließlich der Finanzbranche, hinweg erstreckt und für die Bankengruppe ein wichtiger Schwerpunktbereich ist. Die Finanzbranche bleibt auch weiterhin ein Hauptziel von Cyber-Kriminellen. Sowohl kriminelles als auch staatlich veranlasstes Hacking, das auf den Diebstahl von Geld, Diebstahl, die Zerstörung oder Manipulation von Daten, einschließlich von Kundendaten, und/oder auf die Störung des Betriebs abzielt, wird immer ausgeklügelter. Hier bestehen vielfältige Bedrohungen, einschließlich Bedrohungen infolge von Schad-E-Mails, Distributed Denial of Service (DDoS-)Angriffen, Beeinträchtigungen von Zahlungssystemen und Lieferketten und der Ausnutzung von Schwachstellen. Andere Ereignisse wirken sich erschwerend auf Dienstleistungen und Kosten aus, z. B. Datenverletzungen in Sozialen Netzwerken, bei Einzelhändlern und Zahlungsnetzwerken.

Das Versäumnis, diese Bedrohung angemessen zu handhaben, könnte zu höheren Verlusten infolge von Betrug, der Unfähigkeit, wichtige ökonomische Tätigkeiten durchzuführen, einem Schaden für die Kunden, einer aufsichtsbehördlichen Verwarnung oder Strafzahlungen, einer gesetzlichen Haftung, einer Verringerung des Unternehmenswerts und Reputationsschäden führen.

(b) Betrug

Das Ausmaß und die Arten von der Bedrohung durch Betrug nehmen weiter zu, insbesondere angesichts der steigenden Nutzung digitaler Produkte und einer größeren steigenden Anzahl von Möglichkeiten und Funktionen, die online verfügbar sind. Kriminelle passen ihre Techniken fortlaufend an und konzentrieren sich zunehmend darauf, Kunden und Klienten gezielt durch immer raffiniertere ausgeklügelte Methoden des Social Engineerings anzusprechen. Externe Verletzungen des Datenschutzes bieten Kriminellen auch die Möglichkeit, größere Mengen von unternehmensinternen gefährdeten Daten zu missbrauchen. Diese Bedrohungen könnten zu Beeinträchtigungen der Kunden, Geschäftsverlusten, einer aufsichtsrechtlichen Verwarnung, entgangenen Geschäftsmöglichkeiten und Reputationsschäden führen.

(c) Betriebliche Belastbarkeit

Der Ausfall oder die Störung der Geschäftsabläufe der Bankengruppe stellt ein wesentliches inhärentes Risiko innerhalb der Bankengruppe und in der gesamten Finanzdienstleistungsbranche dar, unabhängig davon, ob diese(r) durch Einflüsse auf Technologiesysteme, Immobiliendienstleistungen, Personalverfügbarkeit oder die Unterstützung wichtiger Lieferanten hervorgerufen wurde.

Das Unvermögen, belastbare Geschäftsabläufe und Dienstleistungen in Bezug auf Technologien, Immobilien oder Lieferanten, von denen die Geschäftsabläufe der Bankengruppe abhängen, aufzubauen, könnte zu erheblichen Schäden für Kunden, Kosten für Entschädigungszahlungen an Kunden der Bankengruppe für deren Verluste, aufsichtsrechtlichen Verwarnungen oder Geldstrafen und Reputationsschäden führen.

(d) **Lieferantenrisiko**

Die Bankengruppe hängt für die Bereitstellung vieler ihrer Dienstleistungen und die Entwicklung von Technologien von Zulieferern, einschließlich Barclays Services Limited, ab. Obwohl die Bankengruppe von Zulieferern abhängt, ist sie auch weiterhin für das Risiko rechenschaftspflichtig, das aus den Handlungen jener Zulieferer entsteht. Das Versäumnis, die Zulieferer der Bankengruppe zu überwachen und zu steuern, könnte potenziell dazu führen, dass Kundeninformationen oder wichtige Infrastrukturen und Dienste nicht ausreichend geschützt werden oder bei Bedarf nicht verfügbar sind.

Die Abhängigkeit von Zulieferern und die Unterbeauftragungen von ausgelagerten Diensten lässt ein Konzentrationsrisiko entstehen, wobei der Ausfall bestimmter Zulieferer eine Auswirkung auf die Fähigkeit der Bankengruppe haben könnte, weiterhin Dienste anzubieten, die für die Bankengruppe wesentlich sind.

Das Versäumnis, das Auslagerungsrisiko angemessen zu handhaben, könnte zu gesteigerten Verlusten, der Unfähigkeit, wichtige ökonomische Handlungen durchzuführen, einem Schaden für die Kunden, einer potenziellen aufsichtsrechtlichen Verwarnung, einer gesetzlichen Haftung und Reputationsschäden führen.

Bearbeitungsfehler

Als großes, komplexes Finanzinstitut ist die Bankengruppe dem Risiko wesentlicher Fehler in den betrieblichen Prozessen ausgesetzt, einschließlich Zahlungen und Kundentransaktionen.

Wesentliche betriebliche oder Zahlungsfehler könnten einen Nachteil für die Kunden, Verbraucher oder Vertragspartner der Bankengruppe bedeuten und zu einer aufsichtsrechtlichen Verwarnung, einer gesetzlichen Haftung, Reputationsschäden sowie finanziellen Verlusten für die Bankengruppe führen.

Neue und neu entstehende Technologien

Technologische Neuerungen bieten die Möglichkeit, neue und innovative Wege der Geschäftstätigkeit innerhalb der Bankengruppe zu entwickeln, wobei neue Lösungen dabei sowohl intern als auch in Zusammenarbeit mit externen Unternehmen entwickelt werden. Die Einführung neuer Technologieformen kann jedoch auch die damit verbundenen Risiken erhöhen.

Ein Versäumnis, diese Risiken während aller Phasen der Geschäftsentwicklung auszuwerten, aktiv zu steuern und streng zu überwachen, könnte zu Nachteilen für die Kunden, einem Geschäftsverlust, einer aufsichtsrechtlichen Verwarnung, entgangenen Geschäftschancen und Reputationsschäden führen.

Fähigkeit, hinreichend qualifizierte Mitarbeiter einzustellen und zu halten

Als reguliertes Finanzinstitut ist die Bankengruppe auf qualifizierte Mitarbeiter angewiesen. Die Fähigkeit der Bankengruppe, eine vielfältige Mischung von Talenten anzuziehen, zu entwickeln und zu halten, ist für die Umsetzung ihres Kerngeschäfts und ihrer Strategie von wesentlicher Bedeutung. Dies hängt von einer Reihe von internen und externen Faktoren, wie die Entscheidung des Vereinigten Königreichs zum Austritt aus der EU und die verbesserte individuelle Rechenschaftspflicht der Bankenbranche.

Das Versäumnis, hinreichend qualifizierte und befähigte Mitarbeiter, einzustellen bzw. deren Fortgang zu verhindern, könnte sich nachteilig auf das finanzielle Geschäftsergebnis, Steuerungsumfeld und Niveau des Mitarbeiterengagements der Bankengruppe auswirken. Dies könnte zudem zu einer Unterbrechung der Dienstleistungserbringung führen, was wiederum zu einer Entrechtung bestimmter Kundengruppen und zu einem Schaden der Kunden und der Reputation führen könnte.

Steuerliches Risiko

Die Bankengruppe ist dazu verpflichtet, die nationalen und internationalen Steuergesetze und die Handelsbräuche sämtlicher Länder, in denen sie Geschäftshandlungen vornimmt, einzuhalten. Der Tax Cuts and Jobs Act hat erhebliche Änderungen des Steuersystems der USA eingeführt, einschließlich der Einführung einer neuen Steuer, der sogenannten Base Erosion Anti-Abuse Tax. Diese Änderungen haben dazu geführt, dass die Verpflichtungen der Bankengruppe zur Einhaltung von Steuervorschriften gestiegen sind und eine Reihe von System- und Prozessänderungen vorgenommen werden müssen, die weitere operationelle Risiken mit sich bringen. Darüber hinaus bergen steigende steuerliche Meldepflichten hinsichtlich Kunden weltweit und die Digitalisierung der Steuerverwaltung das Risiko, dass die Belastungen der Bankengruppe in Zusammenhang mit der Einhaltung von Steuervorschriften weiter zunehmen. Vor diesem Hintergrund besteht das Risiko, dass die Bankengruppe Verluste aufgrund zusätzlicher steuerlicher Belastungen, anderer finanzieller Kosten oder Reputationsschäden infolge der Nichteinhaltung dieser Gesetze und Handelsbräuche oder durch das Versäumnis, ihre steuerlichen Angelegenheiten auf angemessene Weise zu handhaben, wobei ein Großteil dieses Risikos der internationalen Struktur der Bankengruppe zuzuschreiben ist, erleiden könnte.

Wichtige Schätzungen und Beurteilungen für die Bilanzierung

Bei der Erstellung von Abschlüssen nach IFRS ist es erforderlich Schätzungen vorzunehmen. Außerdem sind von der Geschäftsleitung bei der Anwendung von maßgeblichen Rechnungslegungsgrundsätzen Ermessensentscheidungen zu treffen. Die zentralen Bereiche mit höheren Ermessensspielräumen oder höherer Komplexität oder Bereiche, bei denen Annahmen von entscheidender Bedeutung für die konsolidierten und Einzelabschlüsse sind, sind u. a. der Wertminderungsaufwand für Restbuchwerte, Steuern, der beizulegende Zeitwert von Finanzinstrumenten, Pensionsverpflichtungen- und Ruhestandsleistungen und Rückstellungen für Wohlverhaltensfragen und Rechts-, Wettbewerbs- und Aufsichtsangelegenheiten. Es besteht das Risiko, dass, wenn sich die zugrunde gelegte Ermessensentscheidung, Schätzung oder Annahme nachträglich als unrichtig herausstellt, dies zu einem erheblichen Verlust für die Bankengruppe führen kann, der den angenommenen Verlust oder die hierfür gebildeten Rückstellungen übersteigen könnte. Die weitere Entwicklung von Rechnungslegungsstandards und Auslegungen im Rahmen von IFRS könnte sich auch erheblich auf die Geschäftsergebnisse, die Finanzlage und die Geschäftsaussichten der Bankengruppe auswirken.

Datenverwaltung und Schutz von Informationen

Die Bankengruppe besitzt und verarbeitet große Mengen an Daten, einschließlich personenbezogener Daten, gewerblicher Schutzrechte und Finanzinformationen. Ein Versäumnis, diese Daten ordnungsgemäß zu erheben und zu erhalten, sie vor Vertraulichkeitsverletzungen und Beeinträchtigungen ihrer Verfügbarkeit zu schützen, setzt die Bankengruppe dem Risiko des Datenverlusts oder der Nichtverfügbarkeit von Daten (einschließlich Kundendaten, die unter den Abschnitt "iv) c) Datenschutz und Privatsphäre", siehe unten, fallen) oder Datensicherheitsaspekten aus. Dies könnte zu einer aufsichtsrechtlichen Verwarnung, einer gesetzlichen Haftung und Reputationsschäden, einschließlich des Risikos erheblicher Strafzahlungen im Rahmen der Datenschutz-Grundverordnung ("DS-GVO"), die die Datenschutzrechte für Kunden stärkt und der Bankengruppe eine größere Verantwortung für die Verwaltung ihrer Daten auferlegt, führen.

Unbefugter und eigenmächtiger Handel (rogue trading)

Unbefugter Handel beispielsweise mit großen unbesicherten Positionen, der aufgrund des Versagens von präventiven Kontrollmechanismen oder infolge eines vorsätzlichen Handelns des Händlers auftreten kann, kann zu hohen Verlusten für die Bankengruppe, Geschäftsverlusten, einer Schädigung des Anlegervertrauens und zu Reputationsschäden führen.

Algorithmus-Handel

In einigen Bereichen des Investmentbankinggeschäfts werden zur Berechnung von Preisen und für das Risikomanagement bei Kunden- und wesentlichen Transaktionen Algorithmen eingesetzt. Ein Algorithmusfehler können zu einem höheren Marktpreisrisiko und infolgedessen zu Verlusten für die Bankengruppe und zu potenziellen Geschäftsverlusten, einer Schädigung des Anlegervertrauens und zu Reputationsschäden führen.

5. Modellrisiko

Gestiegene Modellrisikomanagementanforderungen

Die Bankengruppe vertraut auf Modelle zur Unterstützung einer Vielzahl von Geschäfts- und Risikomanagement-Aktivitäten. Diese umfassen Untersuchungen im Zusammenhang mit geschäftlichen Entscheidungen und Strategien, die Bemessung und Begrenzung des Risikos, die Bewertung von Engagements (einschließlich der Berechnung von Wertminderungen), die Durchführung von Stresstests, die Beurteilung der Kapitalangemessenheit, die Unterstützung neuer Geschäftsakzeptanten und Risiko- und Prämienbewertungen, die Verwaltung von Kundenvermögen und die Einhaltung von Berichtspflichten.

Modelle sind aufgrund ihrer Beschaffenheit unvollkommene und unvollständige Darstellungen der Wirklichkeit, da sie auf Annahmen und Vorgaben beruhen und Fehler aufweisen können, welche die Zuverlässigkeit ihrer Ergebnisse beeinträchtigen. Beispielsweise hat die Qualität der Daten, die in sämtlichen Modellen der Bankengruppe verwendet wird, eine wesentliche Auswirkung auf die Präzision und Vollständigkeit der Risiko- und Finanzmetriken der Bankengruppe.

Modelle können zudem falsch verwendet werden. Modellfehler oder die falsche Verwendung können in der Bankengruppe dazu führen, dass ungünstige Geschäftsentscheidungen getroffen werden und die Bankengruppe einem finanziellen Verlust, einem aufsichtsrechtlichen Risiko, einem Risiko für die Reputation und/oder einer unzureichenden Kapitalberichterstattung unterliegt.

6. Verhaltensrisiko

Aus der unzulänglichen Erbringung von Finanzdienstleistungen, einschließlich der Fälle eines vorsätzlichen oder fahrlässigen Fehlverhaltens, besteht das Risiko von Nachteilen für Verbraucher, Kunden, die Marktintegrität, den effektiven Wettbewerb oder die Bankengruppe. Dieses Risiko könnte sich auf eine Vielzahl von Arten zeigen.

(a) Produktkontrolle und –lebenszyklus

Eine wirkungslose Produktkontrolle (*product governance*), die die Gestaltung, Genehmigung und Überprüfung von Produkten umfasst oder unangemessene Kontrollen über unterschiedliche interne und externe Vertriebskanäle und Dienstleistungen nach dem Vertrieb, wie Beschwerdemanagement und Forderungseinzug, , könnten zu schlechten Kundenergebnissen sowie zu aufsichtsrechtlichen Sanktionen, finanziellen Verlusten und Reputationsschäden führen.

(b) Finanzkriminalität

Wenn es die Bankengruppe versäumt, das Risiko wirksam einzudämmen, dass Dritte oder ihre Mitarbeiter Finanzkriminalität (Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung, Proliferationsaktivitäten, Verletzungen von Wirtschafts- und Finanzsanktionen, Bestechung, Korruption und die Ermöglichung von Steuerumgehung) ermöglichen oder ihre Produkte und Dienstleistungen zur Ermöglichung von Finanzkriminalität eingesetzt werden, kann dies einen nachteiligen Einfluss auf sie haben. Gesetzliche Regelungen in den USA und im Vereinigten Königreich in Bezug auf Finanzinstitute konzentrieren sich auch weiterhin auf die Bekämpfung von Finanzkriminalität. Die Nichteinhaltung solcher Vorschriften kann zu Vollstreckungsmaßnahmen durch die für die Bankengruppe zuständigen Aufsichtsbehörden nebst empfindlicher Strafen und zu einer Auswirkung auf die Reputation und Finanzergebnisse der Bankengruppe führen.

(c) Datenschutz und Privatsphäre

Der ordnungsgemäße Umgang mit personenbezogenen Daten ist für die Aufrechterhaltung langfristiger Beziehungen mit den Verbrauchern und Kunden der Bankengruppe und für die Einhaltung datenschutzrechtlicher Bestimmungen und Verpflichtungen von entscheidender Bedeutung. Ein unzureichender Schutz personenbezogener Daten kann zu möglichen Nachteilen für die Verbraucher und Kunden der Bankengruppe, einer Schädigung der Reputation der Bankengruppe, aufsichtsbehördlichen Sanktionen und zu einem finanziellen Verlust führen, was im Rahmen der DS-GVO einen erheblichen Umfang annehmen kann (*siehe Betriebliche Risiken - Datenverwaltung und Schutz von Informationen oben*).

- (d) Aufsichtsbehördliche Konzentration auf die Unternehmenskultur und –verantwortung

Regulierungsbehörden weltweit heben weiterhin die Bedeutung der Unternehmenskultur, der persönlichen Verantwortung und die Einführung und Durchsetzung geeigneter interner Melde- und Whistleblowing-Verfahren hervor, um eine ordnungsgemäße Verhaltensweise zu fördern und positive Ergebnisse für die Verbraucher, Kollegen, Kunden und Märkte zu erzielen. Die Nichterfüllung dieser Anforderungen und Erwartungen der britischen Wohlverhaltensregeln für Führungskräfte (*UK Senior Managers Regime, Certification Regime and Conduct Rules*) kann zu aufsichtsbehördlichen Sanktionen, sowohl für einzelne Personen als auch für die Bankengruppe führen.

7. Reputationsrisiko

Die Verbindung der Bankengruppe zu sensiblen Sektoren und ihre Auswirkung auf die Reputation

Ein Risiko, das in einem Geschäftsbereich entsteht, kann sich negativ auf die allgemeine Reputation der Bankengruppe, jede Transaktion, jede Anlage oder jedes Ereignis, die bzw. das in der Wahrnehmung wichtiger Beteiligter ihr Vertrauen in die Integrität und Kompetenz der Bankengruppe mindert, auswirken.

Die Verbindung der Bankengruppe zu sensiblen Sektoren ist Gegenstand von Bedenken der Beteiligten und die folgenden Bereiche sind regelmäßig davon betroffen:

- (a) Die Offenlegung von Klimarisiken und -möglichkeiten, einschließlich Aktivitäten bestimmter Teile des Kundenstamms, die zunehmend der stärkeren Überprüfung durch Aufsichtsbehörden, NGOs und andere Beteiligte unterliegen.
- (b) Die Risiken in Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen aufgrund der wahrgenommenen indirekten Beteiligung an Menschenrechtsverletzungen, die durch Verbraucher und Kunden begangen wurden.
- (c) Die Herstellung und der Export von militärischen Gütern und Dienstleistungen durch Verbraucher und Kunden.

Diese Verbindungen können zu möglichen Reputationsschäden für die Bankengruppe und zu einem Geschäftsverlust, einer aufsichtsrechtlichen Verwarnung und entgangenen Geschäftschancen führen.

Zusätzlich hierzu können aus betrieblichen Fragestellungen oder Verhaltensfragen Reputationsschäden entstehen, die Verbraucher, Kunden, die Marktintegrität, den effektiven Wettbewerb oder die Bankengruppe schädigen können (*siehe Betriebliches Risiko - Cyber-Bedrohung; Datenmanagement und Schutz von Informationen; und Verhaltensrisiko oben*).

8. Rechtsrisiken und rechtliche, wettbewerbsrechtliche und aufsichtsrechtliche Angelegenheiten

Rechtsstreitigkeiten, aufsichtsrechtliche Ermittlungen, Geldstrafen und andere Sanktionen im Zusammenhang mit Geschäftsgebaren und Verletzungen von Gesetzen und Vorschriften können sich nachteilig auf das Ergebnis, die Reputation und die Fähigkeit zur Führung der Geschäfte der Bankengruppe auswirken.

Die Bankengruppe agiert in vielfältiger Weise in einem stark regulierten globalen Markt und ist daher dem Risiko von Geldstrafen und anderen Sanktionen ausgesetzt. Behörden haben auch weiterhin bisherige Praktiken untersucht, gingen mutmaßlichen Verstößen nach und verhängten hohe Geldstrafen

gegen Finanzdienstleister. So kann ein Verstoß gegen geltende Gesetze und/oder Vorschriften dazu führen, dass die Bankengruppe oder ihre Mitarbeiter in den Jurisdiktionen, in denen die Bankengruppe tätig ist, strafrechtlich verfolgt oder mit aufsichtsrechtlichen oder sonstigen Sanktionen oder Geldstrafen belegt werden. Auch Fälle, in denen Kunden, Verbraucher oder sonstige Dritte durch das Geschäftsgebaren der Bankengruppe geschädigt werden, können zu Gerichtsverfahren, einschließlich Sammelklagen, führen. Zudem kann es zwischen der Bankengruppe und Dritten zu Rechtsstreitigkeiten in Bezug auf Angelegenheiten, wie etwa Verstößen oder der Durchsetzung von Rechten oder Pflichten, die gemäß Verträgen, Gesetzen oder dem Common Law bestehen, kommen. Ungünstige Entscheidungen in solchen Angelegenheiten können dazu führen, dass die Bankengruppe gegenüber Dritten haftbar ist oder ihre Rechte nicht wie beabsichtigt durchsetzen kann.

Der Ausgang von Gerichts-, Wettbewerbs- und aufsichtsrechtlichen Verfahren – sowohl jener, an denen die Bankengruppe derzeit beteiligt ist, als auch aller möglichen künftigen Verfahren – ist schwer vorauszusagen. In Zusammenhang mit solchen Verfahren können der Bankengruppe – unabhängig vom tatsächlichen Ausgang – erhebliche Ausgaben entstehen und jedes dieser Verfahren könnte die folgenden Auswirkungen auf die Bankengruppe haben: monetärer Schadenersatz, Vergleiche und/oder Geldstrafen in erheblicher Höhe; Entschädigungen betroffener Kunden und Verbraucher; andere Strafen und Unterlassungsverfügungen; zusätzliche Verfahren; strafrechtliche Verfolgung; Verlust eines vereinbarten Schutzes vor Strafverfolgung; aufsichtsrechtliche Auflagen für den Geschäftsbetrieb der Bankengruppe, einschließlich Zulassungsentzug; Erhöhung aufsichtsrechtlicher Anforderungen; Einstellung einzelner Geschäftsfelder; öffentliche Rügen; Verlust beträchtlicher Vermögenswerte oder beträchtlicher Geschäftsverlust; nachteilige Auswirkungen auf die Reputation der Bankengruppe; Verlust des Vertrauens von Anlegern, Vertragspartnern, Verbrauchern und/oder Kunden; Risiko einer Bonitätsherabstufung durch Ratingagenturen; potenzielle negative Auswirkung auf die Verfügbarkeit und/oder Finanzierungs- und Liquiditätskosten; und/oder Entlassung von oder Kündigung durch Schlüsselpersonen. In Anbetracht der im Zusammenhang mit Gerichts-, Wettbewerbs- und aufsichtsrechtlichen Verfahren bestehenden Unsicherheiten kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich der Ausgang eines bestimmten bzw. bestimmter Verfahren in einem bestimmten Zeitraum wesentlich auf die Ertragslage oder den Kapitalfluss der Bankengruppe für den jeweiligen Zeitraum auswirkt.

Im Januar 2017 wurde die Gruppe verurteilt, drei Jahre auf Bewährung ab dem Datum der Urteilungsanordnung im Einklang mit den Bedingungen ihrer Einigung (*plea agreement* mit dem Justizministerium (*Department of Justice*, "DOJ")) vom Mai 2015 abzuleisten. Während der Bewährungszeit gilt für die Gruppe unter anderem Folgendes: (i) sie darf keine Verletzung, welcher Art auch immer, von US-Bundesgesetzen begehen, (ii) sie muss ein Compliance-Programm einführen und weiter umsetzen, das darauf ausgerichtet ist, der Verhaltensweise, die Anlass zu der Einigung gab, vorzubeugen und diese aufzudecken, und (iii) sie muss ihre Compliance- und internen Kontrollen, wie von den zuständigen Aufsichts- oder Vollzugsbehörden gefordert, stärken. Mögliche Folgen für die Gruppe, einschließlich der Bankengruppe, im Falle eines Verstoßes gegen die Einigung umfassen die Auferlegung zusätzlicher Bedingungen und Auflagen für die Gruppe, eine Verlängerung der Einigung oder die Strafverfolgung der Gruppe, die wiederum weitere finanzielle Strafzahlungen und Nebenfolgen mit sich bringen und eine wesentliche nachteilige Auswirkung auf das Geschäft, das operative Ergebnis oder die Finanzlage der Gruppe haben könnten.

Zudem besteht das Risiko, dass aus dem Ausgang von Gerichts-, Wettbewerbs- und aufsichtsrechtlichen Verfahren, an denen die Bankengruppe beteiligt ist, im Rahmen einer umfassenden Reaktion der zuständigen Gesetzgeber und Aufsichtsbehörden Änderungen von Gesetzen oder Vorschriften hervorgehen. Eine nachteilige Entscheidung in einem oder mehreren dieser Verfahren, entweder gegen die Bankengruppe oder gegen ein anderes Finanzinstitut, das mit vergleichbaren Klagen konfrontiert ist, könnte zu weiteren Klagen gegen die Bankengruppe führen."

- IX. Im RSSP Basisprospekt A werden im Abschnitt "RISIKOFAKTOREN" in dem Unterabschnitt "FAKTOREN, DIE AUSWIRKUNGEN AUF DIE FÄHIGKEIT DER EMITTENTIN ZUR ERFÜLLUNG IHRER VERPFLICHTUNGEN UNTER DEN WERTPAPIEREN HABEN KÖNNEN" die Risikofaktoren "2. Aufsichtsrechtliche Maßnahmen im Falle eines Ausfalls oder wahrscheinlichen Ausfalls einer Bank oder Wertpapierfirma der Gruppe können sich in wesentlichem Maße nachteilig auf den Wert der Wertpapiere auswirken" und "3. Eine Herabstufung des von der Kredit-Ratingagentur erteilten Kredit-ratings der Emittentin könnte sich nachteilig auf die Liquidität oder den Marktwert der

Wertpapiere auswirken. Kredit-rating-herabstufungen können sich u.a. aufgrund Änderungen der von den Kredit-Ratingagenturen verwendeten Ratingmethoden ergeben" wie folgt ersetzt:

"2. Aufsichtsrechtliche Maßnahmen im Falle eines Ausfalls oder wahrscheinlichen Ausfalls einer Bank oder Wertpapierfirma der Gruppe können sich in wesentlichem Maße nachteilig auf den Wert der Wertpapiere auswirken

Die Mehrheit der Anforderungen der BRRD (darunter auch das Bail-In-Instrument) und wurde durch Änderungen des britischen Banking Acts 2009 ("**Banking Act**") im Vereinigten Königreich umgesetzt. Weitere Informationen über das Bail-In-Instrument finden Anleger weiter unten unter "2.4 Die zuständige britische Abwicklungsbehörde kann das Bail-In-Instrument in Bezug auf die Emittentin und die Wertpapiere anwenden, was dazu führen kann, dass die Inhaber der Wertpapiere einen vollständigen oder teilweisen Verlust ihrer Anlage erleiden" und "2.6 Nach den Bedingungen der Wertpapiere haben Anleger sich der Anwendung der britischen Bail-In-Befugnis durch die zuständige britische Abwicklungsbehörde unterworfen."

Am 23. November 2016 hat die Europäische Kommission, neben weiteren Ankündigungen, eine Ankündigung veröffentlicht, wonach die BRRD geändert werden soll. Die Verabschiedung der Ankündigungen und die Veröffentlichung im Amtsblatt wird bis Mitte 2019 erwartet, wobei es noch immer eine Reihe offener Fragen gibt und das Prüfungsverfahren hinsichtlich der technischen und rechtlichen Umsetzung aller vereinbarten Fragen erst noch stattfinden muss. Es ist daher unklar, welche Auswirkungen diese Ankündigungen auf die Gruppe, die Emittentin oder die Wertpapiere haben werden.

2.1 Das Bankengesetz verleiht einer Reihe von britischen Behörden weitreichende Befugnisse, um sie in die Lage zu versetzen, verschiedene Maßnahmen im Hinblick auf britische Banken oder Wertpapierfirmen und bestimmte ihr verbundene Unternehmen (aktuell einschließlich der Bank) zu ergreifen, wenn von einer Bank oder Wertpapierfirma derselben Gruppe zu erwarten ist, dass diese ausfällt oder wahrscheinlich ausfallen wird. Die Durchführung dieser Maßnahmen im Hinblick auf die Emittentin kann einen wesentlich nachteiligen Effekt auf die Wertpapiere haben.

Nach dem Bankengesetz werden der BoE (oder, unter bestimmten Umständen, dem britischen Finanzministerium (Her Majesty's Treasury ("**HM Treasury**"))) als Teil eines speziellen Abwicklungsmechanismus (*special resolution Regime* ("**SRR**")) weitreichende Befugnisse in Abstimmung mit entweder der Prudential Regulation Authority ("**PRA**"), der Financial Conduct Authority ("**FCA**") oder der HM Treasury, soweit angemessen übertragen. Diese Befugnisse versetzen die zuständigen britischen Abwicklungsbehörden in die Lage, Abwicklungsmaßnahmen im Hinblick auf eine Bank oder eine Wertpapierfirma des Vereinigten Königreichs und bestimmter verbundener Unternehmen (aktuell einschließlich der Bank) dieser Bank oder Wertpapierfirma (jeweils ein relevantes Unternehmen (*relevant entity*)), in Fällen zu ergreifen, in denen die zuständige britische Abwicklungsbehörde überzeugt ist, dass die Abwicklungsvoraussetzungen vorliegen. Zu diesen Voraussetzungen gehört, dass eine britische Bank oder Wertpapierfirma die Schwellenwert-Voraussetzungen gemäß dem *Financial Services and Markets Act 2000* ("**FSMA**"), die für die Genehmigung der Vornahme bestimmter regulierter Tätigkeiten (im Sinne von Sektion 55B FSMA) gelten, nicht einhält oder aller Wahrscheinlichkeit nach nicht einhalten wird oder – im Falle einer britischen Bank-Konzerngesellschaft, bei der es sich um ein EWR- oder Drittlands-Institut oder eine EWR- oder Drittlands-Wertpapierfirma handelt –, dass der zuständigen EWR- oder Drittlandsbehörde zu ihrer Zufriedenheit dargelegt wurde, dass die Abwicklungsvoraussetzungen in Verbindung mit diesem Unternehmen vorliegen.

Der spezielle Abwicklungsmechanismus enthält fünf Stabilisierungsoptionen: (a) ein privatwirtschaftlicher Verkauf des gesamten oder eines Teils des Geschäfts oder aller oder eines Teils der Anteile des betroffenen Unternehmens, (b) die Übertragung eines Teils oder des gesamten Geschäfts des betroffenen Unternehmens auf ein durch die BoE errichtetes "Brückeninstitut", (c) die Ausgliederung auf eine Vermögensverwaltungsgesellschaft, die hundertprozentig oder teilweise HM Treasury oder der BoE gehört, (d) die Nutzung des Bail-In-Instruments (wie nachstehend beschrieben) und (e) das vorübergehende Eigentum in öffentlicher Hand (Verstaatlichung).

Der Banking Act regelt darüber hinaus zwei neue Insolvenz- und Verwaltungsverfahren für betroffene Unternehmen. Zu den weiteren Befugnissen, die darin geregelt sind, gehört die Befugnis, vertragliche

Vereinbarungen unter bestimmten Umständen zu modifizieren (wie beispielsweise eine Veränderung der Bedingungen der Wertpapiere), Rechte zur zeitweisen Aussetzung von Zahlungen, Rechte zur Aussetzung von Durchsetzungs- oder Beendigungsansprüchen, die als Reaktion auf die Ausübung der Abwicklungsbefugnisse geltend gemacht werden könnten, sowie Befugnisse der zuständigen britischen Abwicklungsbehörde, Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs nicht anzuwenden oder zu verändern (mit der Möglichkeit der Rückwirkung), um eine effektive Anwendung der Befugnisse nach dem Banking Act zu gewährleisten.

Inhaber der Wertpapiere sollten davon ausgehen, dass einem relevanten Unternehmen die finanzielle Unterstützung durch die öffentliche Hand im Falle einer Abwicklung nur als allerletztes Mittel zur Verfügung steht, nachdem die zuständige britische Abwicklungsbehörde die Abwicklungsinstrumente, darunter auch das Bail-In-Instrument, bewertet und – soweit wie möglich – angewendet hat (wie unten beschrieben).

Die Ausübung der Abwicklungsbefugnisse oder die Empfehlung einer solchen Ausübung kann einen schwerwiegenden nachteiligen Effekt auf den Wert von Wertpapieren haben und dazu führen, dass Inhaber der Wertpapiere ihre Anlage in die Wertpapiere teilweise oder in voller Höhe verlieren.

2.2 Der SRR ist für eine Anwendung im Vorfeld einer Insolvenz der Emittentin gedacht, und Inhaber der Wertpapiere sind möglicherweise nicht in der Lage, eine Ausübung der Abwicklungsbefugnisse (darunter auch das Bail-In-Instrument) der zuständigen britischen Abwicklungsbehörde vorherzusehen.

Die Stabilisierungsmaßnahmen sind dafür gedacht, vor dem Zeitpunkt einzugreifen, an dem ein Insolvenzverfahren im Hinblick auf das betroffene Unternehmen eingeleitet werden kann. Die Stabilisierungsmaßnahmen sollen in Fällen eingesetzt werden, in denen das Geschäft als Ganzes oder Teile des Geschäfts eines betroffenen Unternehmens in finanzielle Schwierigkeiten geraten ist / sind, oder wahrscheinlich geraten wird / werden, die in erhöhtem Maße öffentliche Interessen betreffen.

Wenngleich im Banking Act bestimmte Bedingungen für die Ausübung von Abwicklungsbefugnissen vorgesehen sind und darüber hinaus die im Mai 2015 veröffentlichten Leitlinien der Europäischen Bankenaufsicht ("**EBA**") den Abwicklungsbehörden objektive Faktoren für die Feststellung, ob ein Institut in eine Krise geraten ist oder wahrscheinlich in eine Krise geraten wird, an die Hand geben, ist unklar, wie die zuständige britische Abwicklungsbehörde derartige Bedingungen in einem bestimmten Szenario im Vorfeld einer Insolvenz, von der die Emittentin und/oder andere Mitglieder der Gruppe betroffen sind, und im Rahmen der Entscheidung über die Ausübung einer Abwicklungsbefugnis beurteilen würde.

Die zuständige britische Abwicklungsbehörde muss ihre Entscheidung eine Abwicklungsbefugnis auszuüben, auch nicht den Inhabern der Wertpapiere im Voraus ankündigen. Daher sind Inhaber der Wertpapiere möglicherweise nicht in der Lage, eine mögliche Ausübung dieser Befugnisse oder die potenziellen Auswirkungen ihrer Ausübung auf die Emittentin, die Gruppe und die Wertpapiere vorherzusehen.

2.3 Inhaber der Wertpapiere haben möglicherweise nur sehr eingeschränkte Rechte zur Anfechtung einer Ausübung der Abwicklungsbefugnisse (einschließlich des britischen Bail-In-Instruments) durch die zuständige britische Abwicklungsbehörde.

Inhaber der Wertpapiere haben möglicherweise nur sehr eingeschränkte Rechte, eine Entscheidung der zuständigen Abwicklungsbehörde im Vereinigten Königreich über eine Ausübung der ihr zustehenden Abwicklungsbefugnisse (*einschließlich des britischen Bail-In-Instruments*) anzufechten und/oder ihre Aussetzung zu verlangen und / oder diese Entscheidung in einem Gerichts- oder Verwaltungsverfahren oder auf sonstige Weise überprüfen zu lassen.

2.4 Die zuständige britische Abwicklungsbehörde kann das Bail-In-Instrument in Bezug auf die Emittentin und die Wertpapiere anwenden, was dazu führen kann, dass die Inhaber der Wertpapiere einen vollständigen oder teilweisen Verlust ihrer Anlage erleiden.

Soweit die jeweiligen rechtlichen Bedingungen für die Anwendung des Bail-In-Instruments erfüllt sind, ist zu erwarten, dass die zuständige britische Abwicklungsbehörde diese Befugnisse ohne Zustimmung der Inhaber der Wertpapiere ausübt. Vorbehaltlich bestimmter in den BRRD aufgeführter Maßnahmen (einschließlich besicherter Verbindlichkeiten, Bankeinlagen, die im Rahmen eines

Einlagensicherungssystem eines EU-Mitgliedsstaats garantiert werden, Verbindlichkeiten, die aufgrund des Haltens von Kundengeldern entstehen, Verbindlichkeiten gegenüber anderen Banken oder Wertpapierhäusern, die nicht Teil der Gruppe sind, die eine ursprüngliche Fälligkeit von weniger als sieben Tagen und bestimmte andere Sonderfälle besitzen), wird beabsichtigt, dass sämtliche Verbindlichkeiten von Instituten und/oder ihren EWR-Muttergesellschaften potenziell unter den Anwendungsbereich des Bail-In-Instruments fallen sollen. Wenn daher das Bail-In-Instrument in Verbindung mit der Emittentin und den Wertpapieren ausgeübt wird, so kann dies jeweils zum vollständigen oder teilweisen Ausfall von auf die Wertpapiere zahlbaren Kapitalbeträgen, Zinsbeträgen oder sonstigen Beträgen und/oder zu einer Umwandlung der Wertpapiere in Aktien oder andere Wertpapiere oder andere Verbindlichkeiten der Emittentin oder einer anderen Person oder zu anderen Änderungen der Bedingungen der Wertpapiere führen.

Der Banking Act regelt die Reihenfolge, in der das Bail-In-Instrument angewendet werden soll, wobei sich hierin die Rangfolge der Kapitalinstrumente nach der CRD IV-Richtlinie widerspiegelt und die Rangfolge der Forderungen in einer gewöhnlichen Insolvenz eingehalten wird. Ferner enthält das Bail-In-Instrument einen ausdrücklichen Sicherheitsmechanismus (Verbot der Schlechterstellung von Gläubigern ("**no creditor worse off**")), der zum Ziel hat, dass Aktionäre und Gläubiger nicht schlechter gestellt werden als in gewöhnlichen Insolvenzverfahren des betroffenen Unternehmens. Neben anderen Vorschlägen haben die von der Europäischen Kommission am 23. November 2016 vorgeschlagenen Änderungen der BRRD und der CRD IV-Richtlinie in Bezug auf die Rangfolge von unbesicherten Schuldtiteln in der Insolvenz zum Erlass der Richtlinie (EU) 2017/2399 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der BRRD-Richtlinie im Hinblick auf den Rang unbesicherter Schuldtitel in der Insolvenzrangfolge vom 12. Dezember 2017 geführt (die "**Änderungsrichtlinie**"). Die Änderungsrichtlinie führt eine neue Rangstufe in der Insolvenz für gewöhnliche, langfristige, unbesicherte Schuldtitel ein, die von Kreditinstituten und Finanzinstituten innerhalb ihres in der EU begründeten Konsolidierungskreises begeben wurden. Im Vereinigten Königreich wurde die oben erwähnte Order von 2018 am 19. Dezember 2018 veröffentlicht und legt die neue Insolvenzrangfolge fest. Darüber hinaus unterliegen Finanzinstitute, Deckungskapital und Schuldtitel, die zur Vermeidung einer Krise eines Finanzinstituts abgeschrieben oder in Eigenkapital umgewandelt werden können, in der EU und im Vereinigten Königreich den Regelungen der MREL, die derzeit in der EU und im Vereinigten Königreich umgesetzt wird. Die Bank of England hat den 1. Januar 2019 und 1. Januar 2020 als vorläufige Termine für die MREL-Einhaltung festgelegt. Die endgültige Einhaltung von MREL soll am 1. Januar 2022 abgeschlossen sein. Die sonstigen Änderungen der BRRD und CRD IV-Richtlinie befinden sich noch im Entwurfsstadium und unterliegen dem Gesetzgebungsverfahren der EU; es ist daher unklar, welche Auswirkung diese Änderungen auf die Bankengruppe, die Emittentin oder die Wertpapiere haben könnten.

Die Ausübung des Bail-In-Instruments in Bezug auf die Emittentin und die Wertpapiere, oder jeder Hinweis auf eine solche Ausübung könnte sich in wesentlichem Maße nachteilig auf die Rechte der Inhaber der Wertpapiere, den Preis bzw. den Wert ihrer Anlage in die Wertpapiere und/oder die Fähigkeit der Emittentin zur Erfüllung ihrer Pflichten aus den Wertpapieren auswirken und dazu führen, dass Inhaber der Wertpapiere den Wert ihrer Anlage in die Wertpapiere insgesamt oder teilweise verlieren. Darüber hinaus ist es selbst in Fällen, in denen ein Entschädigungsanspruch im Rahmen der Wahrung des Grundsatzes "keine Schlechterstellung von Gläubigern" (*no creditor worse off*) entsprechend einer nach Ergreifung der Abwicklungsmaßnahme durchgeführten Bewertung entsteht, unwahrscheinlich, dass diese Entschädigung den vollen Verlusten entsprechen würde, die den Inhabern der Wertpapiere bei der Abwicklung entstanden sind, und es kann nicht zugesichert werden, dass diese Entschädigung umgehend an die betreffenden Inhaber der Wertpapiere geleistet wird.

2.5 Da gesicherte Einlagen nicht vom Bail-In-Instrument erfasst werden und andere bevorrechtigte Einlagen (und gesicherte Einlagen) gegenüber von der Emittentin ausgegebenen Wertpapieren vorrangig sind, würden diese Wertpapiere mit höherer Wahrscheinlichkeit vom Bail-In erfasst werden, als andere nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin (wie beispielsweise sonstige bevorrechtigte Einlagen).

Im Zuge der gemäß der BRRD erforderlichen Reformen wurden die betreffenden Gesetze im Vereinigten Königreich (einschließlich des UK Insolvency Act von 1986) geändert, um in der Insolvenz-Rangfolge einen gesetzlichen Vorrang (i) erstens für Einlagen zu schaffen, die im Rahmen des britischen Financial Services Compensation Scheme gesichert sind ("**gesicherte Einlagen**"), so dass diese mit bestehenden bevorrechtigten Ansprüchen einen Rang als "ordentliche" bevorrechtigte Ansprüche einnehmen, und (ii) zweitens für alle anderen Einlagen von natürlichen Personen, Kleinst-

und Kleinunternehmen sowie mittleren Unternehmen zu schaffen, die bei in und außerhalb des EWR gelegenen Filialen einer im EWR ansässigen Bank gehalten werden ("**sonstige bevorrechtigte Einlagen**"), so dass diese als lediglich "sekundäre" bevorrechtigte Einlagen gegenüber den "ordentlichen" bevorrechtigten Einlagen nachrangig sind. Darüber hinaus wurde im Rahmen der EU-Einlagensicherungsrichtlinie, wie im Vereinigten Königreich umgesetzt, seit Juli 2015 die Art und die Höhe der gesicherten Einlagen erweitert, so dass diese eine große Bandbreite an Einlagen umfassen, darunter Firmenkundeneinlagen (sofern der Einleger keine öffentlich-rechtliche Körperschaft bzw. kein öffentlich-rechtliches Finanzinstitut ist) und einige befristete Einlagen von hohem Wert. Das Resultat dieser Änderungen ist eine Vergrößerung der Klassen der vorrangigen Gläubiger. Alle diese bevorrechtigten Einlagen gehen in der Insolvenz-Rangfolge gegenüber allen anderen unbesicherten vorrangigen Gläubigern der Bank, einschließlich den Inhabern der Wertpapiere vor. Darüber hinaus werden gesicherte Einlagen nicht vom Bail-In-Instrument erfasst. Infolgedessen besteht für den Fall einer Ausübung des Bail-In-Instruments durch die zuständige britische Abwicklungsbehörde eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass die Wertpapiere eher vom Bail-In erfasst werden als bestimmte andere nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Bank, wie beispielsweise sonstige bevorrechtigte Einlagen.

2.6 Nach den Bedingungen der Schweizer Wertpapiere haben Anleger sich der Anwendung der britischen Bail-In-Befugnis durch die zuständige britische Abwicklungsbehörde unterworfen

Ungeachtet etwaiger anderer Vereinbarungen, Vorkehrungen oder Abreden zwischen der Gruppe und einem Inhaber der Schweizerischen Wertpapiere, erkennen Anleger mit dem Erwerb der Schweizerischen Wertpapiere an, erklären sich einverstanden, akzeptieren und stimmen einer rechtlichen Bindung ihrerseits dahingehend zu, dass die Ausübung der britischen Bail-In-Befugnis durch die zuständige britische Abwicklungsbehörde die folgenden Auswirkungen haben kann: (i) die Reduzierung oder Kündigung des gesamten oder eines Teils des Kapitalbetrages der Schweizerischen Wertpapiere oder der Zinsen auf die Schweizerischen Wertpapiere; (ii) die Umwandlung des ganzen oder eines Teils des Kapitalbetrages oder der Zinsen der Wertpapiere in Aktien oder andere Wertpapiere oder andere Verbindlichkeiten der Emittentin oder einer anderen Person führen kann (und die Ausgabe an oder Übertragung auf die Inhaber der Wertpapiere dieser Aktien oder Wertpapiere oder Verbindlichkeiten); und/oder (iii) die Anpassung oder Änderung der Laufzeit der Schweizerischen Wertpapiere, oder Anpassung des Zinsbetrages, der auf die Schweizerischen Wertpapiere fällig ist oder der Tage an denen die Zinsen zu zahlen sind; dies umfasst die Aussetzung der Zahlung für einen vorübergehenden Zeitraum und geschieht jeweils mit dem Ziel, der Ausübung der Bail-In-Befugnis der zuständigen britischen Abwicklungsbehörde Wirkung zu verleihen. Des Weiteren erkennt jeder Inhaber der Schweizerischen Wertpapiere an und erklärt sich damit einverstanden, dass die Bail-In-Befugnis auf seine Rechte anwendbar ist und diese geändert werden können, soweit dies nötig ist, um der Ausübung einer britischen Bail-In-Befugnis durch die zuständige britische Abwicklungsbehörde Wirkung zu verleihen.

Dies bedeutet, dass eine britische Bail-In-Befugnis auf eine Weise ausgeübt werden kann, die zur Folge hat, dass Anleger und andere Inhaber der Schweizerischen Wertpapiere den Wert ihrer Anlage in die Schweizerischen Wertpapiere zum Teil oder in voller Höhe verlieren können oder ein anderes Wertpapier als die Schweizerischen Wertpapiere erhalten, das möglicherweise bedeutend weniger als die Schweizerischen Wertpapiere Wert sein kann und möglicherweise über eine geringere Absicherung verfügt, als dies für Schuldtitel normalerweise der Fall ist. Überdies kann die zuständige britische Abwicklungsbehörde die britische Bail-In-Befugnis ohne jede Vorankündigung sowie ohne die Notwendigkeit einer Zustimmung der Inhaber der Schweizerischen Wertpapiere ausüben.

Des Weiteren stellt die Ausübung der britischen Bail-In-Befugnis durch die zuständige britische Abwicklungsbehörde im Hinblick auf die Schweizerischen Wertpapiere nach den Bedingungen der Schweizerischen Wertpapiere keinen Kündigungsgrund dar. Weitere Informationen sind im Schweizer Anhang zu den Wertpapierbedingungen enthalten.

3. Eine Herabstufung des von einer Ratingagentur erteilten Ratings der Emittentin oder, soweit anwendbar, der Wertpapiere könnte sich nachteilig auf die Liquidität oder den Marktwert der Wertpapiere auswirken. Rating-Herabstufungen können sich u. a. aufgrund von Änderungen der von den Ratingagenturen verwendeten Ratingmethoden ergeben

Tranchen von Wertpapieren können von Ratingagenturen und in Zukunft von zusätzlichen Ratingagenturen bewertet werden, obwohl die Emittentin nicht verpflichtet ist, sicherzustellen, dass die von ihr ausgegebenen Wertpapiere von einer Ratingagentur bewertet werden. Ratings spiegeln unter

Umständen nicht die möglichen Folgen aller Risiken im Zusammenhang mit der Struktur, dem Markt, den zusätzlichen Faktoren, die in diesen Risikofaktoren beschrieben werden, und anderen Faktoren wider, die die Liquidität oder den Marktwert der Wertpapiere beeinflussen können. Ein Rating ist keine Empfehlung zum Kauf, Verkauf oder zum Halten von Wertpapieren und kann von der Ratingagentur jederzeit überprüft, ausgesetzt oder zurückgezogen werden.

Ein der Emittentin und/oder, soweit anwendbar, den Wertpapieren erteiltes Rating kann von einer Ratingagentur vollständig zurückgenommen, ausgesetzt oder herabgestuft werden, wenn nach Einschätzung der jeweiligen Ratingagentur die dem Rating zugrunde liegenden Umstände dies erfordern. Eine Reihe von Faktoren, die sich im Laufe der Zeit ändern können, haben möglicherweise Auswirkungen auf Ratings, darunter die Einschätzung der Ratingagenturen hinsichtlich Folgendem: die Strategie der Emittentin und die Fähigkeiten ihrer Geschäftsleitung; die Finanzlage der Emittentin, einschließlich in Bezug auf das Kapital, die Finanzierung und die Liquidität; Wettbewerbsbedingungen und die wirtschaftliche Lage in den Schlüsselmärkten der Emittentin; der Umfang der politischen Unterstützung für die Branchen, in denen die Emittentin ihre Geschäftsaktivitäten ausübt; und aufsichtsrechtliche und andere rechtliche Rahmenbedingungen, die sich auf die rechtliche Struktur und die Geschäftsaktivitäten der Emittentin sowie die Rechte ihrer Gläubiger auswirken. Die Ratingagenturen können auch die auf Emittenten in einer bestimmten Branche oder in einer bestimmten politischen oder wirtschaftlichen Region anwendbaren Ratingmethoden überarbeiten. Wenn nach Wahrnehmung der Ratingagenturen, auch aufgrund von Änderungen anwendbarer Ratingmethoden, nachteilige Änderungen der Faktoren vorliegen, die sich auf ein Rating der Emittentin auswirken, können die Ratingagenturen die einem Emittenten und / oder seinen Wertpapieren erteilten Ratings herabstufen, aussetzen oder zurücknehmen. Überprüfungen von Ratingmethoden und Handlungen von Ratingagenturen in Bezug auf die Ratings der Emittentin können in Zukunft vorkommen.

Wenn die Emittentin beschließt, ein oder mehrere Ratings nicht länger aufrechtzuerhalten, oder wenn eine Ratingagentur die Ratings der Emittentin oder der Wertpapiere zurücknimmt, aussetzt oder herabstuft, oder wenn eine solche Aussetzung, Rücknahme oder Herabstufung erwartet wird (bzw. eine Ratingagentur die Ratings der Emittentin oder der Wertpapiere in Erwägung einer Herabstufung, Aussetzung oder Rücknahme auf *Credit Watch* setzt), sei es aufgrund der oben beschriebenen Faktoren oder aus anderen Gründen, könnte sich dieses Ereignis nachteilig auf die Liquidität oder den Marktwert der Wertpapiere auswirken (unabhängig davon, ob vor einem solchen Ereignis den Wertpapieren zuvor ein Rating zugeordnet wurde)."

- X. Im Basisprospekt Prosper A werden im Abschnitt "**RISIKOFAKTOREN**" im Unterabschnitt "**FAKTOREN, DIE AUSWIRKUNGEN AUF DIE FÄHIGKEIT DER EMITTENTIN ZUR ERFÜLLUNG IHRER VERPFLICHTUNGEN UNTER DEN WERTPAPIEREN HABEN KÖNNEN**" die Risikofaktoren "**2. Aufsichtsrechtliche Maßnahmen im Falle eines Ausfalls oder wahrscheinlichen Ausfalls einer Bank oder Wertpapierfirma der Gruppe können sich in wesentlichem Maße nachteilig auf den Wert der Wertpapiere auswirken**" und "**3. Eine Herabstufung des von der Kredit-Ratingagentur erteilten Kreditratings der Emittentin könnte sich nachteilig auf die Liquidität oder den Marktwert der Wertpapiere auswirken. Kreditratingherabstufungen können sich u.a. aufgrund Änderungen der von den Kredit-Ratingagenturen verwendeten Ratingmethoden ergeben**" wie folgt ersetzt:

"2. Aufsichtsrechtliche Maßnahmen im Falle eines Ausfalls oder wahrscheinlichen Ausfalls einer Bank oder Wertpapierfirma der Gruppe können sich in wesentlichem Maße nachteilig auf den Wert der Wertpapiere auswirken

Die Mehrheit der Anforderungen der BRRD (darunter auch das Bail-In-Instrument) und wurde durch Änderungen des britischen Banking Acts 2009 ("**Banking Act**") im Vereinigten Königreich umgesetzt. Weitere Informationen über das Bail-In-Instrument finden Anleger weiter unten unter "*2.4 Die zuständige britische Abwicklungsbehörde kann das Bail-In-Instrument in Bezug auf die Emittentin anwenden, was dazu führen kann, dass die Inhaber der Wertpapiere einen vollständigen oder teilweisen Verlust ihrer Anlage erleiden*".

Am 23. November 2016 hat die Europäische Kommission, neben weiteren Ankündigungen, eine Ankündigung veröffentlicht, wonach die BRRD geändert werden soll. Die Verabschiedung der Ankündigungen und die Veröffentlichung im Amtsblatt wird bis Mitte 2019 erwartet, wobei es noch immer eine Reihe offener Fragen gibt und das Prüfungsverfahren hinsichtlich der technischen und rechtlichen Umsetzung aller vereinbarten Fragen erst noch stattfinden muss. Es ist daher unklar,

welches die Auswirkungen dieser Ankündigungen auf die Gruppe, die Emittentin oder die Wertpapiere haben werden.

2.1 Das Bankengesetz verleiht einer Reihe von britischen Behörden weitreichende Befugnisse, um diese in die Lage zu versetzen, verschiedene Maßnahmen im Hinblick auf die britischen Banken oder Wertpapierfirmen und bestimmte ihrer verbundenen Unternehmen (aktuell einschließlich der Bank) zu ergreifen, wenn von einer Bank oder Wertpapierfirma derselben Gruppe zu erwarten ist, dass diese ausfällt oder wahrscheinlich ausfallen wird. Die Durchführung dieser Maßnahmen im Hinblick auf die Emittentin kann einen wesentlich nachteiligen Effekt auf die Wertpapiere haben.

Nach dem Bankengesetz werden der BoE (oder, unter bestimmten Umständen, dem britischen Finanzministerium (Her Majesty's Treasury ("**HM Treasury**"))) als Teil eines speziellen Abwicklungsmechanismus (*special resolution Regime* ("**SRR**")) weitreichende Befugnisse in Abstimmung mit entweder der Prudential Regulation Authority ("**PRA**"), der Financial Conduct Authority ("**FCA**") oder der HM Treasury, soweit angemessen übertragen. Diese Befugnisse versetzen die zuständigen britischen Abwicklungsbehörden in die Lage, Abwicklungsmaßnahmen im Hinblick auf eine Bank oder eine Wertpapierfirma des Vereinigten Königreichs und bestimmter verbundener Unternehmen (aktuell einschließlich der Bank) dieser Bank oder Wertpapierfirma (jeweils ein relevantes Unternehmen (*relevant entity*)), in Fällen zu ergreifen, in denen die zuständige britische Abwicklungsbehörde überzeugt ist, dass die Abwicklungsvoraussetzungen vorliegen. Zu diesen Voraussetzungen gehört, dass eine britische Bank oder Wertpapierfirma die Schwellenwert-Voraussetzungen gemäß dem *Financial Services and Markets Act 2000* ("**FSMA**"), die für die Genehmigung der Vornahme bestimmter regulierter Tätigkeiten (im Sinne von Sektion 55B FSMA) gelten, nicht einhält oder aller Wahrscheinlichkeit nach nicht einhalten wird oder – im Falle einer britischen Bank-Konzerngesellschaft, bei der es sich um ein EWR- oder Drittlands-Institut oder eine EWR- oder Drittlands-Wertpapierfirma handelt –, dass der zuständigen EWR- oder Drittlandsbehörde zu ihrer Zufriedenheit dargelegt wurde, dass die Abwicklungsvoraussetzungen in Verbindung mit diesem Unternehmen vorliegen.

Der spezielle Abwicklungsmechanismus enthält fünf Stabilisierungsoptionen: (a) ein privatwirtschaftlicher Verkauf des gesamten oder eines Teils des Geschäfts oder aller oder eines Teils der Anteile des betroffenen Unternehmens, (b) die Übertragung eines Teils oder des gesamten Geschäfts des betroffenen Unternehmens auf ein durch die BoE errichtetes "Brückeninstitut", (c) die Ausgliederung auf eine Vermögensverwaltungsgesellschaft, die hundertprozentig oder teilweise HM Treasury oder der BoE gehört, (d) die Nutzung des Bail-In-Instruments (wie nachstehend beschrieben) und (e) das vorübergehende Eigentum in öffentlicher Hand (Verstaatlichung).

Der Banking Act regelt darüber hinaus zwei neue Insolvenz- und Verwaltungsverfahren für betroffene Unternehmen. Zu den weiteren Befugnissen, die darin geregelt sind, gehört die Befugnis, vertragliche Vereinbarungen unter bestimmten Umständen zu modifizieren (wie beispielsweise eine Veränderung der Bedingungen der Wertpapiere), Rechte zur zeitweisen Aussetzung von Zahlungen, Rechte zur Aussetzung von Durchsetzungs- oder Beendigungsansprüchen, die als Reaktion auf die Ausübung der Abwicklungsbefugnisse geltend gemacht werden könnten, sowie Befugnisse der zuständigen britischen Abwicklungsbehörde, Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs nicht anzuwenden oder zu verändern (mit der Möglichkeit der Rückwirkung), um eine effektive Anwendung der Befugnisse nach dem Banking Act zu gewährleisten.

Inhaber der Wertpapiere sollten davon ausgehen, dass einem relevanten Unternehmen die finanzielle Unterstützung durch die öffentliche Hand im Falle einer Abwicklung nur als allerletztes Mittel zur Verfügung steht, nachdem die zuständige britische Abwicklungsbehörde die Abwicklungsinstrumente, darunter auch das Bail-In-Instrument, bewertet und – soweit wie möglich – angewendet hat (wie unten beschrieben).

Die Ausübung der Abwicklungsbefugnisse oder die Empfehlung einer solchen Ausübung kann einen schwerwiegenden nachteiligen Effekt auf den Wert von Wertpapieren haben und dazu führen, dass Inhaber der Wertpapiere ihre Anlage in die Wertpapiere teilweise oder in voller Höhe verlieren.

2.2 Der SRR ist für eine Anwendung im Vorfeld einer Insolvenz der Emittentin gedacht, und Inhaber der Wertpapiere sind möglicherweise nicht in der Lage, eine Ausübung der

Abwicklungsbefugnisse (darunter auch das Bail-In-Instrument) der zuständigen britischen Abwicklungsbehörde vorherzusehen.

Die Stabilisierungsmaßnahmen sind dafür gedacht, vor dem Zeitpunkt einzugreifen, an dem ein Insolvenzverfahren im Hinblick auf das betroffene Unternehmen eingeleitet werden kann. Die Stabilisierungsmaßnahmen sollen in Fällen eingesetzt werden, in denen das Geschäft als Ganzes oder Teile des Geschäfts eines betroffenen Unternehmens in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind, oder wahrscheinlich geraten wird, die in erhöhtem Maße öffentliche Interessen betreffen.

Wenngleich im Banking Act bestimmte Bedingungen für die Ausübung von Abwicklungsbefugnissen vorgesehen sind und darüber hinaus die im Mai 2015 veröffentlichten Leitlinien der Europäischen Bankenaufsicht ("**EBA**") den Abwicklungsbehörden objektive Faktoren für die Feststellung, ob ein Institut in eine Krise geraten ist oder wahrscheinlich in eine Krise geraten wird, an die Hand geben, ist unklar, wie die zuständige britische Abwicklungsbehörde derartige Bedingungen in einem bestimmten Szenario im Vorfeld einer Insolvenz, von der die Emittentin und / oder andere Mitglieder der Gruppe betroffen sind, und im Rahmen der Entscheidung über die Ausübung einer Abwicklungsbefugnis beurteilen würde.

Die zuständige britische Abwicklungsbehörde muss ihre Entscheidung eine Abwicklungsbefugnis auszuüben, auch nicht den Inhabern der Wertpapiere im Voraus ankündigen. Daher sind Inhaber der Wertpapiere möglicherweise nicht in der Lage, eine mögliche Ausübung dieser Befugnisse oder die potenziellen Auswirkungen ihrer Ausübung auf die Emittentin, die Gruppe und die Wertpapiere vorherzusehen.

2.3 Inhaber der Wertpapiere haben möglicherweise nur sehr eingeschränkte Rechte zur Anfechtung einer Ausübung der Abwicklungsbefugnisse (einschließlich des britischen Bail-In-Instruments) durch die zuständige britische Abwicklungsbehörde.

Inhaber der Wertpapiere haben möglicherweise nur sehr eingeschränkte Rechte, eine Entscheidung der zuständigen Abwicklungsbehörde im Vereinigten Königreich über eine Ausübung der ihr zustehenden Abwicklungsbefugnisse (*einschließlich des britischen Bail-In-Instruments*) anzufechten und/oder ihre Aussetzung zu verlangen oder diese Entscheidung in einem Gerichts- oder Verwaltungsverfahren oder auf sonstige Weise überprüfen zu lassen.

2.4 Die zuständige britische Abwicklungsbehörde kann das Bail-In-Instrument in Bezug auf die Emittentin und die Wertpapiere anwenden, was dazu führen kann, dass die Inhaber der Wertpapiere einen vollständigen oder teilweisen Verlust ihrer Anlage erleiden.

Soweit die jeweiligen rechtlichen Bedingungen für die Anwendung des Bail-In-Instruments erfüllt sind, ist zu erwarten, dass die zuständige britische Abwicklungsbehörde diese Befugnisse ohne Zustimmung der Inhaber der Wertpapiere ausübt. Vorbehaltlich bestimmter in den BRRD aufgeführter Maßnahmen (einschließlich besicherter Verbindlichkeiten, Bankeinlagen, die im Rahmen eines Einlagensicherungssystems eines EU-Mitgliedsstaats garantiert werden, Verbindlichkeiten, die aufgrund des Haltens von Kundengeldern entstehen, Verbindlichkeiten gegenüber anderen Banken oder Wertpapierhäusern, die nicht Teil der Gruppe sind, die eine ursprüngliche Fälligkeit von weniger als sieben Tagen und bestimmte andere Sonderfälle besitzen), wird beabsichtigt, dass sämtliche Verbindlichkeiten von Instituten und / oder ihren EWR-Muttergesellschaften potenziell unter den Anwendungsbereich des Bail-In-Instruments fallen sollen. Wenn daher das Bail-In-Instrument in Verbindung mit der Emittentin und den Wertpapieren ausgeübt wird, so kann dies jeweils zum vollständigen oder teilweisen Ausfall von auf die Wertpapiere zahlbaren Kapitalbeträge, Zinsbeträge oder sonstigen Beträge und / oder zu einer Umwandlung der Wertpapiere in Aktien oder andere Wertpapiere oder andere Verbindlichkeiten der Emittentin oder einer anderen Person oder zu anderen Änderungen der Bedingungen der Wertpapiere führen. Wenn solche Verbindlichkeiten unterbesichert sind, kann der unbesicherte Teil dieser Verbindlichkeit einem Bail-in unterliegen, d. h. in Bezug auf den unbesicherten Teil.

Der Banking Act regelt die Reihenfolge, in der das Bail-In-Instrument angewendet werden soll, wobei sich hierin die Rangfolge der Kapitalinstrumente nach der CRD IV-Richtlinie widerspiegelt und die Rangfolge der Forderungen in einer gewöhnlichen Insolvenz eingehalten wird. Ferner enthält das Bail-In-Instrument einen ausdrücklichen Sicherheitsmechanismus (Verbot der Schlechterstellung von Gläubigern ("**no creditor worse off**")), der zum Ziel hat, dass Aktionäre und Gläubiger nicht schlechter

gestellt werden als in gewöhnlichen Insolvenzverfahren des betroffenen Unternehmens. Neben anderen Vorschlägen haben die von der Europäischen Kommission am 23. November 2016 vorgeschlagenen Änderungen der BRRD und der CRD IV-Richtlinie in Bezug auf die Rangfolge von unbesicherten Schuldtiteln in der Insolvenz zum Erlass der Richtlinie (EU) 2017/2399 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der BRRD-Richtlinie im Hinblick auf den Rang unbesicherter Schuldtitel in der Insolvenzrangfolge vom 12. Dezember 2017 geführt (die "**Änderungsrichtlinie**"). Die Änderungsrichtlinie führt eine neue Rangstufe in der Insolvenz für gewöhnliche, langfristige, unbesicherte Schuldtitel ein, die von Kreditinstituten und Finanzinstituten innerhalb ihres in der EU begründeten Konsolidierungskreises begeben wurden. Im Vereinigten Königreich wurde die oben erwähnte Order von 2018 am 19. Dezember 2018 veröffentlicht und legt die neue Insolvenzrangfolge fest. Darüber hinaus unterliegen Finanzinstitute, Deckungskapital und Schuldtitel, die zur Vermeidung einer Krise eines Finanzinstituts abgeschrieben oder in Eigenkapital umgewandelt werden können, in der EU und im Vereinigten Königreich den Regelungen der MREL, die derzeit in der EU und im Vereinigten Königreich umgesetzt wird. Die Bank of England hat den 1. Januar 2019 und 1. Januar 2020 als vorläufige Termine für die MREL-Einhaltung festgelegt. Die endgültige Einhaltung von MREL soll am 1. Januar 2022 abgeschlossen sein. Die sonstigen Änderungen der BRRD und CRD IV-Richtlinie befinden sich noch im Entwurfsstadium und unterliegen dem Gesetzgebungsverfahren der EU; es ist daher unklar, welche Auswirkung diese Änderungen auf die Bankengruppe, die Emittentin oder die Wertpapiere haben könnten.

Die Ausübung des Bail-In-Instruments in Bezug auf die Emittentin und die Wertpapiere, oder jeder Hinweis auf eine solche Ausübung könnte sich in wesentlichem Maße nachteilig auf die Rechte der Inhaber der Wertpapiere, den Preis bzw. den Wert ihrer Anlage in die Wertpapiere und / oder die Fähigkeit der Emittentin zur Erfüllung ihrer Pflichten aus den Wertpapieren auswirken und dazu führen, dass Inhaber der Wertpapiere den Wert ihrer Anlage in die Wertpapiere insgesamt oder teilweise verlieren. Darüber hinaus ist es selbst in Fällen, in denen ein Entschädigungsanspruch im Rahmen der Wahrung des Grundsatzes "keine Schlechterstellung von Gläubigern" (*no creditor worse off*) entsprechend einer nach Ergreifung der Abwicklungsmaßnahme durchgeführten Bewertung entsteht, unwahrscheinlich, dass diese Entschädigung den vollen Verlusten entsprechen würde, die den Inhabern der Wertpapiere bei der Abwicklung entstanden sind, und es kann nicht zugesichert werden, dass diese Entschädigung umgehend an die betreffenden Inhaber der Wertpapiere geleistet wird.

2.5 Da gesicherte Einlagen nicht vom Bail-In-Instrument erfasst werden und andere bevorrechtigte Einlagen (und gesicherte Einlagen) gegenüber von der Emittentin ausgegebenen Wertpapieren vorrangig sind, würden diese Wertpapiere mit höherer Wahrscheinlichkeit vom Bail-In erfasst werden, als andere nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin (wie beispielsweise sonstige bevorrechtigte Einlagen).

Im Zuge der gemäß der BRRD erforderlichen Reformen wurden die betreffenden Gesetze im Vereinigten Königreich (einschließlich des UK Insolvency Act von 1986) geändert, um in der Insolvenz-Rangfolge einen gesetzlichen Vorrang (i) erstens für Einlagen zu schaffen, die im Rahmen des britischen Financial Services Compensation Scheme gesichert sind ("**gesicherte Einlagen**"), so dass diese mit bestehenden bevorrechtigten Ansprüchen einen Rang als "ordentliche" bevorrechtigte Ansprüche einnehmen, und (ii) zweitens für alle anderen Einlagen von natürlichen Personen, Kleinst- und Kleinunternehmen sowie mittleren Unternehmen zu schaffen, die bei in und außerhalb des EWR gelegenen Filialen einer im EWR ansässigen Bank gehalten werden ("**sonstige bevorrechtigte Einlagen**"), so dass diese als lediglich "sekundäre" bevorrechtigte Einlagen gegenüber den "ordentlichen" bevorrechtigten Einlagen nachrangig sind. Darüber hinaus wurde im Rahmen der EU-Einlagensicherungsrichtlinie, wie im Vereinigten Königreich umgesetzt, seit Juli 2015 die Art und die Höhe der gesicherten Einlagen erweitert, so dass diese eine große Bandbreite an Einlagen umfassen, darunter Firmenkundeneinlagen (sofern der Einleger keine öffentlich-rechtliche Körperschaft bzw. kein öffentlich-rechtliches Finanzinstitut ist) und einige befristete Einlagen von hohem Wert. Das Resultat dieser Änderungen ist eine Vergrößerung der Klassen der vorrangigen Gläubiger. Alle diese bevorrechtigten Einlagen gehen in der Insolvenz-Rangfolge gegenüber allen anderen unbesicherten vorrangigen Gläubigern der Bank, einschließlich den Inhabern der Wertpapiere vor. Darüber hinaus werden gesicherte Einlagen nicht vom Bail-In-Instrument erfasst. Infolgedessen besteht für den Fall einer Ausübung des Bail-In-Instruments durch die zuständige britische Abwicklungsbehörde eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass die Wertpapiere eher vom Bail-In erfasst werden (jedenfalls soweit die Wertpapiere in den Anwendungsbereich des Bail-In-Tools fallen) als bestimmte andere nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Bank, wie beispielsweise sonstige bevorrechtigte Einlagen.

3. **Eine Herabstufung des von einer Ratingagentur erteilten Ratings der Emittentin oder, soweit anwendbar, der Wertpapiere könnte sich nachteilig auf die Liquidität oder den Marktwert der Wertpapiere auswirken. Rating-Herabstufungen können sich u. a. aufgrund von Änderungen der von den Ratingagenturen verwendeten Ratingmethoden ergeben**

Tranchen von Wertpapieren können von Ratingagenturen bewertet werden und in Zukunft von zusätzlichen Ratingagenturen bewertet werden, obwohl die Emittentin nicht verpflichtet ist, sicherzustellen, dass die von ihr ausgegebenen Wertpapiere von einer Ratingagentur bewertet werden. Ratings spiegeln unter Umständen nicht die möglichen Folgen aller Risiken im Zusammenhang mit der Struktur, dem Markt, den zusätzlichen Faktoren, die in diesen Risikofaktoren beschrieben werden, und anderen Faktoren wider, die die Liquidität oder den Marktwert der Wertpapiere beeinflussen können. Ein Rating ist keine Empfehlung zum Kauf, Verkauf oder zum Halten von Wertpapieren und kann von der Ratingagentur jederzeit überprüft, ausgesetzt oder zurückgezogen werden.

Ein der Emittentin und / oder, soweit anwendbar, den Wertpapieren erteiltes Rating kann von einer Ratingagentur vollständig zurückgenommen, ausgesetzt oder herabgestuft werden, wenn nach Einschätzung der jeweiligen Ratingagentur die dem Rating zugrunde liegenden Umstände dies erfordern. Eine Reihe von Faktoren, die sich im Laufe der Zeit ändern können, haben möglicherweise Auswirkungen auf Ratings, darunter die Einschätzung der Ratingagenturen hinsichtlich Folgendem: die Strategie der Emittentin und die Fähigkeiten ihrer Geschäftsleitung; die Finanzlage der Emittentin, einschließlich in Bezug auf das Kapital, die Finanzierung und die Liquidität; Wettbewerbsbedingungen und die wirtschaftliche Lage in den Schlüsselmärkten der Emittentin; der Umfang der politischen Unterstützung für die Branchen, in denen die Emittentin ihre Geschäftsaktivitäten ausübt; und aufsichtsrechtliche und andere rechtliche Rahmenbedingungen, die sich auf die rechtliche Struktur und die Geschäftsaktivitäten der Emittentin sowie die Rechte ihrer Gläubiger auswirken. Die Ratingagenturen können auch die auf Emittenten in einer bestimmten Branche oder in einer bestimmten politischen oder wirtschaftlichen Region anwendbaren Ratingmethoden überarbeiten. Wenn nach Wahrnehmung der Ratingagenturen, auch aufgrund von Änderungen anwendbarer Ratingmethoden, nachteilige Änderungen der Faktoren vorliegen, die sich auf ein Rating der Emittentin auswirken, können die Ratingagenturen die einem Emittenten und / oder seinen Wertpapieren erteilten Ratings herabstufen, aussetzen oder zurücknehmen. Überprüfungen von Ratingmethoden und Handlungen von Ratingagenturen in Bezug auf die Ratings der Emittentin können in Zukunft vorkommen.

Wenn die Emittentin beschließt, ein oder mehrere Ratings nicht länger aufrechtzuerhalten, oder wenn eine Ratingagentur die Ratings der Emittentin oder der Wertpapiere zurücknimmt, aussetzt oder herabstuft, oder wenn eine solche Aussetzung, Rücknahme oder Herabstufung erwartet wird (bzw. eine Ratingagentur die Ratings der Emittentin oder der Wertpapiere in Erwägung einer Herabstufung, Aussetzung oder Rücknahme auf *Credit Watch* setzt), sei es aufgrund der oben beschriebenen Faktoren oder aus anderen Gründen, könnte sich dieses Ereignis nachteilig auf die Liquidität oder den Marktwert der Wertpapiere auswirken (unabhängig davon, ob vor einem solchen Ereignis den Wertpapieren zuvor ein Rating zugeordnet wurde)."

XI. Im RSP Basisprospekt A werden im Abschnitt "**RISIKOFAKTOREN**" im Unterabschnitt "**FAKTOREN, DIE AUSWIRKUNGEN AUF DIE FÄHIGKEIT DER EMITTENTIN ZUR ERFÜLLUNG IHRER VERPFLICHTUNGEN UNTER DEN WERTPAPIEREN HABEN KÖNNEN**" der Risikofaktor "**15. Risiken im Zusammenhang mit der Reform des LIBOR, des EURIBOR und anderen Zinsindizes sowie Aktien-, Rohstoff- und Währungsindizes als "Benchmarks" (Referenzwerte)**" wie folgt ersetzt:

"15. **Risiken in Zusammenhang mit Wertpapieren, die an Referenzwerte ("Benchmarks") gebunden sind**

Zinssätze oder Arten von Werten und Indizes, die als Referenzwerte gelten, sind Gegenstand von jüngsten nationalen, internationalen und anderen aufsichtsrechtlichen Vorgaben und Reformvorschlägen. Einige dieser Reformen sind bereits in Kraft getreten, während andere noch umgesetzt werden müssen. Diese Reformen können dazu führen, dass sich diese Benchmarks anders entwickeln als in der Vergangenheit, oder die jeweilige Benchmark könnte vollständig abgeschafft werden, oder es könnten andere Folgen auftreten, die nicht vorhergesagt werden können. Jede dieser Folgen könnte einen wesentlichen negativen Einfluss auf die Wertpapiere haben, die mit dieser Benchmark verbunden sind.

Am 29. Juni 2016 wurde die Benchmark-Verordnung im Amtsblatt der EU veröffentlicht und ist seit dem 1. Januar 2018 in Kraft. Die Benchmark-Verordnung gilt für die Bereitstellung von Benchmarks, das Beitragen von Eingabedaten zu einer Benchmark und die Verwendung einer Benchmark innerhalb der EU. Unter anderem ist darin vorgesehen, i) dass Administratoren sich zulassen oder registrieren müssen (oder, soweit sie ihren Sitz außerhalb der EU haben, einem gleichwertigen System unterliegen oder anderweitig anerkannt oder übernommen werden), und ii) dass bestimmte Verwendungen von Benchmarks von nicht zugelassenen oder registrierten (oder, soweit sie ihren Sitz außerhalb der EU haben, von nicht gleichwertigen oder anderweitig anerkannten oder übernommenen) Administratoren durch von der EU beaufsichtigte Unternehmen (wie der Bank) verhindert werden. Die Benchmark-Verordnung könnte einen wesentlichen Einfluss auf Wertpapiere haben, die an einen Referenzwert gebunden sind, insbesondere, wenn sich die Berechnungsmethode oder andere Bedingungen des Referenzwerts zwecks der Einhaltung der Anforderungen der Benchmark-Verordnung ändern. Diese Änderungen könnten (u. a.) zu einem Rückgang oder Anstieg des Satzes oder Stands des Referenzwerts führen oder die Volatilität des veröffentlichten Satzes oder Stands des Referenzwerts beeinflussen.

Da die Bank ein beaufsichtigtes Unternehmen im Sinne der Benchmark-Verordnung ist, könnte die Benchmark-Verordnung erhebliche Auswirkungen auf Wertpapiere haben, die an eine Benchmark gebunden sind oder für die eine solche als Bezugsgrundlage dient, wenn ein Index, der eine Benchmark ist, von einem beaufsichtigten Unternehmen nicht in bestimmter Weise verwendet werden kann, wenn der Administrator der Benchmark keine Zulassung oder Registrierung erhält oder, soweit er in einem Nicht-EU-Land ansässig ist, der Administrator nicht anderweitig als gleichwertig anerkannt wird. Dies könnte dazu führen, dass diese Wertpapiere – abhängig von der jeweiligen Benchmark und den anwendbaren Wertpapierbedingungen – vorzeitig delisted, angepasst oder zurückgezahlt oder anderweitig beeinträchtigt werden.

Grundsätzlich könnte jede internationale oder nationale Reform oder die allgemeine Zunahme regulatorischer Kontrolle von Benchmarks dazu führen, dass die Marktteilnehmer keine Zinssätze mehr vorlegen, die für die Berechnung solcher Benchmarks verwendet werden, oder dass die Kosten und Risiken der Verwaltung oder Beteiligung an der Festlegung einer Benchmark und der Einhaltung dieser Regelungen oder Anforderungen anderweitig erhöht werden könnten. So kündigte der Leiter (*Chief Executive*) der britischen Financial Conduct Authority ("**FCA**"), die den London Interbank Offered Rate ("**LIBOR**") reguliert, am 27. Juli 2017 an, dass sie beabsichtigt, die Anforderung oder Verpflichtung der Banken zu beenden, dem Administrator von LIBOR nach dem Jahre 2021 Zinssätze für die Berechnung des LIBOR vorzulegen (die "**FCA-Ankündigung**"). Darüber hinaus hat die FCA am 12. Juli 2018 angekündigt, dass der LIBOR als regulierte Benchmark gemäß der Benchmark-Verordnung möglicherweise eingestellt wird. Die FCA-Ankündigung zeigt, dass die Fortsetzung des LIBOR auf der aktuellen Basis (und grundsätzlich) nach 2021 nicht mehr garantiert werden kann und auch nicht mehr garantiert wird. Es ist nicht vorhersehbar, ob und inwieweit Banken weiterhin LIBOR-Einreichungen an den Administrator von LIBOR weiterleiten werden oder ob zusätzliche Reformen von LIBOR im Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten oder anderswo durchgeführt werden können. Zum jetzigen Zeitpunkt besteht kein Konsens darüber, welcher oder welche Zinssätze zu anerkannten Alternativen zum LIBOR werden können, und es ist unmöglich, die Auswirkungen solcher Alternativen auf den Wert von LIBOR-basierten Wertpapieren vorherzusagen.

Für Wertpapiere, die mit einem betroffenen Benchmark verbunden sind, kann sich die Unsicherheit hinsichtlich der Art der alternativen Referenzzinssätze und der potenziellen Änderungen oder anderer Reformen dieses Referenzwerts während der Laufzeit dieser Wertpapiere nachteilig auf diesen Referenzwert, den Ertrag dieser Wertpapiere und den Handelsmarkt für diese Wertpapiere, die sich auf denselben Referenzwert beziehen, auswirken.

Darüber hinaus könnten andere internationale, nationale oder sonstige Reformvorschläge oder die allgemein verschärfte regulatorische Überprüfung von Benchmarks die Kosten und Risiken erhöhen, die sich aus der Verwaltung oder sonstigen Beteiligung an der Festlegung einer Benchmark und der Einhaltung dieser Regelungen oder Anforderungen ergeben. Dies könnte dazu führen, dass die Marktteilnehmer davon abgehalten werden, weiterhin bestimmte Benchmarks zu verwalten oder zu diesen beizutragen, Änderungen der Regeln oder Methoden für bestimmte Benchmarks auslösen oder dazu führen, dass bestimmte Benchmarks verschwinden.

Jede dieser Folgen könnte eine wesentlich nachteilige Auswirkung auf den Wert und auf die Erträge dieser Wertpapiere haben. Außerdem könnte sich jeder der oben genannten Punkte oder eine andere erhebliche Änderung der Zusammensetzung oder des Bestehens eines maßgeblichen

Referenzzinssatzes auf die Fähigkeit der Emittentin auswirken, ihre Verpflichtungen aus diesen Wertpapiere, die an eine Benchmark geknüpft sind, zu erfüllen, oder sich wesentlich nachteilig auf den Wert oder die Liquidität dieser Wertpapiere oder die im Rahmen dieser Wertpapiere zahlbaren Beträge auswirken. Anleger sollten diese Punkte bei ihrer Anlageentscheidung hinsichtlich dieser Wertpapiere berücksichtigen."

XII. Im RSSP Basisprospekt A wird im Abschnitt "**PER VERWEIS EINBEZOGENE ANGABEN**" wie folgt ersetzt:

"PER VERWEIS EINBEZOGENE ANGABEN

Die folgenden Informationen sind bei der Financial Conduct Authority ("**FCA**") hinterlegt und werden in diesen Basisprospekt gemäß § 11 Absatz 1 Satz 2 des WpPG einbezogen:

- der Geschäftsbericht der Emittentin, wie am 21. Februar 2019 bei der US Securities and Exchange Commission ("**SEC**") mittels Form 20-F (die "**Form 20-F**") für die am 31. Dezember 2017 und 31. Dezember 2018 endenden Geschäftsjahre eingereicht, ohne den Abschnitt mit der Überschrift "Anlagenverzeichnis" (*Exhibit Index*) auf Seite 282 der Form 20-F, der nicht einbezogen wurde und kein Bestandteil dieses Basisprospekts ist; und
- die Geschäftsberichte der Emittentin mit den geprüften konsolidierten Jahresabschlüssen der Emittentin für die am 31. Dezember 2017 (der "**Geschäftsbericht der Emittentin 2017**") bzw. 31. Dezember 2018 (der "**Geschäftsbericht der Emittentin 2018**") endenden Geschäftsjahre.

Die oben aufgelisteten Informationen sind per Verweis in diesen Basisprospekt in den Abschnitt "**INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN**" einbezogen.

Die folgenden Informationen in den jeweiligen Prospektabschnitten "Wertpapierbedingungen" und "Muster Endgültige Bedingungen" sind in den aufgeführten Wertpapierprospekten enthalten, die bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht ("**BaFin**") gebilligt worden sind und werden in diesen Basisprospekt gemäß § 11 Abs. 1 Nr. 1 des WpPG einbezogen. Dabei sollen (i) sämtliche Bezugnahmen auf den RSSP Basisprospekt A vom 25. Juli 2017 bzw. den RSSP Basisprospekt A vom 13. Juni 2017 bzw. den RSSP Basisprospekt A vom 10. Juni 2016 bzw. den RSSP Basisprospekt A vom 15. Juni 2015 bzw. den RSSP Basisprospekt A vom 1. Juli 2014 bzw. den RSSP Basisprospekt A vom 8. Juli 2013 bzw. den RSSP Basisprospekt D vom 10. Juli 2015 bzw. den RSSP Basisprospekt D vom 14. Juli 2014 bzw. den RSSP Basisprospekt D vom 25. Juli 2013 durch eine Bezugnahme auf diesen Basisprospekt ersetzt werden und (ii) im Falle eines fortlaufenden Angebots die Klarstellung "die im Rahmen eines fortlaufenden Angebots angeboten werden" auf dem Deckblatt der Endgültigen Bedingungen aufgenommen werden:

| Dokument | Per Verweis einbezogene Angaben | Seite(n) im per Verweis einbezogenen Dokument | Seite in diesem Prospekt |
|--|--|--|---------------------------------|
| RSSP Basisprospekt A vom 25. Juli 2017 | Wertpapierbedingungen | 291 - 293 A-1 – A-121 B-1 – B-28 C-1 – C-26 D-1 – D-40 | 293 293 293 293 293 |
| | Muster Endgültige Bedingungen | 295 - 326 | 296 |
| RSSP Basisprospekt A vom 13. Juni 2017 | Wertpapierbedingungen | 295 - 297 A-1 – A-117 | 293 293 |

| | | | |
|---|-----------------------|-------------|-----------|
| | | B-1 – B-28 | 293 |
| | | C-1 – C-26 | 293 |
| | | D-1 – D-40 | 293 |
| | Muster Bedingungen | Endgültige | 299 - 330 |
| RSSP Basisprospekt A vom 10. Juni 2016 | Wertpapierbedingungen | | 264 - 271 |
| | | A-1 – A-120 | 293 |
| | | B-1 – B-28 | 293 |
| | | C-1 – C-27 | 293 |
| | | D-1 – D-40 | 293 |
| | Muster Bedingungen | Endgültige | 272 - 303 |
| RSSP Basisprospekt A vom 15. Juni 2015 | Wertpapierbedingungen | | 266 - 273 |
| | | A-1 – A-94 | 293 |
| | | B-1 – B-28 | 293 |
| | | C-1 - C-27 | 293 |
| | | D-1 - D-37 | 293 |
| | Muster Bedingungen | Endgültige | 274 - 301 |
| RSSP Basisprospekt A vom 1. Juli 2014 | Wertpapierbedingungen | | 264 - 273 |
| | | A-1 – A-109 | 293 |
| | | B-1 – B-19 | 293 |
| | | C-1 - C-30 | 293 |
| | | D-1 - D-46 | 293 |
| | Muster Bedingungen | Endgültige | 274 - 298 |
| RSSP Basisprospekt A vom 8. Juli 2013 | Wertpapierbedingungen | | 229 - 232 |
| | | A-1 – A-109 | 293 |
| | | B-1 – B-18 | 293 |
| | | C-1 - C-30 | 293 |
| | | D-1 - D-44 | 293 |
| | Muster Bedingungen | Endgültige | 233 - 261 |
| RSSP Basisprospekt D vom 10. Juli 2015 | Wertpapierbedingungen | | 191 - 198 |
| | | A-1 – A-47 | 293 |
| | | B-1 – B-28 | 293 |
| | | C-1 - C-27 | 293 |
| | | D-1 - D-40 | 293 |
| | Muster Bedingungen | Endgültige | 199 - 224 |

| | | | |
|--|-------------------------------|------------|-----|
| RSSP Basisprospekt D vom 14. Juli 2014 | Wertpapierbedingungen | 184 - 192 | 293 |
| | | A-1 – A-46 | 293 |
| | | B-1 – B-19 | 293 |
| | | C-1 - C-30 | 293 |
| | | D-1 - D-50 | 293 |
| | Muster Endgültige Bedingungen | 194 - 217 | 296 |
| RSSP Basisprospekt D vom 25. Juli 2013 | Wertpapierbedingungen | 148 - 151 | 293 |
| | | A-1 – A-46 | 293 |
| | | B-1 – B-18 | 293 |
| | | C-1 - C-30 | 293 |
| | | D-1 - D-49 | 293 |
| | Muster Endgültige Bedingungen | 152 - 178 | 296 |

Soweit Informationen in diesen Prospekt durch Verweis auf bestimmte Teile eines Dokuments aufgenommen wurden, sind die nicht aufgenommenen Teile für den Anleger nicht relevant. Die oben genannten Dokumente können während gewöhnlicher Geschäftszeiten am eingetragenen Sitz der Emittentin, auf <http://group.barclays.com/about-barclays/investor-relations/results-announcements> und in der angegebenen Geschäftsstelle der Zahlstelle wie im Absatz "**Verfügbarkeit von Unterlagen**" unter "**Allgemeine Informationen**" beschrieben, eingesehen werden.

Die Emittentin hat die oben per Verweis einbezogenen Abschlüsse auf Grundlage der International Financial Reporting Standards ("**IFRS**"), wie vom International Accounting Standards Board veröffentlicht und von der Europäischen Union ("**EU**") übernommen, erstellt. Eine Zusammenfassung der wesentlichen Rechnungslegungsgrundsätze der Emittentin ist in der Form 20-F, im Geschäftsbericht der Emittentin 2017 und im Geschäftsbericht der Emittentin 2018 abgedruckt."

XIII. Im Basisprospekt Prosper A wird im Abschnitt "**PER VERWEIS EINBEZOGENE ANGABEN**" wie folgt ersetzt:

"PER VERWEIS EINBEZOGENE ANGABEN

Die folgenden Informationen sind bei der Financial Conduct Authority ("**FCA**") hinterlegt und werden in diesen Basisprospekt gemäß § 11 Absatz 1 Satz 2 des WpPG einbezogen:

- der Geschäftsbericht der Emittentin, wie am 21. Februar 2019 bei der US Securities and Exchange Commission ("**SEC**") mittels Form 20-F (die "**Form 20-F**") für die am 31. Dezember 2017 und 31. Dezember 2018 endenden Geschäftsjahre eingereicht, ohne den Abschnitt mit der Überschrift "Anlagenverzeichnis" (*Exhibit Index*) auf Seite 282 der Form 20-F, der nicht einbezogen wurde und kein Bestandteil dieses Basisprospekts ist; und
- die Geschäftsberichte der Emittentin mit den geprüften konsolidierten Jahresabschlüssen der Emittentin für die am 31. Dezember 2017 (der "**Geschäftsbericht der Emittentin 2017**") bzw. 31. Dezember 2018 (der "**Geschäftsbericht der Emittentin 2018**") endenden Geschäftsjahre.

Die oben aufgelisteten Informationen sind per Verweis in diesen Basisprospekt in den Abschnitt "**INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN**" einbezogen.

Die folgenden Informationen in den jeweiligen Prospektabschnitten "Wertpapierbedingungen" und "Muster der Endgültigen Bedingungen" sind in den aufgeführten Wertpapierprospekten enthalten, die bei der *Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht* ("**BaFin**") gebilligt worden sind und werden in diesen Basisprospekt gemäß § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 des WpPG einbezogen. Dabei sollen (i) sämtliche

Bezugnahmen auf den Basisprospekt Prosper A vom 26. Oktober 2017, den Basisprospekt Prosper A vom 21. Oktober 2016, den Prosper Basisprospekt A vom 28. Oktober 2015 bzw. auf den Prosper Basisprospekt A vom 27. Oktober 2014 durch eine Bezugnahme auf diesen Basisprospekt ersetzt werden und (ii) im Falle eines fortlaufenden Angebots die Klarstellung "die im Rahmen eines fortlaufenden Angebots angeboten werden" auf dem Deckblatt der Endgültigen Bedingungen aufgenommen werden;

| Dokument | Per Verweis einbezogene Angaben | Seite(n) im per Verweis einbezogenen Dokument | Seite in diesem Prospekt |
|--|--|--|---------------------------------|
| Basisprospekt Prosper A vom 26. Oktober 2017 | Wertpapierbedingungen | 165 - 166 | 168 |
| | | A-1 – A-38 | 168 |
| | | B-1 – B-9 | 168 |
| | | C-1 - C-24 | 168 |
| | D-1 - D-31 | 168 | |
| Muster Endgültige Bedingungen | 168 - 197 | 171 | |
| Basisprospekt Prosper A vom 21. Oktober 2016 | Wertpapierbedingungen | 160 - 161 | 168 |
| | | A-1 – A-37 | 168 |
| | | B-1 – B-9 | 168 |
| | | C-1 - C-23 | 168 |
| | D-1 - D-31 | 168 | |
| Muster Endgültige Bedingungen | 163 - 189 | 171 | |
| Prosper Basisprospekt A vom 28. Oktober 2015 | Wertpapierbedingungen | 155 - 160 | 168 |
| | | A-1 - A-36 | 168 |
| | | B-1 - B-9 | 168 |
| | | C-1 - C-23 | 168 |
| | D-1 - D-38 | 168 | |
| Muster Endgültige Bedingungen | 162 - 188 | 171 | |
| Prosper Basisprospekt A vom 27. Oktober 2014 | Wertpapierbedingungen | 167 - 174 | 168 |
| | | A-1 - A-42 | 168 |
| | | B- 1 - B-9 | 168 |
| | | C-1 - C-30 | 168 |
| | D-1 - D-46 | 168 | |
| Muster Endgültige Bedingungen | 175 - 201 | 171 | |

Soweit Informationen in diesen Prospekt durch Verweis auf bestimmte Teile eines Dokuments aufgenommen wurden, sind die nicht aufgenommenen Teile für den Anleger nicht relevant. Die oben

genannten Dokumente können während gewöhnlicher Geschäftszeiten am eingetragenen Sitz der Emittentin, auf <http://group.barclays.com/about-barclays/investor-relations/results-announcements> und in der angegebenen Geschäftsstelle der Zahlstelle wie im Absatz "**Verfügbarkeit von Unterlagen**" unter "**Allgemeine Informationen**" beschrieben, eingesehen werden.

Die Emittentin hat die oben per Verweis einbezogenen Abschlüsse auf Grundlage der International Financial Reporting Standards ("**IFRS**"), wie vom International Accounting Standards Board veröffentlicht und von der Europäischen Union ("**EU**") übernommen, erstellt. Eine Zusammenfassung der wesentlichen Rechnungslegungsgrundsätze der Emittentin ist in der Form 20-F, im Geschäftsbericht der Emittentin 2017 und im Geschäftsbericht der Emittentin 2018 abgedruckt."

- XIV.** In den Basisprospekten werden in dem Abschnitt "**ALLGEMEINE INFORMATIONEN**" im Unterabschnitt "Ratings" die ersten zwei Absätze wie folgt ersetzt:

"Ratings

Sofern in diesem Basisprospekt, den Endgültigen Bedingungen oder einem per Verweis einbezogenen Dokument Ratings wiedergegeben werden, so sind dies Ratings von Fitch Ratings Limited ("**Fitch**"), Moody's Investors Service Ltd. ("**Moody's**") und Standard & Poor's Credit Market Services Europe Limited ("**Standard & Poor's**"). Sowohl Fitch als auch Standard & Poor's und Moody's haben ihren Sitz in der EU und sind registriert unter der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Ratingagenturen, geändert durch die Verordnung (EU) Nr. 513/2011 und stehen auf der Liste der registrierten Ratingagenturen, die auf der Website der Europäischen Wertpapieraufsichtsbehörde unter <http://www.esma.europa.eu/page/Listregistered-and-certified-CRAs> veröffentlicht ist.

Zum Datum dieses Basisprospektes sind die kurzfristigen unbesicherten Verpflichtungen der Bank wie folgt geratet: A-1 von Standard & Poor's, P-1 von Moody's, und F1 by Fitch und die langfristigen Verpflichtungen der Bank sind wie folgt geratet: A von Standard & Poor's, A2 von Moody's und A+ von Fitch. Die Ratings sind ohne einen gegebenenfalls vorhandenen Ausblick der jeweiligen Ratings dargestellt."

- XV.** In den Basisprospekten werden in dem Abschnitt "**ALLGEMEINE INFORMATIONEN**" die Unterabschnitte "**Keine wesentliche Änderung**", "**Keine wesentliche nachteilige Änderung**" und "**Gerichtsverfahren**" wie folgt ersetzt:

"Keine wesentliche Änderung

Es gab keine wesentliche Veränderung in der Finanz- oder Handelslage der Emittentin oder der Bankengruppe seit dem 31. Dezember 2018.

Keine wesentliche nachteilige Änderung

Es gab keine wesentlich nachteiligen Änderungen in den Aussichten für die Bank oder die Bankengruppe seit dem 31. Dezember 2018.

Gerichtsverfahren

Mit Ausnahme der in "**Die Bank, die Bankengruppe, und die Gruppe – Rechtstreitigkeiten**" (ohne den Abschnitt "**Allgemeines**") angegebenen Verfahren, gibt es keine staatlichen Interventionen, Gerichts- oder Schiedsgerichtsverfahren (einschließlich derjenigen Verfahren, die nach Kenntnis der Emittentin noch anhängig sind oder eingeleitet werden könnten), die sich erheblich auf die Finanzlage oder die Rentabilität der Emittentin und/oder der Bankengruppe auswirken bzw. im Zeitraum der letzten 12 Monate vor dem Datum dieses Basisprospektes ausgewirkt haben."

- XVI.** In den Basisprospekten werden in dem Abschnitt "**INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN**" der Unterabschnitt "**Die Bank und die Gruppe**" durch den folgenden Absatz ersetzt:

"Die Bank, die Bankengruppe und die Gruppe

An dieser Stelle werden die per Verweis einbezogenen Informationen über die Emittentin, die in der Form 20-F, dem Geschäftsbericht der Emittentin 2017 und dem Geschäftsbericht der Emittentin 2018 enthalten sind, einbezogen.

Die Bank (zusammen mit ihren Tochtergesellschaften (die "**Bankengruppe**") ist eine in England und Wales unter der Nummer 1026167 eingetragene Aktiengesellschaft (*public limited company*). Die Haftung der Gesellschafter der Bank ist beschränkt. Eingetragener Sitz und Hauptniederlassung der Bank ist 1 Churchill Place, London, E14 5HP, Vereinigtes Königreich (Telefonnummer: +44 (0)20 7116 1000). Die Bank wurde am 7. August 1925 nach dem Colonial Bank Act von 1925 gegründet und am 4. Oktober 1971 als "*company limited by shares*" nach dem Companies Act von 1948 bis 1967 eingetragen. Gemäß dem Barclays Bank Act von 1984 erfolgte am 1. Januar 1985 eine Neueintragung der Bank als "*public limited company*" und ihre Umfirmierung von "Barclays Bank International Limited" in "Barclays Bank PLC". Alle ausgegebenen Stammaktien am Kapital der Bank befinden sich im wirtschaftlichen Eigentum der Barclays PLC. Die Barclays PLC (zusammen mit ihren Tochtergesellschaften (die "**Gruppe**") ist die Endholdinggesellschaft der Gruppe.

Bei der Gruppe handelt es sich um eine transatlantische Verbraucher- und Großkundenbank mit globaler Ausrichtung, die Produkte und Dienstleistungen in den Bereichen Privatkunden, Unternehmenskunden und Investmentbanking, Kreditkarten und Vermögensverwaltung anbietet und in den zwei Heimatmärkten, Vereinigtes Königreich und den USA verankert ist. Die Gruppe besteht aus zwei klar voneinander abgegrenzten Geschäftsbereichen: die Barclays UK Division und die Barclays International Division. Diese sind im Wesentlichen in zwei Banktochtergesellschaften angesiedelt, wobei Barclays UK innerhalb der Barclays Bank UK PLC und Barclays International innerhalb der Bank aufgehängt ist, die neben der Barclays Services Limited tätig, jedoch entsprechend der Anforderungen der Ring-fencing-Gesetze unabhängig voneinander sind. Barclays Services Limited steigert die Effizienz durch die Lieferung betrieblicher und technischer Dienstleistungen innerhalb der Gruppe.

Die Bank und die Bankengruppe bieten Produkte und Dienstleistungen an, die auf die größeren Firmen- und Großkunden und internationalen Bankenkunden zugeschnitten sind.

Die folgenden Finanzinformationen sind dem geprüften konsolidierten Konzernabschluss der Emittentin für das zum 31. Dezember 2018 bzw. zum 31. Dezember 2017 endende Jahr entnommen:

| | Zum 31.12.2018 GBP Mio. | Zum 31.12.2017 GBP Mio. |
|---|---|---|
| Gesamte Aktiva | 877.700 | 1.129.343 |
| Kredite und Forderungen zu fortgeführten Anschaffungskosten | 136.959 | 324.590 |
| Einlagen zu fortgeführten Anschaffungskosten | 199.337 | 399.189 |
| Gesamtes Eigenkapital | 47.711 | 65.734 |
| Minderheitsbeteiligungen | 2 | 1 |
| | Für das am 31.12.2018 endende Jahr GBP Mio. | Für das am 31.12.2017 endende Jahr GBP Mio. |

| | Zum 31.12.2018 GBP Mio. | Zum 31.12.2017 GBP Mio. |
|---|---|---|
| Gewinn vor Steuern aus fortzuführenden Geschäftsbereichen | 1.286 | 1.758 |
| Wertminderungsaufwand und andere Rückstellungen | (643) | (1.553) |

Übernahmen, Veräußerungen und jüngste Entwicklungen

Es liegen keine relevanten Ereignisse vor.

Rechtsstreitigkeiten

Die Barclays Bank PLC und die Bankengruppe sind rechtlichen, wettbewerbsrechtlichen und regulatorischen Herausforderungen ausgesetzt, von denen viele außerhalb der Kontrolle der Bankengruppe liegen. Das Ausmaß der Auswirkungen dieser Angelegenheiten auf Barclays ist nicht immer vorhersehbar, kann jedoch die Geschäftstätigkeit, die Finanzlage und -ergebnisse und die Geschäftsaussichten der Bankengruppe in wesentlichem Maße beeinträchtigen. Angelegenheiten, die aufgrund von ähnlichen Umständen entstehen, können entweder zu einer Eventualverbindlichkeit oder Rückstellung oder zu beidem führen, je nach dem maßgeblichen Sachverhalt und den maßgeblichen Umständen.

Im Zuge der Einführung von Strukturreformen im Vereinigten Königreich wurde das Bankgeschäft im Vereinigten Königreich am 1. April 2018 von der Barclays Bank PLC auf die Barclays Bank UK PLC, eine eigenständige Tochtergesellschaft der Barclays PLC, übertragen. Dieser Übergang umfasste die Rechte und Pflichten hinsichtlich bestimmter Verfahren und Vorgänge, die im Folgenden beschrieben sind (die auch in den Jahresabschlüssen der Barclays Bank UK PLC ausgewiesen sind), auch wenn die Barclays Bank PLC möglicherweise auch weiterhin prozessrechtlich Partei der jeweiligen Verfahren bleibt.

Ermittlungen in Bezug auf bestimmte Beratungsverträge und andere Angelegenheiten sowie Zivilverfahren

Die für schwere Betrugsdelikte zuständige Behörde in dem Vereinigten Königreich (*UK Serious Fraud Office* ("**SFO**")), die britische Finanzdienstleistungsaufsicht (*Financial Conduct Authority* ("**FCA**")), das US-Justizministerium (*Department of Justice* ("**DoJ**")) und die US-Börsenaufsichtsbehörde (*Securities Exchange Commission* ("**SEC**")) untersuchen zwei Beratungsverträge, welche die Barclays Bank PLC eingegangen ist. Diese Verträge wurden im Juni beziehungsweise im Oktober 2008 mit der Qatar Holding LLC ("**Qatar Holding**") geschlossen. Die FCA hat Untersuchungen hinsichtlich der Frage eingeleitet, ob diese Verträge in Zusammenhang mit den Kapitalbeschaffungen der Barclays PLC im Juni und im November 2008 (die "**Kapitalbeschaffungen**") gestanden haben könnten. Das Bestehen des Beratungsvertrags vom Juni 2008 wurde offengelegt, aber der Abschluss des Beratungsvertrags im Oktober 2008 und die im Rahmen der Verträge zu zahlenden Honorare, die sich insgesamt auf GBP 322 Mio., zahlbar über einen Zeitraum von fünf Jahren, belaufen, wurden jedoch nicht in den Bekanntmachungen oder öffentlichen Dokumenten in Bezug auf die Kapitalbeschaffungen offengelegt. Die SFO leitete ebenfalls eine Untersuchung der Verträge und des Darlehens über USD 3 Mrd. (das "**Darlehen**"), das die Barclays Bank PLC im November 2008 dem Staat Qatar gewährte, ein.

Verfahren der SFO

2017 beschuldigte die SFO die Barclays PLC zwei Mal des Vergehens der Verabredung mit bestimmten ehemaligen leitenden Angestellten und Mitarbeitern von Barclays zum Zwecke des Betrugs durch falsche Angaben hinsichtlich der Verträge, und des Vergehens der unrechtmäßigen Finanzhilfe im Hinblick auf das Darlehen. Im Februar 2018 warf die SFO der Barclays Bank PLC hinsichtlich des Darlehens dasselbe Vergehen vor. Im Mai 2018 ließ das Crown Court sämtliche Anschuldigungen gegen die Barclays PLC und Barclays Bank PLC fallen und im Oktober 2018 lehnte das High Court den Antrag der SFO auf Wiederaufnahme sämtlicher Punkte ab, die folglich fallen gelassen wurden.

FCA Verfahren und andere Untersuchungen

2013 hat die FCA Warnhinweise (die "**Hinweise**") mit der Feststellung herausgegeben, dass - während die Barclays PLC und Barclays Bank PLC zum Zeitpunkt der Ausfertigung der Verträge davon ausgegangen waren, dass aus diesen zumindest ein nicht spezifizierter und unbestimmter Wert bezogen werden sollte - der primäre Zweck der Verträge nicht der war, Beratungsleistungen zu beziehen, sondern zusätzliche Zahlungen für die katarische Beteiligung an den Kapitalbeschaffungen zu leisten, die nicht offengelegt werden sollten. In den Hinweisen wird festgestellt, dass die Barclays PLC und Barclays Bank PLC gegen bestimmte mit der Offenlegung einhergehende Börsenvorschriften, und die Barclays PLC auch gegen das Listing Principle 3 (die Pflicht, sich gegenüber Inhabern und potentiellen Inhabern von Aktien der Gesellschaft integer zu verhalten) verstießen. In dieser Hinsicht ist die FCA der Ansicht, dass die Barclays PLC und die Barclays Bank PLC leichtfertig handelten. Das in den Hinweisen gegen Barclays verhängte Bußgeld beträgt GBP 50 Mio. Die Barclays PLC und Barclays Bank PLC bestreiten die Feststellungen weiterhin. Die Klage der FCA wurde wegen der Verfahren der SFO gegen bestimmte ehemalige Führungskräfte von Barclays aufgeschoben. Die Verhandlungen in diesen Verfahren haben im Januar 2019 begonnen.

Weiterhin haben das DoJ und die SEC Ermittlungen hinsichtlich der Verträge eingeleitet.

Zivilklage

2016 haben die PCP Capital Partners LLP und PCP International Finance Limited (PCP) Klage gegen die Barclays Bank PLC eingereicht, mit der Schadensersatz für arglistige Täuschung und Betrug aufgrund von angeblichen Behauptungen der Barclays Bank PLC gegenüber PCP im Zusammenhang mit den Bedingungen geltend gemacht werden, zu denen Wertpapiere an potenzielle Anleger, unter anderem angeblich an PCP, bei der Kapitalerhöhung vom November 2008 ausgegeben wurden. PCP macht nun Schadensersatz in Höhe von bis zu GBP 1.477 Mio. (nebst Zinsen ab November 2017) und Kosten geltend. Die Barclays Bank PLC verteidigt sich gegen diese Klage und Beginn des Verfahrens ist für den Oktober 2019 vorgesehen.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten. Die Strafzahlung der von der FCA zu Lasten von Barclays erlassenen Bescheide beträgt GBP 50 Mio. Die PCP hat Klage auf Schadensersatz gegen die Barclays Bank PLC in Höhe von bis zu GBP 1.477 Mio. nebst Zinsen und Kosten erhoben. Diese Beträge stellen nicht zwingend die drohende Verbindlichkeit von Barclays in diesen Verfahren dar.

Untersuchungen im Hinblick auf bestimmte Geschäftsbeziehungen

2012 leiteten das DoJ und die SEC Ermittlungen zu der Frage ein, ob bestimmte Beziehungen von Barclays zu Dritten, die die Barclays PLC beim Aufbau neuer oder der Aufrechterhaltung bestehender Geschäftsverbindungen behilflich sind, die Vorschriften des US Foreign Corrupt Practices Act einhalten. Verschiedene Aufsichtsbehörden in anderen Jurisdiktionen werden über die Ermittlungen ebenfalls auf dem Laufenden gehalten. Davon unabhängig kooperiert Barclays mit dem DoJ und der SEC im Zusammenhang mit einer Untersuchung im Hinblick auf bestimmte Verfahren bei der Einstellung von Mitarbeitern in Asien und anderswo, und hält bestimmte Aufsichtsbehörden in anderen Jurisdiktionen informiert.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Maßnahmen auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Ermittlungen in Bezug auf Whistleblowing-Systeme und -Kontrollen

2017 nahmen die FCA und die Prudential Regulation Authority (PRA) Ermittlungen gegen den Chief Executive Officer (CEO) der Barclays Group in Bezug auf seinen Versuch im Jahr 2016 den Verfasser

eines Briefes zu identifizieren, der von der Barclays Bank PLC als Hinweisgeber (*whistleblower*) eingestuft wurde; und gegen die Barclays Bank PLC im Zusammenhang mit ihrer Verantwortung sowohl in Bezug auf den Versuch des CEOs den Verfasser des Briefes zu identifizieren, als auch in Bezug auf die Systeme, Kontrollen und Kultur von Barclays, die sich auf Whistleblower beziehen, auf.

Im Mai 2018 erließen die FCA und die PRA rechtskräftige Bescheide, die ihr Ergebnis bestätigten, dass die Handlungen des CEOs in dieser Sache eine Verletzung der Individual Conduct Rule 2 darstellen (Verpflichtung, mit der angemessenen Kenntnis, Vorsicht und Sorgfalt zu handeln). Die FCA oder PRA kamen nicht zu dem Ergebnis, dass der CEO nicht integer handelte oder für die weitere Ausübung seiner Funktion als Chief Executive Officer der Gruppe nicht geeignet und zuverlässig sei.

In Bezug auf die Ermittlung gegen die Barclays Bank PLC kamen die FCA und die PRA zu dem Ergebnis, dass sie in dieser Sache keine Zwangsmaßnahmen einleiten würden. Die Barclays Bank PLC und Barclays Bank UK PLC haben sich jedoch jeweils der Verpflichtung unterworfen, der FCA und PRA Auskunft über bestimmte Aspekte ihrer Whistleblowing-Programme zu geben.

Das New York Department of Financial Services (NYDFS) und die Federal Reserve Bank von New York haben in dieser Sache eigene Ermittlungen durchgeführt. Im Dezember 2018 erließ das NYDFS einen Beschluss (*consent order*), in dem gegen die Barclays Bank PLC wegen Versäumnissen in ihrem Whistleblowing-Programm eine bereits beglichene Zivilstrafe von USD 15 Mio. verhängt wurde sowie bestimmte Nachbesserungs- und Berichtspflichten in Bezug auf das Whistleblowing-Programm auferlegt wurden. Sämtliche aufsichtsrechtlichen Ermittlungen bezüglich dieser Ereignisse sind nunmehr abgeschlossen.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Abgesehen von dem voranstehend beschriebenen Vergleich gibt es keinerlei Auswirkung auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays.

Ermittlungen in Bezug auf den LIBOR und andere Referenzwerte

Die Aufsichts- und Vollzugsbehörden, einschließlich einiger Wettbewerbsbehörden verschiedener Regierungen haben Ermittlungen im Zusammenhang mit der Beteiligung der Barclays Bank PLC an der Manipulation bestimmter finanzieller Referenzwerte wie etwa dem LIBOR und dem EURIBOR durchgeführt. 2012 gab die Barclays Bank PLC bekannt, dass sie mit der Financial Services Authority ("**FSA**") (als der Vorgängerbehörde der FCA), der US-Aufsichtsbehörde für den Waren- und Terminhandel (*US Commodity Futures Trading Commission* ("**CFTC**")) und dem DoJ jeweils eine Einigung bezüglich deren Ermittlungen zu bestimmten Abgaben von Referenzzinssätzen erzielt haben; dabei hat Barclays Bank PLC eine Geldstrafe in Höhe von insgesamt GBP 290 Mio. gezahlt. Die Einigung mit dem DoJ erfolgte durch den Abschluss eines Non-Prosecution Agreement (Vereinbarung über den Verzicht auf Strafverfolgung ("**NPA**")), das inzwischen ausgelaufen ist. Die Barclays PLC, Barclays Bank PLC und Barclays Capital Inc. ("**BCI**") haben mit bestimmten anderen Aufsichts- und Vollzugsbehörden Einigungen erzielt. Die Barclays Bank PLC kommt auch weiterhin Auskunftsverlangen der SFO in Bezug auf ihre laufenden LIBOR-Ermittlungen, einschließlich in Bezug auf Barclays Bank PLC, nach.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Abgesehen von den voranstehend aufgeführten Vergleichen ist es derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich weiterer finanzieller Auswirkungen der beschriebenen Maßnahmen auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Zivilklagen in Bezug auf den LIBOR und andere Referenzwerte

Nach Einstellung der oben in *Ermittlungen in Bezug auf den LIBOR und andere Referenzwerte* erwähnten Ermittlungen haben verschiedene Personen und Unternehmen in mehreren Jurisdiktionen Zivilklagen gegen Barclays und andere Banken in Bezug auf den LIBOR und/oder andere Referenzwerte angedroht oder eingereicht. Während einige dieser Fälle zurückgewiesen oder beigelegt wurden oder durch Vergleich unter dem Vorbehalt der endgültigen Genehmigung durch das zuständige Gericht beigelegt werden konnten (und im Falle von Sammelklagen vorbehaltlich des Rechtes von

Gruppenmitgliedern, aus den Vergleich abzulehnen und ihre eigenen Ansprüche geltend zu machen), laufen andere Verfahren weiter, und die letztlichen Auswirkungen sind unklar.

USD-LIBOR-Klagen vor dem Multidistrict Litigation-Gericht

Die Mehrzahl der in verschiedenen US-Jurisdiktionen angestregten USD-LIBOR-Klagen wurden für vorprozessuale Zwecke vor einem Einzelrichter des US-Bezirksgerichts im *Southern District of New York* ("**SDNY**") gemeinsam verhandelt.

In den im Wesentlichen vergleichbaren Klageschriften wurde u. a. der Vorwurf erhoben, die Barclays PLC, Barclays Bank PLC, BCI und andere Finanzinstitute hätten, sowohl einzeln als auch kollektiv, gegen Bestimmungen des US Sherman Antitrust Act ("**Antitrust Act**"), des US Commodity Exchange Act ("**CEA**"), des US Racketeer Influenced and Corrupt Organizations Act ("**RICO**"), des Securities Exchange Act von 1934 sowie verschiedene einzelstaatliche Rechtsvorschriften verstoßen, indem sie USD-LIBOR-Sätze manipulierten.

Einige der beantragten Sammelklagen wurden beigelegt. Barclays hat angebliche Forderungen von Klägern im Wege des Vergleichs beigelegt, die (i) USD-LIBOR-bezogene OTC-Geschäfte getätigt (OTC-Klasse), (ii) USD-LIBOR-bezogene Finanzinstrumente an einer Börse erworben, (iii) USD-LIBOR-bezogene Schuldtitel erworben oder (iv) auf USD-LIBOR-bezogene Darlehen vergeben haben (Kreditgeber-Klasse), und hat USD 120 Mio., USD 20 Mio., USD 7,1 Mio. bzw. USD 4 Mio. gezahlt. Die Vergleiche mit der OTC-Klasse und der Kreditgeber-Klasse wurden vom Gericht endgültig genehmigt. Die anderen Vergleiche unterliegen noch der endgültigen Genehmigung durch das Gericht bzw. dem Recht der Mitglieder der Gruppe aus dem Vergleich auszusteigen und ihre eigenen Forderungen geltend zu machen.

In den übrigen Einzel- und Sammelklagen wird Schadensersatz in unbestimmter Höhe gefordert, ausgenommen in fünf Klagen, in denen die Kläger von allen Beklagten, einschließlich der Barclays Bank PLC, Schadensersatz in Höhe von zusammen mehr als USD 1,25 Mrd., zuzüglich Strafschadensersatz, fordern. In einigen der Klagen wird zudem Schadensersatz in dreifacher Höhe (trebling of damages) nach Maßgabe der Bestimmungen des Antitrust Act und des RICO gefordert.

EURIBOR-Fall im SDNY

2015 wurden im Rahmen eines Vergleichs einer Sammelklage im Zusammenhang mit dem EURIBOR USD 94 Mio. gezahlt. Der Vergleich von Barclays wurde vom Gericht im Mai 2018 endgültig genehmigt.

Weitere USD-LIBOR-Klagen im SDNY

2015 wurde eine Einzelklage gegen die Barclays Bank PLC und andere beklagte Panel-Banken vom SDNY abgewiesen. Der Kläger brachte vor, die beklagten Panel-Banken hätten Absprachen getroffen, um den USD-LIBOR ansteigen zu lassen, was dazu geführt habe, dass der Wert der für einen Kredit als Sicherheit hinterlegten Anleihen gesunken sei, was letztlich zum Verkauf der Anleihen zu einem Tiefststand ihres Marktwerts geführt habe. Im März 2018 lehnte das Gericht den Antrag des Klägers auf Klageänderung ab und wies den Fall ab. Die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Gerichts läuft.

Im Januar 2019 wurden im SDNY zwei Sammelklagen gegen die Barclays PLC, Barclays Bank PLC, BCI, andere Finanzinstitute auf der Beklagtenseite und die Intercontinental Exchange Inc. sowie gegen bestimmte ihrer Tochtergesellschaften (ICE) eingereicht und kartellrechtliche Ansprüche sowie Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung auf der Grundlage geltend gemacht, die Beklagten hätten Anfang 2014 den USD-LIBOR manipuliert, indem sie ICE, die Kursfestsetzungsdienste für den LIBOR 2014 von der British Bankers' Association übernommen hatte, Kurse mitteilten.

Sterling-LIBOR-Klage im SDNY

2015 wurde eine Sammelklage (putative class action) im SDNY gegen die Barclays Bank PLC und andere Sterling-LIBOR-Panel-Banken durch einen Kläger eingereicht, der sich an börslich gehandelten und OTC-Derivaten, die an den Sterling-LIBOR gebunden waren, beteiligt hatte. In der Klageschrift wird u. a. behauptet, die Beklagten hätten den Sterling-LIBOR-Satz zwischen 2005 und 2010 manipuliert und durch dieses Verhalten gegen Bestimmungen des CEA, des Antitrust Act sowie des

RICO verstoßen. 2016 wurde diese Sammelklage mit einer weiteren Sammelklage zusammengefasst, die ähnliche Anschuldigungen gegen die Barclays Bank PLC, BCI und andere Sterling LIBOR-Panel-Banken erhob. Dem Antrag der Beklagten auf Klageabweisung wurde im Dezember 2018 stattgegeben. Der Kläger bat das Gericht, seine Entscheidung zu überdenken.

Japanischer Yen-LIBOR-Klagen im SDNY

2012 reichte ein Kläger, der an Transaktionen mit börsengehandelten Derivaten beteiligt war, eine Sammelklage gegen die Barclays Bank PLC und andere Panel-Banken für den Japanischen Yen-LIBOR im SDNY ein. In der Klageschrift werden auch die Mitglieder des Panels der Japanese Bankers Association Euroyen Tokyo Interbank Offered Rate (Euroyen-TIBOR), dem die Barclays Bank PLC nicht angehört, benannt. In der Klageschrift wird u. a. der Vorwurf der Manipulation der Euroyen-TIBOR- sowie der Yen-LIBOR-Sätze und des Verstoßes gegen Bestimmungen des CEA sowie des Antitrust Act im Zeitraum von 2006 bis 2010 erhoben. 2014 wies das Gericht die kartellrechtlichen Ansprüche des Klägers vollumfänglich ab, wobei die Ansprüche des Klägers gemäß den Bestimmungen des CEA weiter anhängig sind. Das Beweisaufnahmeverfahren läuft.

2017 wurde eine zweite Sammelklage mit Bezug zum Yen LIBOR gegen die Barclays PLC, Barclays Bank PLC und BCI, die im SDNY anhängig gemacht wurde, vollumfänglich abgewiesen. Die Klage bringt ähnliche Anschuldigungen wie die Sammelklage aus 2012 vor. Die Kläger haben gegen die Abweisung Widerspruch eingelegt.

SIBOR/SOR-Fall im SDNY

2016 wurde eine als Sammelklage bezeichnete Klage im SDNY gegen die Barclays PLC, Barclays Bank PLC, BCI und andere Beklagte, mit der die Manipulation der Singapore Interbank Offered Rate (SIBOR) und der Singapore Swap Offer Rate (SOR) geltend gemacht wurde, eingereicht. Die Kläger änderten ihre Klageschrift 2017, nachdem das Gericht die Ansprüche gegen Barclays aufgrund mangelhafter Anspruchsbegründung abgewiesen hatte. Im Oktober 2018 ließ das Gericht sämtliche Anklagepunkte gegen die Barclays PLC, Barclays Bank PLC und BCI fallen. Die Kläger haben gegen diese Entscheidung Widerspruch eingelegt.

Verfahren in Bezug auf Referenzwerte außerhalb der USA

Im Vereinigten Königreich haben bestimmte Gemeinden Klage gegen Barclays eingereicht und geltend gemacht, dass sie Kredite im Vertrauen auf falsche Angaben seitens Barclays über das Verhalten von Barclays in Bezug auf den LIBOR abgeschlossen hätten.

Neben den voranstehend beschriebenen Klagen in den USA und im Vereinigten Königreich sind gegen Barclays im Vereinigten Königreich, in zahlreichen anderen Jurisdiktionen Europas, Israel und in Argentinien Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit angeblichen Manipulationen des LIBOR, EURIBOR und anderer Referenzwerte angestrengt oder angedroht worden. Weitere Verfahren in anderen Jurisdiktionen könnten in der Zukunft anhängig gemacht werden.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Abgesehen von den oben beschriebenen Vergleichen ist es derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich weiterer finanzieller Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Ermittlungen zu Devisenkursen

Eine Reihe von Aufsichts- und Vollzugsbehörden mehrerer Jurisdiktionen haben verschiedene Vorfälle im Zusammenhang mit dem Verkauf und dem Handel mit Devisen, einschließlich des elektronischen Handels, untersucht.

2015 hat Barclays Vergleiche mit der CFTC, dem DoJ, dem NYDFS, dem Board of Governors of the Federal Reserve System (Federal Reserve) und der FCA (zusammen die Streitbeilegenden Behörden 2015) im Hinblick auf bestimmte Verkaufs- und Handelspraktiken auf dem Devisenmarkt erzielt. Im Zusammenhang mit diesen Vergleichen hat Barclays eine Strafzahlung von insgesamt etwa USD 2,38 Mrd. geleistet und zugestimmt, Abhilfemaßnahmen zu ergreifen.

Im Rahmen der Einigung (*plea agreement*) mit dem DoJ hat die Barclays PLC einem Bewährungszeitraum von drei Jahren zugestimmt, innerhalb dem die Barclays PLC, einschließlich ihrer Tochtergesellschaften, unter anderem verpflichtet ist (i) keine Verstöße gegen Bundesgesetze der USA zu begehen, (ii) ein Compliance-Programm einzuführen und weiter umzusetzen, welches darauf ausgerichtet ist, das Verhalten, das Grundlage der Einigung war, zu verhindern und aufzudecken, (iii) der zuständigen US-Behörde stichhaltige Beweise für Verstöße gegen US-Kartell- und Betrugsgesetze zu melden und (iv) ihre Compliance-Kontrollen sowie die internen Kontrollen zu verstärken, wie dies von den jeweiligen Aufsichts- oder Strafverfolgungsbehörden verlangt wird. Im Januar 2017 hat das US-Bezirksgericht für den District of Connecticut dieser Einigung zugestimmt und entsprechend die Barclays PLC zur Zahlung einer Strafe in Höhe von USD 650 Mio. und USD 60 Mio. für die Verletzung des NPA (deren Beträge Teil der oben genannten USD 2,38 Mrd. sind) und zu einer Bewährungsstrafe von drei Jahren ab der Urteilsverkündung verurteilt. Barclays informiert einige der Streitbeilegenden Behörden 2015 weiterhin fortlaufend.

Die Europäische Kommission ist eine von mehreren Behörden, die noch Ermittlungen hinsichtlich bestimmter Praktiken auf dem Devisenmarkt durchführen.

Das DoJ hat eine Untersuchung zu Verhaltensweisen in Bezug auf bestimmte Handelsaktivitäten im Zusammenhang mit bestimmten Transaktionen zwischen 2011 und 2012 durchgeführt. Barclays hat dem DoJ sowie anderen zuständigen Behörden, die diese Verhaltensweisen untersuchen, Informationen vorgelegt. Im Februar 2018 veröffentlichte das DoJ ein Schreiben, in dem sie ihre Ermittlung gegen Barclays unter anderem im Gegenzug für die Verpflichtung Barclays einstellt, USD 12,9 Mio. als Herausgabe entstandener Gewinne und Schadenersatz zu zahlen, die mit jedem Vergleichsbetrag, der als zivilrechtlicher Schadenersatz gezahlt wird, aufgerechnet werden können. Barclays legte einen damit in Zusammenhang stehenden zivilrechtlichen Streit bei. Der gezahlte Betrag war für Barclays unwesentlich.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Abgesehen von den oben beschriebenen Vergleichen ist es derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich weiterer finanzieller Auswirkungen der beschriebenen Maßnahmen auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Zivilklagen in Bezug auf Devisen

Nach der Einstellung bestimmter oben in *Ermittlungen zu Devisenkursen* erwähnter Ermittlungen haben zahlreiche Einzelpersonen und Unternehmen in verschiedenen Jurisdiktionen Zivilklagen gegen Barclays und andere Banken in Bezug auf Devisentransaktionen eingereicht oder dies angedroht, oder könnten dies in Zukunft tun. Einige dieser Fälle wurden abgewiesen, beigelegt oder vorbehaltlich der endgültigen Genehmigung des zuständigen Gerichts verglichen (und im Falle von Sammelklagen vorbehaltlich des Rechts der Mitglieder der Gruppe, aus dem Vergleich auszusteigen und ihre eigenen Ansprüche geltend zu machen).

Zusammengefasste Devisenkurs-Klage

2014 wurden im SDNY eine Reihe von Zivilklagen im Namen von Klägergruppen (proposed classes of plaintiffs) eingereicht, im Rahmen derer eine Manipulation von Devisenmärkten und somit ein Verstoß des Antitrust Act sowie des Rechts des Bundesstaates New York behauptet und mehrere internationale Banken, darunter die Barclays Bank PLC, als Beklagte genannt werden, und die zur einer einzigen Klage zusammengefasst (Zusammengefasste Devisenkurs-Klage) wurden. 2015 haben die Barclays Bank PLC und BCI die Zusammengefasste Devisenkurs-Klage im Wege des Vergleichs beigelegt und USD 384 Mio. gezahlt. Der Vergleich wurde durch das Gericht im August 2018 endgültig genehmigt.

Devisenkurs Opt-Out-Klage

Im November 2018 reichte eine Gruppe von 16 Klägern (und mehrere ihrer Tochtergesellschaften), die aus dem Vergleich im Rahmen der Zusammengefassten Devisenkurs-Klage ausgestiegen waren, Klage im SDNY gegen die Beklagten der Zusammengefassten Devisenkurs-Klage, einschließlich der Barclays Bank PLC und BCI, ein.

ERISA Wechselkurs-Klage

Seit 2015 wurden einige Zivilklagen im Namen von Klägergruppen im SDNY eingereicht, in denen Verletzungen auf Basis anderer Rechtstheorien (andere Rechtsgrundlagen, als die der Zusammengefassten Wechselkurs-Klage) aufgrund angeblicher Manipulation von Wechselkursen, einschließlich Ansprüchen des US-Betriebsrentengesetz (Employee Retirement Income Security Act, "ERISA") (die "**ERISA-Ansprüche**"), behauptet und in denen diverse internationale Banken, darunter die Barclays PLC, Barclays Bank PLC und BCI als Beklagte benannt werden. Das Gericht hat die ERISA-Ansprüche zurückgewiesen. Die Zurückweisung wurde 2018 letztinstanzlich bestätigt und kann nicht mehr angefochten werden.

Privatkunden-Klage

Eine Sammelklage wurde im Namen einer Gruppe von Einzelpersonen, die Währungen auf Privatkunden-Basis in Bankniederlassungen wechselten, gegen eine Reihe internationaler Banken, einschließlich der Barclays PLC und BCI, im Northern District of California eingereicht (und später an den SDNY verwiesen) ("**Privatkunden-Ansprüche**"). Das Gericht hat entschieden, dass die Privatkunden-Ansprüche nicht von der Vergleichsvereinbarung für die Zusammengefasste Devisenkurs-Klage erfasst werden. Das Gericht hat daraufhin sämtliche Privatkunden-Ansprüche gegen Barclays und alle anderen Beklagten zurückgewiesen. Die Kläger haben ihre Klageschrift geändert und begehrten eine Klageerweiterung, die auch Kreditkarten-, Debitkarten- und Überweisungstransaktionen beinhalten sollte, die jedoch vom Gericht abgelehnt wurde.

Devisenkurs-Klage nach dem Recht einzelner US-Bundesstaaten

2016 wurde eine weitere Sammelklage im SDNY nach dem Recht der Bundesstaaten von New York und Kalifornien im Namen einer Klägergruppe von ETF-Anteilseignern und anderen eingereicht, die angeblich indirekte Anleger in Deviseninstrumente waren. Der Prozessvertreter der Kläger änderte daraufhin die Klageschrift und machte Ansprüche in Namen einer Anlegergruppe nach Bundesrecht und dem Recht verschiedener US-Bundesstaaten geltend, die mit Deviseninstrumenten über Devisenhändler oder Makler gehandelt haben, denen keine Manipulation von ausländischen Wechselkursen vorgeworfen wird. Daraufhin reichte eine andere Klägergruppe eine weitere Klage ein, die im Wesentlichen ähnliche Ansprüche geltend macht. Diese beiden Klagen wurden zusammengefasst und 2017 wurde eine zusammengefasste Klageschrift eingereicht. Die zusammengefasste Klage wurde abgewiesen, wobei den Klägern im November 2018 die Einreichung einer geänderten Klageschrift, jedoch ohne ihre Ansprüche auf Bundesebene, gestattet wurde.

Devisenkurs-Klagen außerhalb der Vereinigten Staaten

Neben den oben beschriebenen Klagen sind gegen Barclays in Zusammenhang mit der Manipulation von Devisenkursen im Vereinigten Königreich, einer Reihe von anderen Ländern in Europa und in Israel Gerichtsverfahren anhängig oder angedroht worden und auch in der Zukunft können zusätzliche Verfahren anhängig gemacht werden.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Abgesehen von dem oben beschriebenen Vergleich ist es derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich weiterer finanzieller Auswirkungen der beschriebenen Maßnahmen auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sich diese gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Metall-Ermittlungen

Die Barclays Bank PLC hat dem DoJ, der CFTC und anderen Behörden Informationen im Rahmen von Ermittlungen in Verbindung mit Metallen und metall-bezogenen Finanzinstrumenten zukommen lassen.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Zivilklagen in Bezug auf das Gold- und Silber-Fixing

Eine Reihe von Zivilklagen, die jeweils für eine Klägergruppe eingereicht wurden, wurden zusammengelegt und an den SDNY verwiesen. Die Klagen werfen der Barclays Bank PLC und anderen Mitgliedern der London Gold Market Fixing Ltd. vor, unter Verletzung der Bestimmungen des CEA, des Antitrust Acts sowie US-bundesstaatlicher Kartell- und Verbraucherschutzgesetze die Preise von Gold und Derivatekontrakten in Gold manipuliert zu haben.

Ebenfalls in den USA hat eine Klägergruppe eine Klage gegen eine Reihe von Banken, einschließlich der Barclays Bank PLC, BCI und Barclays Capital Services Ltd., wegen der angeblichen Manipulation des Silberpreises unter Verstoß gegen das CEA und kartellrechtliche Gesetze eingereicht. Das Gericht hat die Klage gegen die Barclays-Gesellschaften abgewiesen.

Darüber hinaus wurden auch vor kanadischen Gerichten Zivilklagen gegen die Barclays PLC, Barclays Bank PLC, Barclays Capital Canada Inc., BCI und die Barclays Capital PLC für Klägergruppen aufgrund angeblicher Manipulation von Gold- und Silberpreisen unter Verstoß gegen kanadisches Recht eingereicht.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnte.

Aktivitäten und Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit US-Hypotheken für Wohn- und Gewerbeimmobilien

In Zusammenhang mit US-amerikanischen Residential-Mortgage-backed-Securities (RMBS) und US-amerikanischen Commercial-Mortgage-backed-Securities (CMBS) fanden zahlreiche Ermittlungen und zivilrechtliche Verfahren statt.

DoJ-Zivilklage

Im Dezember 2016 hat das DoJ eine Zivilklage gegen die Barclays Bank PLC, Barclays PLC, BCI, Barclays Group US Inc., Barclays US LLC, BCAP LLC, Securitized Asset Backed Receivables LLC und Sutton Funding LLC vor dem US Bezirksgericht im Eastern District of New York ("**EDNY**") eingereicht, die eine Reihe von Anschuldigungen, einschließlich Betrug unter Einsatz von Telekommunikationsmitteln (*mail and wire fraud*), in Zusammenhang mit zwischen 2005 und 2007 verkauften Mortgage-backed-Securities enthalten. Im März 2018 einigte sich Barclays mit dem DoJ zur Beilegung der Klage im Wege des Vergleichs. Barclays zahlte im Zusammenhang mit diesem Vergleich eine zivilrechtliche Geldstrafe in Höhe von USD 2 Mrd.

Forderungen nach RMBS-Rückkauf

Barclays hat als alleiniger Anbieter Kreditzusagen und -garantien (representations and warranties, "**R&W**") in folgender Höhe R&W abgegeben:

- ca. USD 5 Mrd. von Barclays gesponserte Verbriefungen.;
- ca. USD 0,2 Mrd. an GSE verkaufte Kredite an staatlich geförderte Unternehmen (*government sponsored enterprises* ("**GSEs**")); und
- ca. USD 3 Mrd. an andere Käufer verkaufte Kredite.

Zusätzlich hat ein Unternehmen von Barclays 2007 (die Erworbene Tochtergesellschaft) R&Ws in Bezug auf von ihr an Dritte verkauften Kredite in Höhe von ca. USD 19,4 Mrd. abgegeben.

Die R&Ws in Bezug auf die übrigen von Barclays gesponserten Verbriefungen wurden hauptsächlich von Drittbestellern als Deponent der Treuhandgesellschaft mit einer Tochtergesellschaft von Barclays direkt an die Verbriefungstreuhandgesellschaften mit eingeschränkten R&Ws abgegeben. Für die

meisten R&W wurden keine zeitlichen Begrenzungen von Seiten Barclays, der Erworbenen Tochtergesellschaft oder dieser Drittbesteller angegeben.

Unter bestimmten Umständen können Barclays und/oder die Erworbene Tochtergesellschaft verpflichtet sein, die entsprechenden Kredite zurückzukaufen oder andere Zahlungen in Bezug auf diese Kredite zu leisten, wenn die R&W nicht eingehalten werden.

Hinsichtlich der spätestens am 31. Dezember 2018 eingegangenen, noch nicht entschiedenen Forderungen auf Rückkauf in Verbindung mit allen R&W, die Barclays oder die Erworbene Tochtergesellschaft in Bezug auf an GSE und andere Käufer verkaufte Kredite und in Bezug auf Private-Label-Aktivitäten abgegeben haben, bestand zum Zeitpunkt des Verkaufs ein ursprünglicher ausstehender Kapitalsaldo in Höhe von ca. USD 2,1 Mrd.

Die vorstehend beschriebenen noch nicht entschiedenen Forderungen auf Rückkauf beziehen sich auf Zivilklagen, die von den Treuhändern bestimmter RMBS-Verbriefungen erhoben wurden und im Rahmen derer die Treuhänder behaupten, Barclays und/oder die Erworbene Tochtergesellschaft müsse Kredite zurückkaufen, bei denen ein Verstoß gegen die operativen R&W vorliegt. Diese Treuhänder sowie alle anderen Parteien, die einen Rückkauf fordern, haben im Rahmen dieser Klagen ferner geltend gemacht, dass möglicherweise ein Verstoß gegen die operativen R&W bezüglich einer größeren (jedoch nicht bezifferten) Anzahl von Krediten vorliegt, als die zuvor von den Treuhändern in ihren konkreten Forderungen auf Rückkauf angegebene Anzahl. Dieser Prozess dauert an.

Die Erworbene Tochtergesellschaft stimmte im Mai 2018 der Beilegung einer Zivilklage in Bezug auf Ansprüche auf Freistellung von Schäden, die ein Darlehenskäufer angeblich als Konsequenz vermeintlicher Verletzungen von R&Ws erlitten hat, die von der Erworbenen Tochtergesellschaft in Verbindung mit Darlehensverkäufen an den Käufer im Zeitraum von 1997 bis 2007 abgegeben wurden, im Wege des Vergleichs zu. Der gezahlte Betrag war für Barclays unwesentlich.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich weiterer finanzieller Auswirkungen der beschriebenen Maßnahmen auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Alternative Handelssysteme

2014 reichte die Generalstaatsanwaltschaft von New York (*New York State Attorney General* ("NYAG")) beim Obersten Gerichtshof des Bundesstaates New York (*Supreme Court of the State of New York* ("NY Supreme Court")) eine Klage (die "NYAG-Klage") gegen die Barclays PLC und BCI ein, in deren Rahmen sie unter anderem den Vorwurf erhob, die Barclays PLC und BCI seien an Betrugsfällen und irreführenden Praktiken im Zusammenhang mit LX, dem SEC-registrierten alternativen Handelssystem (AHS) von Barclays, beteiligt gewesen. Im Februar 2016 gelang es Barclays separate Einigungen mit der SEC und der NYAG zur Beilegung ihrer Klagen gegen die Barclays PLC und BCI im Zusammenhang mit dem Betrieb von LX abzuschließen und sie zahlte jeweils USD 35 Mio. an beide Behörden.

Die Barclays PLC und BCI wurden ebenfalls in einer Sammelklage eines institutionellen Finanzdienstleisters nach kalifornischem Recht erwähnt, die ähnliche Beschuldigungen wie die NYAG-Klage enthält. Im Oktober 2016 hat das Bundesgericht in Kalifornien dem Antrag von Barclays PLC und BCI auf Abweisung der gesamten Klage stattgegeben. Im Juli 2018 wurde die Klageabweisung vom Berufungsgericht bestätigt.

Im Anschluss an die Einreichung der NYAG-Klage wurden die Barclays PLC und BCI, einige ihrer gegenwärtigen und ehemaligen Führungskräfte in einer Aktionärs-Sammelklage erwähnt. Die Kläger machen geltend, dass Anleger der Barclays American Depository Receipts (ADRs) infolge der Anschuldigungen in der NYAG-Klage Wertminderungen ihres Investments erlitten haben. Die Parteien haben einem Vergleich dieser Klage in Höhe von USD 27 Mio. zugestimmt, der noch der gerichtlichen Genehmigung unterliegt.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Barclays geht von keinen weiteren finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen aus, die sich wesentlich auf die Ertragslage, Kapitalflüsse oder Finanzlage von Barclays auswirken würden.

Zivilklagen in Bezug auf Staatsanleihen und diesbezügliche Angelegenheiten

Gegen die Barclays Bank PLC, BCI und andere Finanzinstitute wurden verschiedene Zivilklagen eingereicht, in denen Verletzungen kartellrechtlicher und anderer Gesetze in Zusammenhang mit Märkten für US-Staatsanleihen und Supranational-Wertpapiere, sonstige Staatsanleihen und Agency-Securities geltend gemacht werden. Bestimmte Regierungsbehörden führen darüber hinaus Ermittlungen in Bezug auf den Handel mit bestimmten Staatsanleihen und Agency-Securities in verschiedenen Märkten durch.

Vor einem US-Bundesgericht wurden zahlreiche Sammelklagen gegen die Barclays Bank PLC, BCI und andere Finanzinstitute eingereicht, die als Primärhändler für US-Staatsanleihen tätig waren. Diese Klagen wurden zusammengefasst und 2017 reichten die Kläger der Sammelklage eine zusammengefasste geänderte Klageschrift beim US-Bundesgericht in New York gegen die Beklagten sowie gegen bestimmte Unternehmen ein, die elektronische Handelsplattformen betreiben, auf denen US-Staatsanleihen gehandelt werden. In der Klage werden Ansprüche aus US-bundesrechtlichen Kartellgesetzen und einzelstaatlichem Common Law geltend gemacht und behauptet, dass die Beklagten (i) Absprachen zur Manipulation des Markts für US-Staatsanleihen und/oder (ii) Absprachen zur Verhinderung der Bildung bestimmter Plattformen durch Boykottierung oder Androhung einer Boykottierung dieser Handelsplattformen getroffen hätten. Die Beklagten haben Antrag auf Klageabweisung gestellt.

Daneben haben bestimmte Kläger eine damit zusammenhängende direkte Klage gegen die BCI und bestimmte andere Finanzinstitute eingereicht, die als Primärhändler von US-Staatsanleihen aufgetreten sind. In der Klage wird geltend gemacht, dass die Beklagten Absprachen getroffen hätten, um Preise und den Markt für US-Staatsanleihen unter Verletzung des US-bundesstaatlicher Kartellgesetze, des CEA und des einzelstaatlichen Common Laws zu manipulieren.

Die Barclays PLC, Barclays Bank PLC, BCI, Barclays Services Limited, Barclays Capital Securities Limited und bestimmte andere Finanzinstitute wurden in einer kartellrechtlichen Zivilklage als Beklagte genannt, in der behauptet wird, dass die Beklagten von 2009 bis 2015 Absprachen zu Preisen und zur Beschränkung des Wettbewerbs auf dem Markt für Supranational-Anleihen, sonstige Staatsanleihen und Agency-Anleihen ("**SSA-Anleihen**") getroffen hätten. Die Beklagten haben Antrag auf Klageabweisung gestellt. Im Februar 2019 reichten indirekte Käufer von SSA-Anleihen eine gesonderte, jedoch damit zusammenhängende Klage mit ähnlichen Anschuldigungen ein.

Bestimmte staatliche Behörden führen Ermittlungen zu den Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Handel bestimmter Staatsanleihen und Agency-Securities in verschiedenen Märkten durch und Barclays legt verschiedenen Behörden fortlaufend Informationen vor.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnte.

Zivilklage in Bezug auf mexikanische Staatsanleihe

Die Barclays PLC, Barclays Bank PLC, BCI, Barclays Capital Securities Limited, Barclays Bank Mexico, S.A., Grupo Financiero Barclays Mexico, S.A. de C.V. und die Banco Barclays S.A. nebst weiterer Finanzinstitute, die angeblich mit mexikanischen Staatsanleihen handelten, sind Beklagte in einer Sammelklage, die im SDNY zusammengefasst wurde. Die Kläger machen kartell- und staatsrechtliche Ansprüche aufgrund einer angeblichen Preisabsprache für mexikanische Staatsanleihen in dem Zeitraum von 2006 bis Mitte 2017 geltend. Die Beklagten haben Antrag auf Abweisung der zusammengefassten Klage gestellt.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnte.

American Depositary Shares

Gegen die Barclays PLC und Barclays Bank PLC wurde im SDNY eine zusammengefasste Wertpapier-Sammelklage anhängig gemacht, in der geltend gemacht wurde, dass falsche Angaben und Auslassungen in Angebotsdokumenten bestimmter American Depositary Shares gemacht wurden, die im April 2008 von der Barclays Bank PLC mit einem ursprünglichen Nennbetrag von ca. USD 2,5 Mrd. begeben wurden (das "**Angebot April 2008**"). Die Kläger machten Ansprüche aus dem Securities Act of 1933 geltend, wobei der Vorwurf erhoben wird, es hätte falsche Angaben und Auslassungen (unter anderem) in Bezug auf die Risikopositionen der Barclays Bank PLC im Hypotheken- und Kreditmarkt und die Finanzlage der Barclays Bank PLC gegeben. 2017 gab der SDNY dem Antrag der Beklagten auf ein beschleunigtes Verfahren hinsichtlich aller gegen sie erhobenen Anschuldigungen statt. Die Entscheidung wurde im November 2018 vom Berufungsgericht bestätigt.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Sofern das Urteil im beschleunigten Verfahren nicht im Rahmen einer Berufung aufgehoben wird, geht Barclays nicht davon aus, dass die finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klage auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays wesentlich sein werden.

BDC Finance L.L.C.

Die BDC Finance L.L.C. (BDC) reichte 2008 Klage gegen die Barclays Bank PLC vor dem NY Supreme Court ein, in der geltend gemacht wird, die Barclays Bank PLC habe einen Vertrag im Zusammenhang mit einem Portfolio aus Total Return Swap-Transaktionen, für die ein ISDA-Rahmenvertrag gilt (zusammen der "**Vertrag**"), verletzt, als sie 2008 der Forderung der BDC nach Übertragung angeblicher überschüssiger Sicherheiten in Höhe von ca. USD 40 Mio. (die "**Forderung**") nicht nachkam.

Die BDC macht geltend, die Barclays Bank PLC sei nach dem Vertrag nicht berechtigt gewesen, die Forderung vor der Übertragung der angeblichen überschüssigen Sicherheiten zu bestreiten, und selbst wenn die Barclays Bank PLC nach dem Vertrag dazu berechtigt gewesen wäre, die Forderung vor der Übertragung zu bestreiten, habe die Barclays Bank PLC versäumt, die Forderung zu bestreiten. Die BDC verlangt Schadensersatz in Höhe von insgesamt USD 298 Mio. zuzüglich Anwaltskosten, Auslagen und vorprozessuale Zinsen. Im Anschluss an die Anhörung zu bestimmten Haftungsfragen urteilte das Gericht im Dezember 2018, dass die Barclays Bank PLC keine Vertragsverletzung begangen habe. Im Januar 2019 legte die BDC Berufung gegen diese Entscheidung ein.

2011 wurden die Barclays Bank PLC und BCI auch von der Anlageberaterin der BDC, BDCM Fund Adviser, L.L.C. und deren Mutterunternehmen, Black Diamond Capital Holdings, L.L.C. beim zuständigen Gericht von Connecticut (Connecticut State Court) auf Schadensersatz in unbestimmter Höhe verklagt, begründet mit dem angeblichen Verhalten der Barclays Bank PLC im Zusammenhang mit dem Vertrag; dabei wurden Ansprüche aufgrund der Verletzung von Vorschriften gegen unlautere Handelspraktiken gemäß dem Connecticut Unfair Trade Practices Act sowie Ansprüche aus unerlaubter Handlung im Zusammenhang mit dem Eingriff in Geschäftsbeziehungen und potenzielle Geschäftsbeziehungen geltend gemacht. Das Verfahren in Connecticut ist derzeit ausgesetzt.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten. Die BDC hat Ansprüche in Höhe von insgesamt USD 298 Mio. nebst Rechtsanwaltskosten und vorprozessuale Zinsen gegen Barclays geltend gemacht. Dieser Betrag entspricht nicht zwangsläufig dem potenziellen finanziellen Risiko, dem Barclays im Falle einer Entscheidung zu ihren Ungunsten ausgesetzt wäre.

Zivilklagen in Bezug auf den US Anti-Terrorism Act

Zivilklagen gegen die Barclays Bank PLC und andere Banken machen eine Beteiligung an einer Absprache und eine Verletzung des *US-Anti-Terrorism Act* ("**ATA**") geltend. Diese beinhalten verschiedene Zivilklagen, die vor US-Bundesgerichten im EDNY und SDNY von separaten Gruppen von Klägern (insgesamt über 4.000) anhängig gemacht wurden und behaupteten, die Barclays Bank PLC sowie weitere Banken hätten sich der Beteiligung an Absprachen schuldig gemacht und den ATA verletzt, indem sie der Regierung des Iran sowie einigen iranischen Banken bei der Durchführung von Geschäften in US-Dollar behilflich gewesen sein sollen, mit denen wiederum Terrorakte finanziert wurden, in denen Familienmitglieder der Kläger verletzt oder getötet wurden. Gemäß den Bestimmungen des ATA müssen, alle nachgewiesenen Schäden nebst Anwaltsgebühren dreifach entschädigt werden, machen die Kläger Entschädigungsansprüche für physische Schmerzen, Leid und seelische Qualen geltend. Im Juli 2018 hat ein Magistratsrichter (an den das Gericht den Antrag weitergeleitet hat) hinsichtlich des Antrags der Beklagten auf Abweisung einer der Klagen empfohlen, dem Antrag nicht stattzugeben; die Beklagten legten gegen diese Empfehlung Widerspruch ein; der Antrag auf Widerspruch ist noch immer anhängig.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

US-Zivilklagen in Bezug auf Zinsswaps und Credit-Default-Swaps

Die Barclays PLC, Barclays Bank PLC und BCI wurden, zusammen mit anderen Finanzinstituten, die Market Makers für Interest Rate Swaps (IRS), Trade Web und ICAP sind, als Beklagte in einer Reihe von kartellrechtlichen Sammelklagen benannt, die 2016 im SDNY zusammengelegt wurden. Mit den Klagen wird geltend gemacht, die Beklagten hätten Absprachen getroffen, um die Entwicklung des Austauschs von IRS zu verhindern, und es werden nicht spezifizierte Schadensersatzzahlungen, ein dreifacher Schadensersatz und Rechtsanwaltskosten gefordert. Zu den Klägern gehören eine Reihe von Swap Execution Facilities sowie institutionelle Anleger (buy-side investors). Die institutionellen Anleger (buy-side investors) machen geltend, eine Klägergruppe zu vertreten, die Transaktionen im Bereich der Fixed-For-Floating-IRS mit Beklagten in den USA seit 2008 vorgenommen hat, einschließlich beispielsweise US-Pensionskassen und Pensionsfonds, Gemeinden, Universitätsstiftungen, Unternehmen, Versicherungsgesellschaften und Investmentfonds. Das Beweisaufnahmeverfahren läuft.

2017 wurde vor dem US-Bezirksgericht im SDNY eine gesonderte Klage gegen dieselben Finanzinstitute, wie in den IRS-Fällen, einschließlich gegen die Barclays PLC, Barclays Bank PLC und BCI eingereicht, in der geltend gemacht wird, dass ein bestimmtes Verhalten in den IRS-Fällen angeblich ebenfalls zu einem Verlust des Klägers in Bezug auf den Credit-Default-Swaps-Markt beigetragen habe. Die Beklagten haben Antrag auf Klageabweisung gestellt. Getrennt davon reichte die trueEX LLC im Juni 2018 eine kartellrechtliche Sammelklage gegen elf Finanzinstitute ein, die auf dem IRS-Markt als Händler tätig sind, einschließlich der Barclays Bank PLC und BCI, und behauptete, die Beklagten hätten sich unrechtmäßig abgesprochen, um trueEX an einem erfolgreichen Markteintritt mit ihrer Handelsplattform zu hindern. trueEX LLC macht außerdem geltend, die Beklagten hätten grundsätzlich andere anonyme All-to-all-Plattformen für den IRS-Handel boykottiert. Im November 2018 wies das Gericht bestimmte Ansprüche wegen ungerechtfertigter Bereicherung und unerlaubter Handlung ab, und lehnte gleichzeitig die auf bundes- und einzelstaatlicher Ebene geltend gemachten kartellrechtlichen Ansprüche ab, die weiter anhängig sind.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sich diese gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Ermittlungen der Portugiesischen Wettbewerbsbehörde

Die Portugiesische Wettbewerbsbehörde untersucht, ob es durch den Austausch von Informationen über Kreditprodukte für Kleinanleger über einen Zeitraum von 11 Jahren, unter besonderer Bezugnahme auf Hypotheken, Verbraucherkredite sowie die Vergabe von Krediten an kleine und mittlere Unternehmen, zwischen 15 Banken in Portugal - darunter auch Barclays -, zu Verletzungen des Wettbewerbsrechts gekommen ist. Barclays kooperiert bei den Ermittlungen.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen des beschriebenen Vorgangs auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie er sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Ermittlungen hinsichtlich strukturierter Privatkundeneinlagen und strukturierter Schuldverschreibungen mit Kapitalschutz

2015 nahm die FCA eine strafrechtliche Ermittlung hinsichtlich der Struktur, Herstellung und des Verkaufs strukturierter Einlagen durch Barclays seit November 2009 auf. Im Januar 2018 nahm die FCA darüber hinaus eine strafrechtliche Ermittlung hinsichtlich der Struktur, Herstellung und des Verkaufs kapitalgeschützter strukturierter Schuldverschreibungen durch Barclays in dem Zeitraum von Juni 2008 bis Juli 2014 auf. Die FCA hat diese Ermittlungen mittlerweile abgeschlossen und geht nicht gegen Barclays vor.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es bestehen keine finanziellen Auswirkungen auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays.

Ermittlungen hinsichtlich des Forderungseinzugs in Bezug auf unbesicherte Kreditgeschäfte

Im Februar 2018 nahm die FCA eine strafrechtliche Ermittlung hinsichtlich der Frage auf, ob Barclays wirksame Inkassosysteme- und -kontrollen für den Forderungseinzug eingeführt hat und ob sie ausstehende und rückständige Zinsen von Kunden gebührend berücksichtigt hat.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht möglich, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der Ermittlungen auf Barclays abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage von Barclays in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnte.

Britische Umsatzsteuerprüfungen durch das HM Revenue & Customs (HMRC)

2018 veröffentlichte die HMRC Mitteilungen, die zur Folge haben, dass bestimmte ausländische Tochtergesellschaften, die im Vereinigten Königreich tätig sind, aus der britischen umsatzsteuerlichen Organschaft von Barclays ausgenommen werden, in der Lieferungen zwischen Organmitgliedern grundsätzlich umsatzsteuerfrei sind.

Die Bekanntmachungen gelten rückwirkend und würden Schätzungen von ca. GBP 181 Mio. (einschließlich Zinsen) entsprechen, von denen Barclays einen Betrag von ca. GBP 128 Mio. der Barclays Bank UK PLC und GBP 53 Mio. der Barclays Bank PLC zuschreiben würde.

Barclays hat gegen die Entscheidung der HMRC beim First Tier Tribunal (Steuerkammer) Berufung eingelegt.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Der Gesamtbetrag der HMRC-Bewertungen beläuft sich auf ca. GBP 181 Mio., inklusive Zinsen.

Allgemeines

Die Barclays Bank PLC und ihre Tochtergesellschaften sind an verschiedenen anderen, im Vereinigten Königreich, in den USA und einigen anderen ausländischen Jurisdiktionen geführten Gerichts-

Wettbewerbs- und aufsichtsrechtlichen Verfahren beteiligt. Die Barclays Bank Gruppe ist Gegenstand von durch Barclays oder gegen Barclays eingeleiteten Verfahren, die sich von Zeit zu Zeit aus dem gewöhnlichen Geschäftsbetrieb ergeben, (u. a.) beispielsweise bei Streitigkeiten im Zusammenhang mit Verträgen, Wertpapieren, der Eintreibung von Schulden, Verbraucherkrediten, Betrugsfällen, Treuhandverhältnissen, Kundenvermögen, Wettbewerbs-, Datenverwaltung und -Schutz-, Geldwäsche-, Finanzkriminalität-, Arbeits-, Umwelt- und sonstigen Gesetze und nach Common Law.

In Bezug auf die Barclays Bank Gruppe laufen außerdem Ermittlungs- und Untersuchungsverfahren, Auskunftersuche, Prüfungen, Gerichts- und sonstige Verfahren von Aufsichtsbehörden sowie staatlichen und sonstigen öffentlichen Stellen im Zusammenhang mit (u. a.) Verbraucherschutzmaßnahmen, der Einhaltung von Gesetzen und Vorschriften, Großhandelsaktivitäten und anderen Bank- und Geschäftsaktivitäten, denen Barclays nachgeht oder nachgegangen ist. Barclays arbeitet mit den zuständigen Behörden zusammen und informiert alle maßgeblichen Stellen laufend in einem angemessenen Rahmen in Verbindung mit diesen Fragen und anderen in dieser Ziffer beschriebenen Angelegenheiten.

Derzeit geht die Barclays Bank PLC nicht davon aus, dass die endgültige Beilegung dieser anderen Verfahren sich wesentlich nachteilig auf ihre Finanzlage auswirken wird. In Anbetracht der im Zusammenhang mit diesen Verfahren sowie den speziell in diesem Abschnitt beschriebenen Verfahren bestehenden Ungewissheiten kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass sich der Ausgang eines bestimmten Verfahrens oder bestimmter Verfahren (einschließlich ehemals aktiver Verfahren oder Verfahren, die nach dem Datum dieses Dokuments entstehen) in einem bestimmten Zeitraum wesentlich auf die Ertragslage oder den Kapitalfluss der Barclays Bank PLC auswirken wird, was u. a. von der Höhe des aus dem bzw. den Verfahren resultierenden Verlusts und der Höhe des anderweitig für den jeweiligen Berichtszeitraum ausgewiesenen Gewinns abhängt.

Directors

Im Folgenden werden alle Directors der Bank, jeweils mit Geschäftsanschrift in 1 Churchill Place, London E14 5HP, Vereinigtes Königreich, ihre jeweilige Position innerhalb der Bank sowie ggf. die wichtigsten von ihnen außerhalb der Bank ausgeübten Tätigkeiten, soweit diese für die Bank von Bedeutung sind, aufgeführt:

| <i>Name</i> | <i>Funktion(en) innerhalb der Bank</i> | <i>Wichtigste Tätigkeiten außerhalb der Bank</i> |
|---------------------------|--|--|
| Nigel Higgins | Non-Executive Director und Chairman | Barclays PLC (Chairman und Non-Executive Director); Sadler's Wells (Chairman); Tetra Laval Group (Non-Executive Director) |
| James Staley ¹ | Interim Chief Executive Officer | Barclays PLC (Chief Executive Officer); Institute of International Finance, Inc. (Vorstandsmitglied); Bank Policy Institute (Vorstandsmitglied) |
| Steven Ewart | Chief Financial Officer | |
| Peter Bernard | Non-Executive Director | Bowdoin College (Treuhänder); Windrose Advisors (Berater); Massachusetts Audubon Society (Director) |
| Helen Keelan | Non-Executive Director | PM Group Ltd (Director); Liberty Insurance DAC (Director); Standard Life International DAC (Director) |
| Maria Ritcher | Non-Executive Director | Bessemer Trust (Director); Rexel Group (Director); Anglo Gold Ashanti (Director) |
| Jeremy Scott | Non-Executive Director | Parker Fitzgerald Group (Vice Chairman); The Great Britain Sasakawa Foundation (Treuhänder) |
| Alex Thursby | Non-Executive Director | Rank Group PLC (Director); Janheg Investments PTE Ltd (Director); Janheg Caribbean Ltd (Director); Janheg Caribbean Ltd (Director); Eden Rivers Trust (Treuhänder); Motive Labs Operations (Mitglied des Advisory Board); Giggleswick School (Mitglied des Board of Governors) |
| Hélène Vletter-van Dort | Non-Executive Director | Intertrust N.V (Vorsitzende des Supervisory Board); NN Group N.V (Director); School of Financial Law and Governance Rotterdam (Professor); Koninklijke Brill N.V Protective Foundation (Vorsitzende) |

Potenzielle Interessenkonflikte

Die oben aufgeführten Directors der Bank haben im Hinblick auf ihre privaten Interessen oder sonstigen Verpflichtungen keine potentiellen Interessenkonflikte in Bezug auf Verpflichtungen gegenüber der Bank.

Mitarbeiter

Zum 31. Dezember 2018 belief sich die Gesamtzahl der von der Gruppe beschäftigten Personen (Vollzeitäquivalent) auf ca. 83.500 (31. Dezember 2017: 79.900).

Abschlussprüfer

Der Abschluss und der Gruppenabschluss der Emittentin für die am 31. Dezember 2018 und 31. Dezember 2017 zu Ende gegangenen Geschäftsjahre wurden von PricewaterhouseCoopers, Southwark Towers, 32 London Bridge Street, London SE1 9SY, Vereinigtes Königreich, zugelassene Wirtschafts-

¹ James Staley trat mit Wirkung zum 26. März 2019 in den Vorstand der Bank ein und wurde mit Wirkung zum 26. März 2019 zusätzlich zu seiner Funktion als Chief Executive Officer von Barclays PLC zum Interims- Chief Executive Officer der Bank ernannt.

und Abschlussprüfer (*chartered accounts and registered auditors*) (für das Ausführen des bestimmten Anlagegeschäfts von der Financial Conduct Authority im Vereinigten Königreich zugelassen und deren Aufsicht unterstehend) geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. PricewaterhouseCoopers im Vereinigten Königreich ist kein Mitglied einer Berufsvereinigung, jedoch registriert bei dem Institut der Wirtschaftsprüfer in England und Wales (*Institute of Chartered Accountants in England and Wales* (ICAEW)) und der Aufsichtsbehörde für Wirtschaftsprüfer (*Public Company Accounting Oversight Board* (PCAOB)).

The following non-binding English language translation of parts of the foregoing German language content of the supplement dated 22 May 2019 to the RSSP Base Prospectus A dated 24 July 2018 and Base Prospectus Prosper A dated 12 October 2018 (the "**Base Prospectuses**") is not a supplement in accordance with Section 16(1) of the German Securities Prospectus Act (*Wertpapierprospektgesetz*) and was not approved by the German Federal Financial Supervisory Authority (*Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht*).

*Die nachfolgende unverbindliche englischsprachige Übersetzung von Teilen des vorstehenden deutschsprachigen Inhalts des Nachtrags vom 22. Mai 2019 zum RSSP Basisprospekt A vom 24. Juli 2018 und Basisprospekt Prosper A vom 12. Oktober 2018 (die "**Basisprospekte**") stellt keinen Nachtrag gemäß § 16 Abs. 1 Wertpapierprospektgesetz dar und wurde nicht von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht gebilligt.*



22 MAY 2019

BARCLAYS BANK PLC

(Incorporated with limited liability in England and Wales)

SUPPLEMENT

PURSUANT TO § 16 PARA. 1 GERMAN SECURITIES PROSPECTUS ACT ("**WPPG**")

TO THE FOLLOWING BASE PROSPECTUSES

(THE "**BASE PROSPECTUSES**"):

RSSP BASE PROSPECTUS A DATED 24 JULY 2018 AS SUPPLEMENTED BY PREVIOUS
SUPPLEMENTS DATED 28 AUGUST 2018 AND 15 NOVEMBER 2018

(THE "**RSSP BASE PROSPECTUS A**")

RELATING TO

EQUITY LINKED SECURITIES (THE "**RSSP SECURITIES**")

(THIRD SUPPLEMENT)

BASE PROSPECTUS PROSPER A DATED 12 OCTOBER 2018 AS SUPPLEMENTED BY PREVIOUS
SUPPLEMENT DATED 15 NOVEMBER 2018

(THE "**BASE PROSPECTUS PROSPER A**")

RELATING TO

NOTIONAL PORTFOLIO LINKED SECURITIES

(THE "**PROSPER A SECURITIES**")

(SECOND SUPPLEMENT)

(THE RSSP SECURITIES AND THE PROSPER A SECURITIES, THE "**SECURITIES**")

TABLE OF CONTENTS

| <u>Base Prospectus</u> | <u>Section of the Base Prospectus</u> | <u>Items of the Supplement</u> | <u>Page</u> |
|---|--|---------------------------------------|--------------------|
| RSSP Base Prospectus A Base Prospectus Prosper A | RISK FACTORS | I. | 6 |
| RSSP Base Prospectus A Base Prospectus Prosper A | RISK FACTORS | II. | 6 ff. |
| RSSP Base Prospectus A | RISK FACTORS | III. | 19 ff. |
| Base Prospectus Prosper A | RISK FACTORS | IV. | 23 ff. |
| RSSP Base Prospectus A | RISK FACTORS | V. | 27 ff. |
| RSSP Base Prospectus A | INFORMATION INCORPORATED BY REFERENCE | VI. | 28 ff. |
| Base Prospectus Prosper A | INFORMATION INCORPORATED BY REFERENCE | VII. | 31 ff. |
| RSSP Base Prospectus A Base Prospectus Prosper A | GERNERAL INFORMATION | VIII. | 32 ff. |
| RSSP Base Prospectus A Base Prospectus Prosper A | GERNERAL INFORMATION | IX. | 33 |
| RSSP Base Prospectus A Base Prospectus Prosper A | INFORMATION RELATING TO THE ISSUER | X. | 33 ff. |

If, before this Supplement is published, investors have already agreed to purchase or subscribe for Securities issued under the Final Terms to the Base Prospectuses, such investors shall have the right to withdraw their declaration of purchase or subscription in accordance with Section 16(3) WpPG within a period of two working days from the date of publication of this Supplement, provided that the new factor, mistake or inaccuracy referred to in Section 16(1) WpPG arose before the final closing of the offer to the public and the delivery of the securities.

The withdrawal (for which no reasons need to be given) must be declared by written notice to that entity to which the relevant investor addressed the declaration of purchase or subscription. Timely dispatch of notice is sufficient to comply with the notice period.

During the validity of the Base Prospectuses and as long as any Securities issued in connection with the Base Prospectuses are listed on any stock exchange or offered to the public, copies of this Supplement and of the Base Prospectuses, as supplemented, will be available free of charge upon request from Barclays Bank PLC, 1 Churchill Place, London, E14 5HP, United Kingdom, and on the website of the Issuer <https://www.home.barclays/prospectuses-and-documentation/structured-securities/prospectuses>.

The circumstances giving rise to this Supplement are:

- The annual report of Barclays Bank PLC, as filed with the US Securities and Exchange Commission (SEC) on Form 20-F on 21 February 2019 (time of circumstances giving rise to this Supplement) in respect of the years ended 31 December 2017 and 31 December 2018; and
- an update in respect to the credit rating of Barclays Bank PLC published on 21 December 2018; and
- an update of the managing board of Barclays Bank PLC published on 27 March 2019.

The following sections of the Base Prospectuses are effected by the changes:

- I. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses in the table of contents the item "**The Bank and the Group**" will be replaced by "**The Bank, the Bank Group and the Group**".
- II. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses in the section "**RISK FACTORS**" in the subsection "**FACTORS THAT MAY AFFECT THE ISSUER'S ABILITY TO FULFIL ITS OBLIGATIONS UNDER THE SECURITIES**" in the risk factor "**1. Risks associated with the Issuer's ability to fulfil its obligations under the Securities and status of the Securities**" all subsections beginning with the subsection "**Principal Risks relating to the Bank and the Bank Group**" (including) are replaced as follows:

"Principal Risks relating to the Bank and the Bank Group

Material risks are those to which senior management pay particular attention and which could cause the delivery of the Bank Group's strategy, results of operations, financial condition and/or prospects to differ materially from current expectations. Emerging risks are those which have largely unknown components, the impact of which could crystallise over a longer time horizon. These could currently be considered immaterial but over time may individually or cumulatively affect the Bank Group's strategy and cause the same outcomes as material risks. In addition, certain factors beyond the Bank Group's control, including escalation of terrorism or global conflicts, natural disasters and similar calamities, although not detailed below, could have a similar impact on the Bank Group.

The risks described below are material existing and emerging risks which senior management has identified with respect to the Bank Group.

i) Material existing and emerging risks potentially impacting more than one principal risk

1. Business conditions, general economy and geopolitical issues

The Bank Group's business mix spreads across multiple geographies and client types. The breadth of these operations means that deterioration in the economic environment, or an increase in political instability in countries where the Bank Group is active, or in any systemically important economy, could adversely affect the Bank Group's operating performance, financial condition and prospects.

Although economic activity continued to strengthen globally in 2018, a change in global economic conditions and the reversal of the improving trend may result in lower client activity in the Bank Group, including lower demand for borrowing from creditworthy customers, and/or a reduction in the value of related collateral and/or an increase of the Bank Group's default rates, delinquencies, write-offs, and impairment charges, which in turn could adversely affect the Bank Group's performance and prospects. Deteriorating economic conditions could also impact the ability of the Bank Group to raise funding from external investors. In addition, a shift in the forward looking consensus view of economic conditions may materially impact the models used to calculate expected credit losses ("**ECL**"), where an increase in ECLs could adversely affect the Bank Group's profitability.

In several countries, reversals of capital inflows, as well as fiscal austerity, have already caused deterioration in political stability. This could be exacerbated by a renewed rise in asset price volatility or sustained pressure on government finances. In addition, geopolitical tensions in some areas of the world are at risk of further deterioration, thus potentially increasing market uncertainties and causing adverse global economic and market conditions, which in turn could adversely affect the Bank Group's profitability in certain geographical locations.

In the UK, the vote in favour of leaving the EU (see '*Process of UK withdrawal from the European Union*' below) has given rise to political uncertainty with potential consequences for investment and market confidence. The initial impact was a depreciation of sterling resulting in higher costs for companies exposed to imports and a more favourable environment for exporters. Rising domestic costs resulting from higher import prices may impact household incomes and the affordability of consumer loans and mortgages. In turn this may affect businesses dependent on consumers for revenue, exacerbated by current pressures on businesses dependent on discretionary purchases, potentially resulting in increased impairment in the Bank Group's portfolios. There has also been a reduction in activity in both commercial and residential real estate markets which has the potential to impact the value of real estate assets and adversely affect mortgage assets. Furthermore, continued uncertainty in the withdrawal process could have a detrimental effect in the economic environment in continental Europe, which may negatively impact the Bank Group's business in specific Eurozone countries.

In the US, where the economy outperformed other key markets in 2018, there is the possibility of significant continued changes in policy in sectors including trade, healthcare and commodities which may have an impact on associated Bank Group portfolios. A significant proportion of the Bank Group's portfolio is located in the US, including a major credit card portfolio and a range of corporate and investment banking exposures. Stress in the US economy, weakening GDP and the associated exchange rate fluctuations, heightened trade tensions, an unexpected rise in unemployment and/or an increase in interest rates could lead to increased levels of impairment, resulting in a negative impact on the Bank Group's profitability.

As anticipated, most major central banks have started tightening their monetary policies in 2018 and there remains a possibility that this will continue. The risk of large capital flows spawned by divergent or differently timed policies remains, and this will continue to provide financial market turbulence, in particular in emerging market economies. This may negatively impact the Bank Group's business in the affected regions, under both profiles of credit and market risk.

Sentiment towards emerging markets as a whole continues to be driven in large part by developments in China, where there is some concern around the ability of authorities to manage growth while transitioning from manufacturing towards services. Although the Chinese government's efforts to stably increase the weight of domestic demand have had some success, the pace of credit growth remains a concern, given the high level of leverage and despite regulatory action. A stronger than expected slowdown could result if authorities fail to appropriately manage the end of the investment and credit-led boom. Deterioration in emerging markets could affect the Bank Group if it results in higher impairment charges for the Bank Group via sovereign or counterparty defaults.

More broadly, a deterioration of conditions in the key markets where the Bank Group operates could affect performance in a number of ways including, for example: (i) deteriorating business, consumer or investor confidence indirectly having a material adverse impact on GDP growth in significant markets and therefore on the Bank Group's performance; (ii) mark to market losses in trading portfolios resulting from changes in factors such as credit ratings, share prices and solvency of counterparties; (iii) reduced ability to obtain capital from other financial institutions for the Bank Group's operations; and (iv) lower levels of fixed asset investment and productivity growth overall.

2. Process of UK withdrawal from the European Union ("EU")

The uncertainty around Brexit spanned the whole of 2018, and intensified in the second half of the year. The full impact of the withdrawal may only be realised in years to come, as the economy adjusts to the new regime, but the Bank Group continues to monitor the most relevant risks, including those that may have a more immediate impact, for its business:

- (a) Market volatility, including in currencies and interest rates, might increase which could have an impact on the value of the Bank Group's trading book positions.
- (b) Potential UK financial institutions credit spread widening could lead to reduced investor appetite for the Bank Group's debt securities; this could negatively impact the cost of, and/or access to, funding. There is potential for continued market and interest rate volatility. This volatility could affect underlying interest rate risk value of the assets in the banking book, and securities held by the Bank Group for liquidity purposes.
- (c) A credit rating agency downgrade applied directly to the Bank Group, or indirectly as a result of a credit rating agency downgrade to the UK Government, could significantly increase the Bank Group's borrowing costs, credit spreads and materially adversely affect the Bank Group's interest margins and liquidity position.
- (d) Changes in the long-term outlook for UK interest rates may adversely affect pension liabilities and the market value of investments funding those liabilities.
- (e) Increased risk of a UK recession with lower growth, higher unemployment and falling UK house prices. This would likely negatively impact a number of the Bank Group's portfolios.
- (f) The implementation of trade and customs barriers between the UK and EU could lead to delays and increased costs in the passage of goods for corporate banking customers. This could negatively impact the levels of customer defaults and business volumes which may result in an increase in the Bank Group's impairment charges and a reduction in revenues.
- (g) Changes to current EU 'Passporting' rights may require further adjustment to the current model for the Bank Group's cross-border banking operation which could increase operational complexity and/or costs.
- (h) The ability to attract, or prevent the departure of, qualified and skilled employees may be impacted by the UK's and the EU's future approach to the EU freedom of movement and immigration from the EU countries and this may impact the Bank Group's access to the EU talent pool.
- (i) The legal framework within which the Bank Group operates could change and become more uncertain if the UK takes steps to replace or repeal certain laws currently in force, which are based on EU legislation and regulation (including EU regulation of the banking sector) following its withdrawal from the EU. Certainty around the ability to perform existing contracts, enforceability of certain legal obligations and uncertainty around the jurisdiction of the UK courts may be affected until the impacts of the loss of the current legal and regulatory arrangements between the UK and EU and the enforceability of UK judgements across the EU are fully known.
- (j) Should the UK lose automatic qualification to be part of Single Euro Payments Area there could be a resultant impact on the efficiency of, and access to, European payment systems. In addition, loss of automatic qualification to the European Economic Area (EEA) or access to Financial Markets Infrastructure including exchanges, central counterparties and payments services could impact service provision for clients, likely resulting in reduced market share and revenue and increased operating costs for the Bank Group.
- (k) There are certain execution risks relating to the transfer of the Bank Group's European businesses to Barclays Bank Ireland PLC. Technology change could result in outages or operational errors leading to delays in the transfer of assets and liabilities to Barclays Bank Ireland PLC, and delayed delivery could lead to European clients losing access to products and service and increased reputational risk.

3. Interest rate rises adversely impacting credit conditions

To the extent that central banks increase interest rates particularly in the Bank Group's main markets, in the UK and the US, there could be an impact on consumer debt affordability and corporate profitability.

While interest rate rises could positively impact the Bank Group's profitability, as retail and corporate business income may increase due to margin de-compression, future interest rate increases, if larger or more frequent than expectations, could cause stress in the lending portfolio and underwriting activity of the Bank Group. Higher credit losses driving an increased impairment allowance would most notably impact retail unsecured portfolios and wholesale non-investment grade lending.

Changes in interest rates could also have an adverse impact on the value of high quality liquid assets which are part of the Bank Group Treasury function's investment activity. Consequently, this could create more volatility than expected through the Bank Group's FVOCI reserves.

4. Regulatory change agenda and impact on business model

The Bank Group remains subject to ongoing significant levels of regulatory change and scrutiny in many of the countries in which it operates (including, in particular, the UK and the US). As a result, regulatory risk will remain a focus for senior management and consume significant levels of business resources. Furthermore, a more intensive regulatory approach and enhanced requirements together with the uncertainty (particularly in light of the UK's withdrawal from the EU) and potential lack of international regulatory co-ordination as enhanced supervisory standards are developed and implemented may adversely affect the Bank Group's business, capital and risk management strategies and/or may result in the Bank Group deciding to modify its legal entity, capital and funding structures and business mix, or to exit certain business activities altogether or not to expand in areas despite otherwise attractive potential.

The Barclays Bank UK Group was established on 1 April 2018 as the ring-fenced entity under the Group. The transfer of the assets and liabilities of the Barclays UK division from the Bank Group means that the Bank Group is less diversified than the Group as a whole. The Bank Group is not the parent of the Barclays Bank UK Group and thus does not have recourse to the assets of the Barclays Bank UK Group. Relative to the Group, the Bank Group is, amongst other things:

- (a) more focused on businesses outside the UK, particularly in the US, and thus more exposed to the US economy and more affected by movements in the US Dollar (and other non-Sterling currencies) relative to Sterling, with a relatively larger portion of its business exposed to US regulation.
- (b) more focused on wholesale businesses, such as corporate and investment banking and capital markets, which expose the Bank Group to a broader range of market conditions, and to counterparty and operational risks. As such, the financial performance of the Bank Group may be subject to greater fluctuations relative to that of the Group as a whole or that of the Barclays Bank UK Group.
- (c) more dependent on wholesale funding sources, as the UK retail deposit base has been transferred to the Barclays Bank UK Group. The UK retail mortgage assets have also been transferred to the Barclays Bank UK Group, which reduces the Bank Group's access to funding sources reliant on residential mortgage collateral. The Bank Group may therefore experience more difficult financing conditions and/or higher costs of funding including in situations of stress. As a result of the implementation of ring-fencing, different Group entities, such as the Bank Group, may be assessed differently by credit rating agencies, which may result in different, and possibly more negative, assessments of the Bank Group's credit and thus in lower credit ratings than the credit ratings of the Group, which in turn could adversely affect the sources and costs of funding for the Bank Group.
- (d) potentially subject to different regulatory obligations, including different liquidity requirements and capital buffers.

There are several other significant pieces of legislation and areas of focus which will require significant management attention, cost and resource, including:

- (a) Changes in prudential requirements (including the risk reduction measures package recently adopted in the EU to amend the Capital Requirements Directive (CRD IV) and the Bank Recovery and Resolution Directive (BRRD)) may impact minimum requirements for own funds and eligible liabilities (MREL) (including requirements for internal MREL), leverage, liquidity or funding requirements, applicable buffers and/or add ons to such minimum requirements and risk weighted assets calculation methodologies all as may be set by international, EU or national authorities. Such or similar changes to prudential requirements or additional supervisory and prudential expectations, either individually or in aggregate, may result in, among other things, a need for further management actions to meet the changed requirements, such as: increasing capital, MREL or liquidity resources, reducing leverage and risk weighted assets; restricting distributions on capital instruments; modifying the terms of outstanding capital instruments; modifying legal entity structure (including with regard to issuance and deployment of capital, MREL and funding); changing the Bank Group's business mix or exiting other businesses; and/or undertaking other actions to strengthen the Bank Group's position.
- (b) The derivatives market has been the subject of particular focus for regulators in recent years across the G20 countries and beyond, with regulations introduced which require the reporting and clearing of standardised over the counter (OTC) derivatives and the mandatory margining of non-cleared OTC derivatives. Other regulations applicable to swap dealers, including those promulgated by the US Commodity Futures Trading Commission, have imposed significant costs on the Bank Group's derivatives business. The increased regulation of swaps and security-based swaps may also result in other increases in costs for market participants, as well as reduced liquidity in the markets for such instruments, which could cause further increases in costs and volatility. These and any future requirements, including the US SEC's (as defined below) regulations relating to security-based swaps and the possibility of overlapping and/or contradictory requirements imposed on derivative transactions by regulators in different jurisdictions, are expected to continue to impact such business in the same manner.
- (c) More broadly, compliance with the evolving regulatory framework entails significant costs for market participants and is having a significant impact on certain markets in which the Bank Group operates. The recast Markets in Financial Instruments Directive in Europe (MiFID II), which came into force in January 2018, has fundamentally changed the European regulatory framework entailing significant operational changes for market participants in a wide range of financial instruments as well as changes in market structures and practices. In addition, the EU Benchmarks Regulation, which also came into force in January 2018, regulates the use of benchmarks in the EU. In particular, after 1 January 2020 certain Bank Group entities will not be permitted to use benchmarks unless the relevant administrator is authorised, registered or qualifies under a third party regime. This may necessitate adapting processes and systems to transition to new alternative benchmarks, which would be a very time consuming and costly process. Separately, the transition to risk-free rates as part of a wider benchmark reform is also expected to be impactful to the Bank Group in respect of the timing of the development of a robust risk free rate market, an unfavourable market reaction and/or inconsistencies in the adoption of products using the new risk free rates, and also in respect of the costs and uncertainties involved in managing and/or changing historical products to reference risk free rates as a result of the proposed discontinuation of certain existing benchmarks.
- (d) The Bank Group and certain of its members are subject to supervisory stress testing exercises in a number of jurisdictions. These exercises currently include the programmes of the Bank of England (BoE), the European Banking Authority, the Federal Deposit Insurance Corporation and the Federal Reserve Board. These exercises are designed to assess the resilience of banks to adverse economic or financial developments and enforce robust, forward looking capital and liquidity management processes that account for the risks associated with their business profile. Assessment by regulators is on both a quantitative and qualitative basis, the latter focusing on the Bank Group's or certain of its members' business model, data provision, stress testing capability and internal management processes and controls. The stress testing requirements to which the Bank Group and its members are subject are becoming in-

creasingly stringent. Failure to meet requirements of regulatory stress tests, or the failure by regulators to approve the stress test results and capital plans of the Bank Group, could result in the Bank Group being required to enhance its capital position, limit capital distributions or position additional capital in specific subsidiaries.

- (e) The introduction and implementation of Payments Service Directive 2 (PSD2) with delivery across 2019 provides third parties and banks with opportunities to change and enhance the relationship between a customer and their bank. It does this by providing customers with the ability to share their transactional data with authorised third party service providers either for aggregation or payment services. It is anticipated that payment services will be offered by third parties to the Bank Group's customers. PSD2 will also introduce new requirements to the authentication process for a number of actions customers take, including ecommerce transactions. A failure to comply with PSD2 could expose the Bank Group to regulatory sanction. Further, the regime could mean that actions or omissions by third party service providers could expose the Bank Group to potential financial loss from third party fraud, misuse of customer data, litigation and reputational detriment, amongst other things. The changes to authentication may change the fraud environment across the industry as providers implement different approaches to comply.

ii) Material existing and emerging risks impacting individual principal risks

1. Credit risk

Impairment

The introduction of the impairment requirements of IFRS 9 (as defined below) Financial Instruments, implemented on 1 January 2018, results in impairment loss allowances that are recognised earlier, on a more forward looking basis and on a broader scope of financial instruments than has been the case under IAS 39 and has had, and may continue to have, a material impact on the Bank Group's financial condition. Measurement involves increased complex judgement and impairment charges will tend to be more volatile, particularly under stressed conditions. Unsecured products with longer expected lives, such as revolving credit cards, are the most impacted. Taking into account the transitional regime, the capital treatment on the increased reserves has the potential to adversely impact regulatory capital ratios. In addition, the move from incurred to expected credit losses has the potential to impact the Bank Group's performance under stressed economic conditions or regulatory stress tests.

Specific sectors and concentrations

The Bank Group is subject to risks arising from changes in credit quality and recovery rate of loans and advances due from borrowers and counterparties in a specific portfolio. Any deterioration in credit quality could lead to lower recoverability and higher impairment in a specific sector. The following are areas of uncertainties to the Bank Group's portfolio which could have a material impact on performance.

- (a) UK retailers

Softening demand, rising costs and a structural shift to online is fuelling pressure on the UK High Street. Whilst we have not seen any material impact, as the UK retailer market repositions itself the trend represents a potential risk in our UK corporate portfolio.

- (b) Consumer affordability

Consumer affordability has remained a key area of focus for regulators, particularly in unsecured lending, driven by the growth in levels of borrowing. Macroeconomic factors, such as rising unemployment, that impact a customer's ability to service unsecured debt payments could lead to increased arrears in unsecured products.

- (c) UK real estate market

UK property represents a significant portion of the overall the Bank Group corporate credit exposure. In 2018, property price growth across the UK continued, however,

this growth has slowed in London and the South East where the Bank Group exposure has high concentration. The Bank Group is at risk of increased impairment from a material fall in property prices due to the depreciation in value of the underlying loan security.

(d) Leverage finance underwriting

The Bank Group takes on sub-investment grade underwriting exposure, including single name risk, particularly in the US and Europe. The Bank Group is exposed to credit events and market volatility during the underwriting period. Any adverse events during this period may potentially result in loss for the Bank Group or an increased capital requirement should there be a need to hold the exposure for an extended period.

(e) Italian portfolio

The Bank Group is exposed to a decline in the Italian economic environment through a mortgage portfolio in run-off and positions to wholesale customers. The Italian economy tipped into an official recession at the end of 2018 and should the economy deteriorate further, there could be a material adverse effect on the Bank Group's results including, but not limited to, increased credit losses and higher impairment charges.

The Bank Group also has large individual exposures to single name counterparties, both in its lending activities and in its financial services and trading activities, including transactions in derivatives and transactions with brokers, central clearing houses, dealers, other banks, mutual and hedge funds and other institutional clients. The default of such counterparties could have a significant impact on the carrying value of these assets. In addition, where such counterparty risk has been mitigated by taking collateral, credit risk may remain high if the collateral held cannot be realised, or has to be liquidated at prices which are insufficient to recover the full amount of the loan or derivative exposure. Any such defaults could have a material adverse effect on the Bank Group's results due to, for example, increased credit losses and higher impairment charges.

Environmental risk

The Bank Group is exposed to credit risks arising from energy and climate change. Indirect risks may be incurred as a result of environmental issues impacting the credit worthiness of the borrower resulting in higher impairment.

2. Market risk

Market volatility

An uncertain outlook for the direction of monetary policy, the US-China trade conflict, slowing global growth and political concerns in the US and Europe (including Brexit) are some of the factors that could heighten market risks for the Bank Group's portfolios.

In addition, the Bank Group's trading business is generally exposed to a prolonged period of elevated asset price volatility, particularly if it negatively affects the depth of marketplace liquidity. Such a scenario could impact the Bank Group's ability to execute client trades and may also result in lower client flow-driven income and/or market-based losses on its existing portfolio of market risks. These can include having to absorb higher hedging costs from rebalancing risks that need to be managed dynamically as market levels and their associated volatilities change.

3. Treasury and capital risk

The Bank Group may not be able to achieve its business plans due to: a) inability to maintain appropriate capital ratios; b) inability to meet its obligations as they fall due; c) rating agency downgrades; d) adverse changes in foreign exchange rates on capital ratios; e) adverse movements in the pension fund; f) non-traded market risk/interest rate risk in the banking book.

(a) Inability to maintain prudential ratios and other regulatory requirements

This could lead to the Bank Group's inability to support business activity; a failure to meet regulatory capital requirements including any additional capital add-ons or the requirements set for regulatory stress tests; increased cost of funding due to deterioration in investor appetite or credit ratings; restrictions on distributions including the ability to meet dividend targets; and/or the need to take additional measures to strengthen the Bank Group's capital or leverage position.

(b) Inability to manage liquidity and funding risk effectively

This may result in the Bank Group either not having sufficient financial resources to meet its payment obligations as they fall due or, although solvent, only being able to meet these obligations at excessive cost. This could cause the Bank Group to fail to meet regulatory liquidity standards or be unable to support day-to-day banking activities.

The stability of the Bank Group's current funding profile, in particular that part which is based on accounts and deposits payable on demand or at short notice, could be affected by the Bank Group failing to preserve the current level of customer and investor confidence. The Bank Group also regularly accesses the capital markets to provide short-term and long-term funding to support its operations. Several factors, including adverse macroeconomic conditions, adverse outcomes in legal, regulatory or conduct matters and loss of confidence by investors, counterparties and/or customers in the Bank Group, can affect the ability of the Bank Group to access the capital markets and/or the cost and other terms upon which the Bank Group is able to obtain market funding.

(c) Credit rating changes and the impact on funding costs

Any potential or actual credit rating agency downgrades could significantly increase the Bank Group's borrowing costs, credit spreads and materially adversely affect the Bank Group's interest margins and liquidity position. Consequently, this may result in reduced profitability for the Bank Group.

(d) Adverse changes in foreign exchange rates impacting capital ratios

The Bank Group has capital resources, risk weighted assets and leverage exposures denominated in foreign currencies. Changes in foreign currency exchange rates may adversely impact the Sterling equivalent value of these items. As a result, the Bank Group's regulatory capital ratios are sensitive to foreign currency movements. Failure to appropriately manage the Bank Group's balance sheet to take account of foreign currency movements could result in an adverse impact on regulatory capital and leverage ratios.

(e) Adverse movements in the pension fund

Adverse movements in pension assets and liabilities for defined benefit pension schemes could result in deficits on a funding and/or accounting basis. This could lead to the Bank Group making substantial additional contributions to its pension plans and/or a deterioration in its capital position. Under IAS 19 the liabilities discount rate is derived from the yields of high quality corporate bonds.

Therefore, the valuation of the Bank Group's defined benefits schemes would be adversely affected by a prolonged fall in the discount rate due to a persistent low rate and/or credit spread environment. Inflation is another significant risk driver to the pension fund as the liabilities are adversely impacted by an increase in long-term inflation expectations.

(f) Non-traded market risk/interest rate risk in the banking book

A shortfall in the liquidity pool investment return could increase the Bank Group's cost of funds and impact the capital ratios. The Bank Group's structural hedge programmes for interest rate risk in the banking book rely on behavioural assumptions, as a result,

the success of the hedging strategy is not guaranteed. A potential mismatch in the balance or duration of the hedge assumptions could lead to earnings deterioration.

4. Operational risk

(a) Cyber threat

The frequency of cyber-attacks continues to grow and is a global threat which is inherent across all industries, including the financial sector and is a key area of focus for the Bank Group. The financial sector remains a primary target for cyber criminals. There is an increasing level of sophistication in both criminal and nation state hacking for the purpose of stealing money, stealing, destroying or manipulating data, including customer data, and/or disrupting operations, where multiple threats exist including threats arising from malicious emails, distributed denial of service (DDoS) attacks, payment system compromises, supply chain and vulnerability exploitation. Other events have a compounding impact on services and customers, e.g. data breaches in social networking sites, retail companies and payments networks.

Failure to adequately manage this threat could result in increased fraud losses, inability to perform critical economic functions, customer detriment, potential regulatory censure or penalties, legal liability, reduction in shareholder value and reputational damage.

(b) Fraud

The level and nature of fraud threats continues to evolve, particularly with the increasing use of digital products and the greater functionality available online. Criminals continue to adapt their techniques and are increasingly focused on targeting customers and clients through ever more sophisticated methods of social engineering. External data breaches also provide criminals with the opportunity to exploit the growing levels of compromised data. These threats could lead to customer detriment, loss of business, regulatory censure, missed business opportunity and reputational damage.

(c) Operational resilience

The loss of or disruption to the Bank Group's business processing is a material inherent risk theme within the Bank Group and across the financial services industry, whether arising through impacts on technology systems, real estate services, personnel availability or the support of major suppliers.

Failure to build resilience into business processes or into the services of technology, real estate or suppliers on which the Bank Group business processes depend may result in significant customer detriment, costs to reimburse losses incurred by our customers, potential regulatory censure or penalties, and reputational damage.

(d) Supplier exposure

The Bank Group depends on suppliers, including Barclays Services Limited, for the provision of many of its services and the development of technology. Even though the Bank Group depends on suppliers, it continues to be accountable for risk arising from the actions of such suppliers.

Failure to monitor and control the Bank Group's suppliers could potentially lead to client information, or critical infrastructures and services, not being adequately protected or available when required. The dependency on suppliers and sub-contracting of outsourced services introduces concentration risk where the failure of specific suppliers could have an impact on our ability to continue to provide services that are material to the Bank Group.

Failure to adequately manage outsourcing risk could result in increased losses, inability to perform critical economic functions, customer detriment, potential regulatory censure, legal liability and reputational damage.

Processing error

As a large, complex bank, the Bank Group faces the risk of material errors in operational processes, including payments and client transactions.

Material operational or payment errors could disadvantage the Bank Group's customers, clients or counterparties and could result in regulatory censure, legal liability, reputational damage and financial loss for the Bank Group.

New and emergent technology

Technological advancements present opportunities to develop new and innovative ways of doing business across the Bank Group, with new solutions being developed both in-house and in association with third party companies. Introducing new forms of technology, however, also has the potential to increase inherent risk.

Failure to evaluate, actively manage and closely monitor risk exposure during all phases of business development could lead to customer detriment, loss of business, regulatory censure, missed business opportunity and reputational damage.

Ability to hire and retain appropriately qualified employees

As a regulated financial institution, the Bank Group requires diversified and specialist skilled colleagues. The Bank Group's ability to attract, develop and retain a diverse mix of talent is key to the delivery of its core business activity and strategy. This is impacted by a range of external and internal factors, such as the UK's decision to leave the EU and the enhanced individual accountability applicable to the banking industry.

Failure to attract or prevent the departure of appropriately qualified and skilled employees could negatively impact our financial performance, control environment and level of employee engagement. Additionally, this may result in disruption to service which could in turn lead to disenfranchising certain customer groups, customer detriment and reputational damage.

Tax risk

The Bank Group is required to comply with the domestic and international tax laws and practice of all countries in which it has business operations. The Tax Cuts and Jobs Act has introduced substantial changes to the US tax system, including the introduction of a new tax, the Base Erosion Anti-Abuse Tax. These changes have increased the Bank Group's tax compliance obligations and require a number of system and process changes which introduce additional operational risk. In addition, increasing customer tax reporting requirements around the world and the digitisation of the administration of tax has potential to increase the Bank Group's tax compliance obligations further. In light of the above, there is a risk that the Bank Group could suffer losses due to additional tax charges, other financial costs or reputational damage as a result of failing to comply with such laws and practice, or by failing to manage its tax affairs in an appropriate manner, with much of this risk attributable to the international structure of the Bank Group.

Critical accounting estimates and judgements

The preparation of financial statements in accordance with IFRS requires the use of estimates. It also requires management to exercise judgement in applying relevant accounting policies. The key areas involving a higher degree of judgement or complexity, or areas where assumptions are significant to the consolidated and individual financial statements include credit impairment charges for amortised cost assets, taxes, fair value of financial instruments, pensions and post-retirement benefits, and provisions including conduct and legal, competition and regulatory matters. There is a risk that if the judgement exercised, or the estimates or assumptions used, subsequently turn out to be incorrect, this could result in significant loss to the Bank Group, beyond what was anticipated or provided for.

The further development of standards and interpretations under IFRS could also significantly impact the financial results, condition and prospects of the Bank Group.

Data management and information protection

The Bank Group holds and processes large volumes of data, including personally identifiable information, intellectual property, and financial data. Failure to accurately collect and maintain this data, protect it from breaches of confidentiality and interference with its availability exposes the Bank Group to the risk of loss or unavailability of data (including customer data covered under vi), c) Data protection and privacy, below) or data integrity issues. This could result in regulatory censure, legal liability and reputational damage, including the risk of substantial fines under the General Data Protection Regulation (GDPR), which strengthens the data protection rights for customers and increases the accountability of the Bank Group in its management of that data.

Unauthorised or rogue trading

Unauthorised trading, such as a large unhedged position, which arises through a failure of preventative controls or deliberate actions of the trader, may result in large financial losses for the Bank Group, loss of business, damage to investor confidence and reputational damage.

Algorithmic trading

In some areas of the investment banking business, trading algorithms are used to price and risk manage client and principal transactions. An algorithmic error could result in increased market exposure and subsequent financial losses for the Bank Group and potential loss of business, damage to investor confidence and reputational damage.

5. Model risk

Enhanced model risk management requirements

The Bank Group relies on models to support a broad range of business and risk management activities, including informing business decisions and strategies, measuring and limiting risk, valuing exposures (including the calculation of impairment), conducting stress testing, assessing capital adequacy, supporting new business acceptance and risk and reward evaluation, managing client assets, and meeting reporting requirements.

Models are, by their nature, imperfect and incomplete representations of reality because they rely on assumptions and inputs, and so they may be subject to errors affecting the accuracy of their outputs. For instance, the quality of the data used in models across the Bank Group has a material impact on the accuracy and completeness of our risk and financial metrics.

Models may also be misused. Model errors or misuse may result in the Bank Group making inappropriate business decisions and being subject to financial loss, regulatory risk, reputational risk and/or inadequate capital reporting.

6. Conduct risk

There is the risk of detriment to customers, clients, market integrity, effective competition or the Bank Group from the inappropriate supply of financial services, including instances of wilful or negligent misconduct. This risk could manifest itself in a variety of ways.

(a) Product governance and life cycle

Ineffective product governance, including design, approval and review of products, inappropriate controls over internal and third party sales channels and post sales services, such as complaints handling, collections and recoveries, could lead to poor customer outcomes, as well as regulatory sanctions, financial loss and reputational damage.

(b) Financial crime

The Bank Group may be adversely affected if it fails to effectively mitigate the risk that third parties or its employees facilitate, or that its products and services are used to facilitate financial crime (money laundering, terrorist financing and proliferation financing, breaches of economic and financial sanctions, bribery and corruption, and the facilitation of tax evasion). UK and US regulations concerning financial institutions continue to focus on combating financial crime. Failure to comply may lead to

enforcement action by the Bank Group's regulators together with severe penalties, affecting the Bank Group's reputation and financial results.

(c) Data protection and privacy

Proper handling of personal data is critical to sustaining long-term relationships with our customers and clients and to meeting privacy laws and obligations. Failure to protect personal data can lead to potential detriment to our customers and clients, reputational damage, regulatory sanctions and financial loss, which under the GDPR may be substantial (see *Operational Risk – Data management and information protection* above).

(d) Regulatory focus on culture and accountability

Regulators around the world continue to emphasise the importance of culture and personal accountability and the adoption and enforcement of adequate internal reporting and whistleblowing procedures in helping to promote appropriate conduct and drive positive outcomes for customers, colleagues, clients and markets. Failure to meet the requirements and expectations of the UK Senior Managers Regime, Certification Regime and Conduct Rules may lead to regulatory sanctions, both for the individuals and the Bank Group.

7. Reputation risk

The Bank Group's association with sensitive sectors and its impact on reputation

A risk arising in one business area can have an adverse effect upon the Bank Group's overall reputation; any one transaction, investment or event that, in the perception of key stakeholders reduces their trust in the Bank Group's integrity and competence.

The Bank Group's association with sensitive topics and sectors is an area of concern for stakeholders, including:

- (a) Disclosure of climate risks and opportunities, including the activities of certain sections of the client base, which has become the subject of increased scrutiny from regulators, NGOs and other stakeholders.
- (b) The risks of association with human rights violations through the perceived indirect involvement in human rights abuses committed by clients and customers.
- (c) The manufacture and export of military and riot control goods and services by clients and customers.

These associations have the potential to give rise to reputation risk for the Bank Group and may result in loss of business, regulatory censure and missed business opportunity.

In addition to the above, reputation risk has the potential to arise from operational issues or conduct matters which cause detriment to customers, clients, market integrity, effective competition or the Bank Group (see *Operational Risk – Cyber threat; Data management and information protection; and Conduct risk* above).

8. Legal risk and legal, competition and regulatory matters

Legal disputes, regulatory investigations, fines and other sanctions relating to conduct of business and breaches of legislation and/or regulations may negatively affect the Bank Group's results, reputation and ability to conduct its business.

The Bank Group conducts diverse activities in a highly regulated global market and therefore is exposed to the risk of fines and other sanctions. Authorities have continued to investigate past practices, pursued alleged breaches and imposed heavy penalties on financial services firms. A breach of applicable legislation and/or regulations could result in the Bank Group or its staff being subject to criminal prosecution, regulatory censure, fines and other sanctions in the jurisdictions in which it operates. Where clients, customers or other third parties are harmed by the Bank Group's conduct, this may also give rise to legal proceedings, including class actions. Other legal disputes may also arise between the Bank Group and third parties re-

lating to matters such as breaches, enforcement of legal rights or obligations arising under contracts, statutes or common law. Adverse findings in any such matters may result in the Bank Group being liable to third parties or may result in the Bank Group's rights not being enforced as intended.

The outcome of legal, competition and regulatory matters, both those to which the Bank Group is currently exposed and any others which may arise in the future, is difficult to predict. In connection with such matters, the Bank Group may incur significant expense, regardless of the ultimate outcome, and any such matters could expose the Bank Group to any of the following outcomes: substantial monetary damages, settlements and/or fines; remediation of affected customers and clients; other penalties and injunctive relief; additional litigation; criminal prosecution; the loss of any existing agreed protection from prosecution; regulatory restrictions on the Bank Group's business operations including the withdrawal of authorisations; increased regulatory compliance requirements; suspension of operations; public reprimands; loss of significant assets or business; a negative effect on the Bank Group's reputation; loss of confidence by investors, counterparties, clients and/or customers; risk of credit rating agency downgrades; potential negative impact on the availability and/or cost of funding and liquidity; and/or dismissal or resignation of key individuals. In light of the uncertainties involved in legal, competition and regulatory matters, there can be no assurance that the outcome of a particular matter or matters will not be material to the Bank Group's results of operations or cash flow for a particular period.

In January 2017, the Group was sentenced to serve three years of probation from the date of the sentencing order in accordance with the terms of its May 2015 plea agreement with the Department of Justice (DOJ). During the term of probation the Group must, among other things, (i) commit no crime whatsoever in violation of the federal laws of the US, (ii) implement and continue to implement a compliance program designed to prevent and detect the conduct that gave rise to the plea agreement, and (iii) strengthen its compliance and internal controls as required by relevant regulatory or enforcement agencies. Potential consequences of the Group, including the Bank Group, breaching the plea agreement include the imposition of additional terms and conditions on the Group, an extension of the agreement, or the criminal prosecution of the Group, which could, in turn, entail further financial penalties and collateral consequences and have a material adverse effect on the Group's business, operating results or financial position.

There is also a risk that the outcome of any legal, competition or regulatory matters in which the Bank Group is involved may give rise to changes in law or regulation as part of a wider response by relevant law makers and regulators. A decision in any matter, either against the Bank Group or another financial institution facing similar claims, could lead to further claims against the Bank Group."

III. In the non-binding English language translation of the RSSP Base Prospectus A in the section "**RISK FACTORS**" in the subsection "**FACTORS THAT MAY AFFECT THE ISSUER'S ABILITY TO FULFIL ITS OBLIGATIONS UNDER THE SECURITIES**" the risk factors "**2. Regulatory action in the event a bank or investment firm in the Group is failing or likely to fail could materially adversely affect the value of the Securities**" and "**3. A downgrade of the credit rating assigned by any credit rating agency to the Issuer could adversely affect the liquidity or market value of the Securities. Credit ratings downgrades could occur as a result of, among other causes, changes in the ratings methodologies used by credit rating agencies**" are replaced as follows:

"2. Regulatory action in the event a bank or investment firm in the Group is failing or likely to fail could materially adversely affect the value of the Securities

The majority of the requirements of the BRRD (including the bail-in tool) were implemented in the UK by way of amendments to the Banking Act 2009 ("**Banking Act**"). For more information on the bail-in tool, see "*The relevant UK resolution authority may exercise the bail-in tool in respect of the Bank and the Securities, which may result in holders of the Securities losing some or all of their investment*" and "*Under the terms of the Securities, you have agreed to be bound by the exercise of any UK Bail-in power by the relevant UK resolution authority*" below.

On 23 November 2016, the European Commission published, among other proposals, proposals to amend the BRRD. Adoption of the proposals and publication in the Official Journal is anticipated by mid-2019 but there are still a number of outstanding issues and the technical and legal translation revision process still has to take place on all the issues agreed. Therefore, it is unclear what the effect of such proposals may be on the Group, the Bank or the Securities.

2.1 The Banking Act confers substantial powers on a number of UK authorities designed to enable them to take a range of actions in relation to UK banks or investment firms and certain of their affiliates (currently including the Bank) in the event a bank or investment firm in the same group is considered to be failing or likely to fail. The exercise of any of these actions in relation to the Bank could materially adversely affect the value of the Securities.

Under the Banking Act, substantial powers are granted to the BoE (or, in certain circumstances, Her Majesty's Treasury ("**HM Treasury**"), in consultation with the Prudential Regulation Authority (the "**PRA**"), the Financial Conduct Authority (the "**FCA**") and HM Treasury, as appropriate as part of a special resolution regime (the "**SRR**"). These powers enable the relevant UK resolution authority to implement resolution measures with respect to a UK bank or investment firm and certain of its affiliates (currently including the Bank) (each a relevant entity) in circumstances in which the relevant UK resolution authority is satisfied that the resolution conditions are met. Such conditions include that a UK bank or investment firm is failing or is likely to fail to satisfy the Financial Services and Markets Act 2000 (the "**FSMA**") threshold conditions for authorisation to carry on certain regulated activities (within the meaning of section 55B of the FSMA) or, in the case of a UK banking group company that is an EEA or third country institution or investment firm, that the relevant EEA or third country relevant authority is satisfied that the resolution conditions are met in respect of such entity.

The SRR consists of five stabilisation options: (a) private sector transfer of all or part of the business or shares of the relevant entity, (b) transfer of all or part of the business of the relevant entity to a "bridge bank" established by the BoE, (c) transfer to an asset management vehicle wholly or partly owned by HM Treasury or the BoE, (d) the bail-in tool (as described below) and (e) temporary public ownership (nationalisation).

The Banking Act also provides for two new insolvency and administration procedures for relevant entities. Certain ancillary powers include the power to modify contractual arrangements in certain circumstances (which could include a variation of the terms of the Securities), powers to impose temporary suspension of payments, powers to suspend enforcement or termination rights that might be invoked as a result of the exercise of the resolution powers and powers for the relevant UK resolution authority to disapply or modify laws in the UK (with possible retrospective effect) to enable the powers under the Banking Act to be used effectively.

Holders of the Securities should assume that, in a resolution situation, financial public support will only be available to a relevant entity as a last resort after the relevant UK resolution authorities have assessed and used, to the maximum extent practicable, the resolution tools, including the bail-in tool (as described below).

The exercise of any resolution power or any suggestion of any such exercise could materially adversely affect the value of any Securities and could lead to holders of the Securities losing some or all of the value of their investment in the Securities.

2.2 The SRR is designed to be triggered prior to insolvency of the Bank, and holders of the Securities may not be able to anticipate the exercise of any resolution power (including the bail-in tool) by the relevant UK resolution authority.

The stabilisation options are intended to be used prior to the point at which any insolvency proceedings with respect to the relevant entity could have been initiated. The purpose of the stabilisation options is to address the situation where all or part of a business of a relevant entity has encountered, or is likely to encounter, financial difficulties, giving rise to wider public interest concerns.

Although the Banking Act provides specific conditions to the exercise of any resolution powers and, furthermore, the European Banking Authority's (the "EBA") guidelines published in May 2015 set out the objective elements for the resolution authorities to apply in determining whether an institution is failing or likely to fail, it is uncertain how the relevant UK resolution authority would assess such conditions in any particular pre-insolvency scenario affecting the Bank and/or other members of the Group and in deciding whether to exercise a resolution power.

The relevant UK resolution authority is also not required to provide any advance notice to holders of the Securities of its decision to exercise any resolution power. Therefore, holders of the Securities may not be able to anticipate a potential exercise of any such powers nor the potential effect of any exercise of such powers on the Bank, the Group and the Securities.

2.3 Holders of the Securities may have only very limited rights to challenge the exercise of any resolution powers (including the UK bail-in tool) by the relevant UK resolution authority.

Holders of the Securities may have only very limited rights to challenge and/or seek a suspension of any decision of the relevant UK resolution authority to exercise its resolution powers (*including the UK bail-in tool*) or to have that decision reviewed by a judicial or administrative process or otherwise.

2.4 The relevant UK resolution authority may exercise the bail-in tool in respect of the Bank and the Securities, which may result in holders of the Securities losing some or all of their investment.

Where the relevant statutory conditions for use of the bail-in tool have been met, the relevant UK resolution authority would be expected to exercise these powers without the consent of the holders of the Securities. Subject to certain exemptions set out in the BRRD (including secured liabilities, bank deposits guaranteed under an EU member state's deposit guarantee scheme, liabilities arising by virtue of the holding of client money, liabilities to other non-group banks or investment firms that have an original maturity of fewer than seven days and certain other exceptions), it is intended that all liabilities of institutions and/or their EEA parent holding companies should potentially be within scope of the bail-in tool. Accordingly, any such exercise of the bail-in tool in respect of the Bank and the Securities may result in the cancellation of all, or a portion, of the principal amount of, interest on, or any other amounts payable on, the Securities and/or the conversion of the Securities into shares or other Securities or other obligations of the Bank or another person, or any other modification or variation to the terms of the Securities.

The Banking Act specifies the order in which the bail-in tool should be applied, reflecting the hierarchy of capital instruments under CRD IV and otherwise respecting the hierarchy of claims in an ordinary insolvency. In addition, the bail-in tool contains an express safeguard (known as "**no creditor worse off**") with the aim that shareholders and creditors do not receive a less favourable treatment than they would have received in ordinary insolvency proceedings of the relevant entity. Among other proposals, the amendments to BRRD and CRD IV Regulation proposed by the European Commission on 23 November 2016 relate to the ranking of unsecured debt instruments on insolvency hierarchy which resulted in the adoption of EU directive 2017/2399 on 12 December 2017 (the "**Amendment Directive**"). The Amendment Directive introduces a new layer in insolvency for ordinary, long-term, unsecured debt-instruments issued by credit institutions and financial institutions within their consolidation perimeter that are established within the EU. In the UK, the 2018 Order referred to above was published on 19 December 2018 and sets out the new insolvency hierarchy. Further, MREL, which is being implemented in the EU and the UK, will apply to EU and UK financial institutions and cover capital and debt instruments that are capable of being written-down or converted to equity in order to prevent a financial institution from failing in a crisis. The Bank of England has set interim MREL compliance dates of 1 January 2019 and 1 January 2020, and a final MREL compliance date of 1 January 2022. The other amendments to BRRD and CRD IV Regulation are still in draft form and subject to the EU legislative process, therefore it is unclear what the effect of such amendments may be on the Group, the Bank or the Securities.

The exercise of the bail-in tool in respect of the Bank and the Securities or any suggestion of any such exercise could materially adversely affect the rights of the holders of the Securities, the price or value of their investment in the Securities and/or the ability of the Bank to satisfy its obligations under the Securities and could lead to holders of the Securities losing some or all of the value of their investment in such Securities. In addition, even in circumstances where a claim for compensation is established under the 'no creditor worse off' safeguard in accordance with a valuation performed after the resolution action has been taken, it is unlikely that such compensation would be equivalent to the full losses incurred by the holders of the Securities in the resolution and there can be no assurance that holders of the Securities would recover such compensation promptly.

2.5 As insured deposits are excluded from the scope of the bail-in tool and other preferred deposits (and insured deposits) rank ahead of any Securities issued by the Bank, such Securities would be more likely to be bailed-in than certain other unsubordinated liabilities of the Bank (such as other preferred deposits).

As part of the reforms required by the BRRD, amendments have been made to relevant legislation in the UK (including the UK Insolvency Act 1986) to establish in the insolvency hierarchy a statutory preference (i) firstly, for deposits that are insured under the UK Financial Services Compensation Scheme ("**insured deposits**") to rank with existing preferred claims as 'ordinary' preferred claims and (ii) secondly, for all other deposits of individuals and micro, small and medium sized enterprises held in EEA or non-EEA branches of an EEA bank ("**other preferred deposits**"), to rank as 'secondary' preferred claims only after the 'ordinary' preferred claims. In addition, the UK implementation of the EU Deposit Guarantee Scheme Directive increased, from July 2015, the nature and quantum of insured deposits to cover a wide range of deposits, including corporate deposits (unless the depositor is a public sector body or financial institution) and some temporary high value deposits. The effect of these changes is to increase the size of the class of preferred creditors. All such preferred deposits will rank in the insolvency hierarchy ahead of all other unsecured senior creditors of the Bank, including the holders of the Securities. Furthermore, insured deposits are excluded from the scope of the bail-in tool. As a result, if the bail-in tool were exercised by the relevant UK resolution authority, the Securities would be more likely to be bailed-in than certain other unsubordinated liabilities of the Bank such as other preferred deposits.

2.6 Under the terms of the Swiss Securities, you have agreed to be bound by the exercise of any UK Bail-in power by the relevant UK resolution authority.

Notwithstanding any other agreements, arrangements, or understandings between us and any holder of the Swiss Securities, by acquiring the Swiss Securities, each holder of the Swiss Securities acknowledges, accepts, agrees to be bound by, and consents to the exercise of, any UK Bail-in power by the relevant UK resolution authority that may result in (i) the reduction or cancellation of all, or a portion, of the principal amount of, or interest on, the Swiss Securities; (ii) the conversion of all, or a portion, of the principal amount of, or interest on, the Swiss Securities into shares or other Swiss Securities or other obligations of the Bank or another person (and the issue to, or conferral on, the holder of the Swiss Securities such shares, securities or obligations); and/or (iii) the amendment or alteration of the maturity of the Swiss Securities, or amendment of the amount of interest due on the Swiss Securities, or the dates on which interest becomes payable, including by suspending payment for a temporary period; which UK Bail-in power may be exercised by means of a variation of the terms of the Swiss Securities solely to give effect to the exercise by the relevant UK resolution authority of such UK Bail-in power. Each holder of the Swiss Securities further acknowledges and agrees that the rights of the holders of the Swiss Securities are subject to, and will be varied, if necessary, solely to give effect to, the exercise of any UK Bail-in Power by the relevant UK resolution authority.

Accordingly, any UK Bail-in power may be exercised in such a manner as to result in you and other holders of the Swiss Securities losing all or a part of the value of your investment in the Swiss Securities or receiving a different security from the Swiss Securities, which may be worth significantly less than the Swiss Securities and which may have significantly fewer protections than those typically afforded to debt securities. Moreover, the relevant UK resolution authority may exercise the UK Bail-in power without providing any advance notice to, or requiring the consent of, the holders of the Swiss Securities.

In addition, under the terms of the Swiss Securities, the exercise of the UK Bail-in power by the relevant UK resolution authority with respect to the Swiss Securities is not an Event of Default. For more information, see the Swiss Annex.

3. A downgrade of the credit rating assigned by any credit rating agency to the Bank could adversely affect the liquidity or market value of the Securities. Credit ratings downgrades could occur as a result of, among other causes, changes in the ratings methodologies used by credit rating agencies.

Tranches of Securities may be rated by credit rating agencies and may in the future be rated by additional credit rating agencies, although the Bank is under no obligation to ensure that the Securities issued are rated by any credit rating agency. Credit ratings may not reflect the potential impact of all risks related to structure, market, additional factors discussed in these Risk Factors and other factors that may affect the liquidity or market value of the Securities. A credit rating is not a recommendation to buy, sell or hold securities and may be revised, suspended or withdrawn by the credit rating agency at any time.

Any rating assigned to the Bank may be withdrawn entirely by a credit rating agency, may be suspended or may be lowered, if, in that credit rating agency's judgment, circumstances relating to the basis of the rating so warrant. Ratings may be impacted by a number of factors which can change over time, including the credit rating agency's assessment of: the Bank's strategy and management's capability; the Bank's financial condition including in respect of capital, funding and liquidity; competitive and economic conditions in the Bank's key markets; the level of political support for the industries in which the Bank operates; and legal and regulatory frameworks affecting the issuer's legal structure, business activities and the rights of its creditors. The credit rating agencies may also revise the ratings methodologies applicable to issuers within a particular industry, or political or economic region. If credit rating agencies perceive there to be adverse changes in the factors affecting an issuer's credit rating, including by virtue of changes to applicable ratings methodologies, the credit rating agencies may downgrade, suspend or withdraw the ratings assigned to an issuer and/or its securities. Revisions to ratings methodologies and actions on the Bank's ratings by the credit rating agencies may occur in the future.

If the Bank determines to no longer maintain one or more ratings, or if any credit rating agency withdraws, suspends or downgrades the credit ratings of the Bank or the Securities, or if such a withdrawal, suspension or downgrade is anticipated (or any credit rating agency places the credit ratings of the Bank or, if applicable, the Securities on "*credit watch*" status in contemplation of a downgrade, suspension or withdrawal), whether as a result of the factors described above or otherwise, such event could adversely affect the liquidity or market value of the Securities (whether or not the Securities had an assigned rating prior to such event)."

- IV. In the non-binding English language translation of the Base Prospectus Prosper A in the section "**RISK FACTORS**" in the subsection "**FACTORS THAT MAY AFFECT THE ISSUER'S ABILITY TO FULFIL ITS OBLIGATIONS UNDER THE SECURITIES**" the risk factors "**2. Regulatory action in the event a bank or investment firm in the Group (such as the Issuer) is failing or likely to fail could materially adversely affect the value of the Securities**" and "**3. A downgrade of the credit rating assigned by any credit rating agency to the Issuer could adversely affect the liquidity or market value of the Securities. Credit ratings downgrades could occur as a result of, among other causes, changes in the ratings methodologies used by credit rating agencies**" are replaced as follows:

"2. Regulatory action in the event a bank or investment firm in the Group is failing or likely to fail could materially adversely affect the value of the Securities

The majority of the requirements of the BRRD (including the bail-in tool) were implemented in the UK by way of amendments to the Banking Act. For more information on the bail-in tool, see *"The relevant UK resolution authority may exercise the bail-in tool in respect of the Bank, which may result in holders of the Securities losing some or all of their investment"* below.

On 23 November 2016, the European Commission published, among other proposals, proposals to amend the BRRD. Adoption of the proposals and publication in the Official Journal is anticipated by mid-2019 but there are still a number of outstanding issues and the technical and legal translation revision process still has to take place on all the issues agreed. Therefore, it is unclear what the effect of such proposals may be on the Group, the Bank or the Securities.

2.1 The Banking Act confers substantial powers on a number of UK authorities designed to enable them to take a range of actions in relation to UK banks or investment firms and certain of their affiliates (currently including the Bank) in the event a bank or investment firm in the same group is considered to be failing or likely to fail. The exercise of any of these actions in relation to the Bank could materially adversely affect the value of the Securities.

Under the Banking Act, substantial powers are granted to the BoE (or, in certain circumstances, Her Majesty Treasury ("**HM Treasury**"), in consultation with the Prudential Regulation Authority (the "**PRA**"), the Financial Conduct authority (the "**FCA**") and HM Treasury, as appropriate as part of a special resolution regime (the "**SRR**"). These powers enable the relevant UK resolution authority to implement resolution measures with respect to a UK bank or investment firm and certain of its affiliates (currently including the Bank) (each a relevant entity) in circumstances in which the relevant UK resolution authority is satisfied that the resolution conditions are met. Such conditions include that a UK bank or investment firm is failing or is likely to fail to satisfy the Financial Services and Markets Act 2000 (the "**FSMA**") threshold conditions for authorisation to carry on certain regulated activities (within the meaning of section 55B of the FSMA) or, in the case of a UK banking group company that is an EEA or third country institution or investment firm, that the relevant EEA or third country relevant authority is satisfied that the resolution conditions are met in respect of such entity.

The SRR consists of five stabilisation options: (a) private sector transfer of all or part of the business or shares of the relevant entity, (b) transfer of all or part of the business of the relevant entity to a "bridge bank" established by the BoE, (c) transfer to an asset management vehicle wholly or partly owned by HM Treasury or the BoE, (d) the bail-in tool (as described below) and (e) temporary public ownership (nationalisation).

The Banking Act also provides for two new insolvency and administration procedures for relevant entities. Certain ancillary powers include the power to modify contractual arrangements in certain circumstances (which could include a variation of the terms of the Securities), powers to impose temporary suspension of payments, powers to suspend enforcement or termination rights that might be invoked as a result of the exercise of the resolution powers and powers for the relevant UK resolution authority to disapply or modify laws in the UK (with possible retrospective effect) to enable the powers under the Banking Act to be used effectively.

Holders of the Securities should assume that, in a resolution situation, financial public support will only be available to a relevant entity as a last resort after the relevant UK resolution authorities have assessed and used, to the maximum extent practicable, the resolution tools, including the bail-in tool (as described below).

The exercise of any resolution power or any suggestion of any such exercise could materially adversely affect the value of any Securities and could lead to holders of the Securities losing some or all of the value of their investment in the Securities.

2.2 The SRR is designed to be triggered prior to insolvency of the Bank, and holders of the Securities may not be able to anticipate the exercise of any resolution power (including the bail-in tool) by the relevant UK resolution authority.

The stabilisation options are intended to be used prior to the point at which any insolvency proceedings with respect to the relevant entity could have been initiated. The purpose of the stabilisation options is to address the situation where all or part of a business of a relevant entity has encountered, or is likely to encounter, financial difficulties, giving rise to wider public interest concerns.

Although the Banking Act provides specific conditions to the exercise of any resolution powers and, furthermore, the European Banking Authority's (the "EBA") guidelines published in May 2015 set out the objective elements for the resolution authorities to apply in determining whether an institution is failing or likely to fail, it is uncertain how the relevant UK resolution authority would assess such conditions in any particular pre-insolvency scenario affecting the Bank and/or other members of the Group and in deciding whether to exercise a resolution power.

The relevant UK resolution authority is also not required to provide any advance notice to holders of the Securities of its decision to exercise any resolution power. Therefore, holders of the Securities may not be able to anticipate a potential exercise of any such powers nor the potential effect of any exercise of such powers on the Bank, the Group and the Securities.

2.3 Holders of the Securities may have only very limited rights to challenge the exercise of any resolution powers (including the UK bail-in tool) by the relevant UK resolution authority.

Holders of the Securities may have only very limited rights to challenge and/or seek a suspension of any decision of the relevant UK resolution authority to exercise its resolution powers (*including the UK bail-in tool*) or to have that decision reviewed by a judicial or administrative process or otherwise.

2.4 The relevant UK resolution authority may exercise the bail-in tool in respect of the Bank and the Securities, which may result in holders of the Securities losing some or all of their investment.

Where the relevant statutory conditions for use of the bail-in tool have been met, the relevant UK resolution authority would be expected to exercise these powers without the consent of the holders of the Securities. Subject to certain exemptions set out in the BRRD (including secured liabilities, bank deposits guaranteed under an EU member state's deposit guarantee scheme, liabilities arising by virtue of the holding of client money, liabilities to other non-group banks or investment firms that have an original maturity of fewer than seven days and certain other exceptions), it is intended that all liabilities of institutions and/or their EEA parent holding companies should potentially be within scope of the bail-in tool. Accordingly, any such exercise of the bail-in tool in respect of the Bank and the Securities may result in the cancellation of all, or a portion, of the principal amount of, interest on, or any other amounts payable on, the Securities and/or the conversion of the Securities into shares or other Securities or other obligations of the Bank or another person, or any other modification or variation to the terms of the Securities. If such liabilities are under-collateralised, the unsecured portion of such liability may be subject to bail-in, i.e., in relation to the unsecured part.

The Banking Act specifies the order in which the bail-in tool should be applied, reflecting the hierarchy of capital instruments under CRD IV and otherwise respecting the hierarchy of claims in an ordinary insolvency. In addition, the bail-in tool contains an express safeguard (known as "**no creditor worse off**") with the aim that shareholders and creditors do not receive a less favourable treatment than they would have received in ordinary insolvency proceedings of the relevant entity. Among other proposals, the amendments to BRRD and CRD IV Regulation proposed by the European Commission on 23 November 2016 relate to the ranking of unsecured debt instruments on insolvency hierarchy which resulted in the adoption of EU directive 2017/2399 on 12 December 2017 (the "Amendment Directive"). The Amendment Directive introduces a new layer in insolvency for ordinary, long-term, unsecured debt-instruments issued by credit institutions and financial institutions within their consolidation perimeter that are established within the EU. In the UK, the 2018 Order referred to above was published on 19 December 2018 and sets out the new insolvency hierarchy. Further, MREL, which is being implemented in the EU and the UK, will apply to EU and UK financial institutions and cover capital and debt instruments that are capable of being written-down or converted to equity in order to prevent a financial institution from failing in a crisis. The Bank of England has set interim MREL compliance dates of 1 January 2019 and 1 January 2020, and a final MREL compliance date of 1 January 2022. The other amendments to BRRD and CRD IV Regulation are still in draft form and subject to the EU legislative process, therefore it is unclear what the effect of such amendments may be on the Group, the Bank or the Securities.

The exercise of the bail-in tool in respect of the Bank and the Securities or any suggestion of any such exercise could materially adversely affect the rights of the holders of the Securities, the price or value of their investment in the Securities and/or the ability of the Bank to satisfy its obligations under the Securities and could lead to holders of the Securities losing some or all of the value of their investment in such Securities. In addition, even in circumstances where a claim for compensation is established under the 'no creditor worse off' safeguard in accordance with a valuation performed after the resolution action has been taken, it is unlikely that such compensation would be equivalent to the full losses incurred by the holders of the Securities in the resolution and there can be no assurance that holders of the Securities would recover such compensation promptly.

2.5 As insured deposits are excluded from the scope of the bail-in tool and other preferred deposits (and insured deposits) rank ahead of any Securities issued by the Bank, such Securities would be more likely to be bailed-in than certain other unsubordinated liabilities of the Bank (such as other preferred deposits).

As part of the reforms required by the BRRD, amendments have been made to relevant legislation in the UK (including the UK Insolvency Act 1986) to establish in the insolvency hierarchy a statutory preference (i) firstly, for deposits that are insured under the UK Financial Services Compensation Scheme ("**insured deposits**") to rank with existing preferred claims as 'ordinary' preferred claims and (ii) secondly, for all other deposits of individuals and micro, small and medium sized enterprises held in EEA or non-EEA branches of an EEA bank ("**other preferred deposits**"), to rank as 'secondary' preferred claims only after the 'ordinary' preferred claims. In addition, the UK implementation of the EU Deposit Guarantee Scheme Directive increased, from July 2015, the nature and quantum of insured deposits to cover a wide range of deposits, including corporate deposits (unless the depositor is a public sector body or financial institution) and some temporary high value deposits. The effect of these changes is to increase the size of the class of preferred creditors. All such preferred deposits will rank in the insolvency hierarchy ahead of all other unsecured senior creditors of the Bank, including the holders of the Securities. Furthermore, insured deposits are excluded from the scope of the bail-in tool. As a result, if the bail-in tool were exercised by the relevant UK resolution authority, the Securities would be more likely to be bailed-in (in either case, to the extent the Securities fall within the scope of the Bail-In Tool) than certain other unsubordinated liabilities of the Bank such as other preferred deposits.

3. A downgrade of the credit rating assigned by any credit rating agency to the Bank could adversely affect the liquidity or market value of the Securities. Credit ratings downgrades could occur as a result of, among other causes, changes in the ratings methodologies used by credit rating agencies.

Tranches of Securities may be rated by credit rating agencies and may in the future be rated by additional credit rating agencies, although the Bank is under no obligation to ensure that the Securities issued are rated by any credit rating agency. Credit ratings may not reflect the potential impact of all risks related to structure, market, additional factors discussed in these Risk Factors and other factors that may affect the liquidity or market value of the Securities. A credit rating is not a recommendation to buy, sell or hold securities and may be revised, suspended or withdrawn by the credit rating agency at any time.

Any rating assigned to the Bank may be withdrawn entirely by a credit rating agency, may be suspended or may be lowered, if, in that credit rating agency's judgment, circumstances relating to the basis of the rating so warrant. Ratings may be impacted by a number of factors which can change over time, including the credit rating agency's assessment of: the Bank's strategy and management's capability; the Bank's financial condition including in respect of capital, funding and liquidity; competitive and economic conditions in the Bank's key markets; the level of political support for the industries in which the Bank operates; and legal and regulatory frameworks affecting the issuer's legal structure, business activities and the rights of its creditors. The credit rating agencies may also revise the ratings methodologies applicable to issuers within a particular industry, or political or economic region. If credit rating agencies perceive there to be adverse changes in the factors affecting an issuer's credit rating, including by virtue of changes to applicable ratings methodologies, the credit rating agencies may downgrade, suspend or withdraw the ratings assigned to an issuer and/or its securities. Revisions to ratings methodologies and actions on the Bank's ratings by the credit rating agencies may occur in the future.

If the Bank determines to no longer maintain one or more ratings, or if any credit rating agency withdraws, suspends or downgrades the credit ratings of the Bank or the Securities, or if such a withdrawal, suspension or downgrade is anticipated (or any credit rating agency places the credit ratings of the Bank or, if applicable, the Securities on "*credit watch*" status in contemplation of a downgrade, suspension or withdrawal), whether as a result of the factors described above or otherwise, such event could adversely affect the liquidity or market value of the Securities (whether or not the Securities had an assigned rating prior to such event)."

- V. In the non-binding English language translation of RSSP Base Prospectus A in the section "**RISK FACTORS**" in the subsection "**FACTORS WHICH ARE MATERIAL FOR THE PURPOSES OF ASSESSING THE MARKET RISKS IN RELATION TO THE SECURITIES**" the risk factor "**15. Risks associated with the reform of LIBOR, EURIBOR and other interest rate index and equity, commodity and foreign exchange rate index "benchmarks"** is replaced as follows:

"15. Risks related to Securities which are linked to "benchmarks"

Interest rates or other types of rates and indices which are deemed to be "benchmarks" are the subject of recent national, international and other regulatory guidance and proposals for reform. Some of these reforms are already effective whilst others are still to be implemented. These reforms may cause such benchmarks to perform differently than in the past, or the benchmark could be eliminated entirely, or there could be other consequences that cannot be predicted. Any such consequence could have a material adverse effect on any Securities linked to such a "benchmark".

For example, the Benchmark Regulation was published in the Official Journal of the EU on 29 June 2016 and has been in effect since 1 January 2018. The Benchmark Regulation applies to the provision of benchmarks, the contribution of input data to a benchmark and the use of a benchmark within the EU. Among other things, it: (i) requires benchmark administrators to be authorised or registered (or, if non-EU-based, to be subject to an equivalent regime or otherwise recognised or endorsed) and (ii) prevents certain uses by EU supervised entities (such as the Bank) of benchmarks of administrators that are not authorised or registered (or, if non-EU based, not deemed equivalent or recognised or endorsed). The Benchmark Regulation could have a material impact on any Securities linked to or referencing a benchmark, in particular, if the methodology or other terms of the benchmark are changed in order to comply with the requirements of the Benchmark Regulation. Such changes could, among other things, have the effect of reducing or increasing the rate or level, or affect the volatility of the published rate or level of the benchmark.

In addition, as the Bank is a supervised entity for the purposes of the Benchmark Regulation, the Benchmark Regulation could have a material impact on any Securities linked to or referencing a benchmark in the circumstances where an index which is a benchmark could not be used by a supervised entity in certain ways if its administrator does not obtain authorisation or register or, if based in a non-EU jurisdiction, the administrator is not otherwise recognised as equivalent. This could potentially lead to such Securities being de-listed, adjusted or redeemed early or otherwise affected depending on the particular benchmark and the applicable terms of such Securities.

More broadly, any of the international or national reforms, or the general increase in regulatory scrutiny of benchmarks, could result in participants no longer submitting rates used for the calculation of such benchmarks or could otherwise increase the costs and risks of administering or participating in the setting of a benchmark and complying with any such regulations or requirements. For example, on 27 July 2017, the Chief Executive of the UK Financial Conduct Authority ("**FCA**"), which regulates the London Interbank Offered Rate (LIBOR), announced that it intends to stop persuading or compelling banks to submit rates for the calculation of LIBOR to the administrator of LIBOR after 2021 (the "**FCA Announcement**"). Further, on 12 July 2018 the FCA announced that LIBOR may cease to be a regulated benchmark under the Benchmark Regulation. The FCA Announcement indicates that the continuation of LIBOR on the current basis (or at all) cannot and will not be guaranteed after 2021. It is impossible to predict whether and to what extent banks will continue to provide LIBOR submissions to the administrator of LIBOR or whether any additional reforms to LIBOR may be enacted in the United Kingdom, the United States or elsewhere. At this time, no consensus exists as to what rate or rates may become accepted alternatives to LIBOR and it is impossible to predict the effect of any such alternatives on the value of LIBOR-based securities.

For Securities which are linked to any affected benchmark, uncertainty as to the nature of alternative reference rates and as to potential changes or other reforms to such benchmark may adversely affect such benchmark rates during the term of such Securities and the return on such Securities and the trading market for such Securities.

In addition, any other international, national or other proposals for reform or the general increased regulatory scrutiny of benchmarks could increase the costs and risks of administering or otherwise participating in the setting of a benchmark and complying with any such regulations or requirements. Such factors may have the effect of discouraging market participants from continuing to administer or contribute to certain benchmarks, trigger changes in the rules or methodologies used in certain benchmarks or lead to the disappearance of certain benchmarks.

Any such consequences could have a material adverse effect on the value of and return on any such Securities. Moreover, any of the above matters or any other significant change to the setting or existence of any relevant reference rate could affect the ability of the Bank to meet its obligations under Securities linked to a benchmark or could have a material adverse effect on the value or liquidity of, and the amount payable under such Securities. Investors should consider these matters when making their investment decision with respect to such Securities."

- VI. In the non-binding English language translation of the RSSP Base Prospectus A the section "**INFORMATION INCORPORATED BY REFERENCE**" is replaced by the following points:

"INFORMATION INCORPORATED BY REFERENCE

The following information has been filed with the Financial Conduct Authority ("**FCA**") and shall be deemed to be incorporated in, and to form part of, this Base Prospectus:

- the Annual Report of the Bank, as filed with the US Securities and Exchange Commission ("**SEC**") on Form 20-F on 21 February 2019 in respect of the years ended 31 December 2017 and 31 December 2018 (the "**20-F**"), excluding the section entitled "Exhibit Index" on page 282 of the 20-F which is not incorporated and does not form part of this Prospectus; and
- the Annual Reports of the Bank containing the audited consolidated financial statements of the Bank in respect of the years ended 31 December 2017 (the "**2017 Bank Annual Report**") and 31 December 2018 (the "**2018 Bank Annual Report**"), respectively.

The above information is incorporated in this Base Prospectus in the section "**INFORMATION RELATING TO THE ISSUER**".

The following information in the sections "Terms and Conditions of the Securities" and "Form of Final Terms" are contained in the below listed Base Prospectuses each of which has been approved by the *Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht* ("**BaFin**") and are incorporated in and form part of this Base Prospectus in accordance with sec. 11 para. 1 no. 1 of the WpPG. Provided that (i) the reference to the RSSP Base Prospectus A dated 25 July 2017 and/or RSSP Base Prospectus A dated 13 June 2017 and/or RSSP Base Prospectus A dated 10 June 2016 and/or RSSP Base Prospectus A dated 15 June 2015 and/or RSSP Base Prospectus A dated 1 July 2014 and/or RSSP Base Prospectus A dated 8 July 2013 and/or RSSP Base Prospectus D dated 10 July 2015 and/or RSSP Base Prospectus D dated 14 July 2014 and/or RSSP Base Prospectus D dated 25 July 2013 should be replaced by a reference to this Base Prospectus and (ii) in case of a continuous offer the clarification "which are offered in the context of a continuous offer" should be added to the cover page of the Final Terms.

| Document | Information incorporated by reference | Page(s) of the document incorporated | Page in this Base Prospectus |
|---|--|--|-------------------------------------|
| RSSP Base Prospectus A dated 25 July 2017 | Terms and Conditions of the Securities | 291 - 293 A-1 – A-121 B-1 – B-28 C-1 – C-26 D-1 – D-40 | E-118 E-118 E-118 E-118 |
| | Form of Final Terms | 295 - 326 | E-119 |
| RSSP Base Prospectus A dated 13 June 2017 | Terms and Conditions of the Securities | 295 - 297 A-1 – A-117 B-1 – B-28 C-1 – C-26 D-1 – D-40 | E-118 E-118 E-118 E-118 |
| | Form of Final Terms | 299 - 330 | E-119 |
| RSSP Base Prospectus A dated 10 June 2016 | Terms and Conditions of the Securities | 264 - 271 A-1 – A-120 B-1 – B-28 C-1 – C-27 D-1 – D-40 | E-118 E-118 E-118 E-118 |
| | Form of Final Terms | 272 - 303 | E-119 |
| RSSP Base Prospectus A dated 15 June 2015 | Terms and Conditions of the Securities | 266 - 273 A-1 – A-94 B-1 – B-28 C-1 - C-27 D-1 - D-37 | E-118 E-118 E-118 E-118 |

| | | | |
|---|--|-------------|-------|
| | Form of Final Terms | 274 - 301 | E-119 |
| RSSP Base Prospectus A dated 1 July 2014 | Terms and Conditions of the Securities | 264 - 273 | E-118 |
| | | A-1 – A-109 | E-118 |
| | | B-1 – B-19 | E-118 |
| | | C-1 - C-30 | E-118 |
| | | D-1 - D-46 | E-118 |
| | Form of Final Terms | 274 - 298 | E-119 |
| RSSP Base Prospectus A dated 8 July 2013 | Terms and Conditions of the Securities | 229 - 232 | E-118 |
| | | A-1 – A-109 | E-118 |
| | | B-1 – B-18 | E-118 |
| | | C-1 - C-30 | E-118 |
| | | D-1 - D-44 | E-118 |
| | Form of Final Terms | 233 - 261 | E-119 |
| RSSP Base Prospectus D dated 10 July 2015 | Terms and Conditions of the Securities | 191 - 198 | E-118 |
| | | A-1 – A-47 | E-118 |
| | | B-1 – B-28 | E-118 |
| | | C-1 - C-27 | E-118 |
| | | D-1 - D-40 | E-118 |
| | Form of Final Terms | 199 - 224 | E-119 |
| RSSP Base Prospectus D dated 14 July 2014 | Wertpapierbedingungen | 184 - 192 | E-118 |
| | | A-1 – A-46 | E-118 |
| | | B-1 – B-19 | E-118 |
| | | C-1 - C-30 | E-118 |
| | | D-1 - D-50 | E-118 |
| | Form of Final Terms | 193 - 217 | E-119 |
| RSSP Base Prospectus D dated 25 July 2013 | Terms and Conditions of the Securities | 148 - 151 | E-118 |
| | | A-1 – A-46 | E-118 |
| | | B-1 – B-18 | E-118 |
| | | C-1 - C-30 | E-118 |
| | | D-1 - D-49 | E-118 |
| | Form of Final Terms | 152 - 178 | E-119 |

To the extent that information is incorporated into this Prospectus by making reference only to certain parts of a document, the non-incorporated parts are not relevant for investors in the Securities. The above documents may be inspected during normal business hours at the registered office of the Issuer, at <http://group.barclays.com/about-barclays/investor-relations/results-announcements> and at the specified office of the Paying Agent as described in the section entitled "**Documents Available**" of "**General Information**".

The Bank has applied International Financial Reporting Standards ("**IFRS**") as issued by the International Accounting Standards Board and as endorsed by the European Union ("**EU**") in the financial statements incorporated by reference above. A summary of the significant accounting policies for the Bank is included in each of the 20-F, the 2017 Bank Annual Report and the 2018 Bank Annual Report."

VII. In the non-binding English language translation of the Base Prospectus Prosper A the section "**INFORMATION INCORPORATED BY REFERENCE**" is replaced by the following points:

"INFORMATION INCORPORATED BY REFERENCE

The following information has been filed with the Financial Conduct Authority ("**FCA**") and shall be deemed to be incorporated in, and to form part of, this Base Prospectus:

- the Annual Report of the Bank, as filed with the US Securities and Exchange Commission ("**SEC**") on Form 20-F on 21 February 2019 in respect of the years ended 31 December 2017 and 31 December 2018 (the "**20-F**"), excluding the section entitled "Exhibit Index" on page 282 of the 20-F which is not incorporated and does not form part of this Prospectus; and
- the Annual Reports of the Bank containing the audited consolidated financial statements of the Bank in respect of the years ended 31 December 2017 (the "**2017 Bank Annual Report**") and 31 December 2018 (the "**2018 Bank Annual Report**"), respectively.

The above information is incorporated in this Base Prospectus in the section "**INFORMATION RELATING TO THE ISSUER**".

The following information in the sections "Terms and Conditions of the Securities" and "Form of Final Terms" are contained in the below listed Base Prospectuses each of which has been approved by the *Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht* ("**BaFin**") and are be incorporated in and form part of this Base Prospectus in accordance with section 11 paragraph 1 number 1 of WpPG. Provided that (i) the reference to the Barclays Base Prospectus Prosper A dated 26 October 2017, Barclays Prosper Base Prospectus A dated 21 October 2016, the Barclays Prosper Base Prospectus A dated 28 October 2015 or the Barclays Prosper Base Prospectus A dated 27 October 2014, respectively, should be replaced by a reference to this Base Prospectus and (ii) in case of a continuous offer the clarification "which are offered in the context of a continuous offer" should be added to the cover page of the Final Terms

| Document | Information incorporated by reference | Page(s) of document incorporated by reference | Page in this Prospectus |
|--|--|--|--------------------------------|
| Barclays Prosper Base Prospectus A dated 26 October 2017 | Terms and Conditions of the Securities | 165 - 166 | E-81 |
| | | A-1 - A-38 | E-81 |
| | | B-1 - B-9 | E-81 |
| | | C-1 - C-24 | E-81 |
| | | D-1 - D-31 | E-81 |
| | Form of Final Terms | 168 - 191 | E-82 |
| Barclays Prosper Base | Terms and Conditions | 160 - 161 | E-81 |

| | | | |
|--|--|------------|------|
| Prospectus A dated 21 October 2016 | of the Securities | A-1 - A-37 | E-81 |
| | | B-1 - B-9 | E-81 |
| | | C-1 - C-23 | E-81 |
| | | D-1 - D-31 | E-81 |
| | Form of Final Terms | 162 - 188 | E-82 |
| Barclays Prosper Base Prospectus A dated 28 October 2015 | Terms and Conditions of the Securities | 155 - 160 | E-81 |
| | | A-1 - A-36 | E-81 |
| | | B-1 - B-9 | E-81 |
| | | C-1 - C-23 | E-81 |
| | D-1 - D-38 | E-81 | |
| Form of Final Terms | 162 - 188 | E-82 | |
| Barclays Prosper Base Prospectus A dated 27 October 2014 | Terms and Conditions of the Securities | 167 - 174 | E-81 |
| | | A-1 - A-42 | E-81 |
| | | B-1 - B-9 | E-81 |
| | | C-1 - C-30 | E-81 |
| | D-1 - D-46 | E-81 | |
| Form of Final Terms | 175 - 201 | E-82 | |

To the extent that information is incorporated into this Prospectus by making reference only to certain parts of a document, the non-incorporated parts are not relevant for investors in the Securities. The above documents may be inspected during normal business hours at the registered office of the Issuer, at <http://group.barclays.com/about-barclays/investor-relations/results-announcements> and at the specified office of the Paying Agent as described in the section entitled "**Documents Available**" of "**General Information**".

The Bank has applied International Financial Reporting Standards (IFRS) as issued by the International Accounting Standards Board and as endorsed by the European Union (EU) in the financial statements incorporated by reference above. A summary of the significant accounting policies for the Bank is included in each of the 20-F, the 2017 Bank Annual Report and the 2018 Bank Annual Report."

- VIII. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses in the section "**GENERAL INFORMATION**" the two first paragraphs of the subsection "**Ratings**" will be replaced by the following:

"Ratings

As far as credit ratings are referred to in this Base Prospectus, any Final Terms or any document incorporated by reference, these will be treated as having been issued by Fitch Ratings Limited ("**Fitch**"), Moody's Investors Service Ltd. ("**Moody's**") and Standard & Poor's Credit Market Services Europe Limited ("**Standard & Poor's**"). Each of Fitch and Standard & Poor's, as well as Moody's is established in the European Union and is registered under Regulation (EC) No 1060/2009 of the European Parliament and of the Council of 16 September 2009 on credit rating agencies as amended by Regulation (EU) No. 513/2011 and is included in the list of registered credit rating agencies published on the website of the European Securities and Markets Authority at <http://www.esma.europa.eu/page/Listregistered-and-certified-CRAs>.

As of the date of this Base Prospectus, the short term unsecured obligations of the Bank are rated A-1 by Standard & Poor's, P-1 by Moody's, and F1 by Fitch and the long-term obligations of the Bank are rated A by Standard & Poor's, A2 by Moody's, and A+ by Fitch. The Ratings are represented without taking into account any prospects, if any, regarding to the relevant Rating."

- IX. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses in the section "**GENERAL INFORMATION**" the subsections "**Significant Change Statement**", "**Material Adverse Change Statement**" and "**Legal Proceedings**" will be replaced by the following:

"Significant Change Statement

There has been no significant change in the financial or trading position of the Bank or the Bank Group since 31 December 2018.

Material Adverse Change Statement

There has been no material adverse change in the prospects of the Bank or the Bank Group since 31 December 2018.

Legal Proceedings

Save as disclosed under "The Bank, the Bank Group and the Group — Legal Proceedings" (other than under the heading 'General'), there are no governmental, legal or arbitration proceedings (including any such proceedings which are pending or threatened of which the Bank is aware), which may have or have had during the 12 months preceding the date of this Prospectus, a significant effect on the financial position or profitability of the Bank and/or the Bank Group."

- X. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses in the section "**INFORMATION RELATING TO THE ISSUER**" the subsection "**The Bank and the Group**" will be replaced by the following:

"The Bank, the Bank Group and the Group

In this section the information incorporated by reference relating to the Issuer and/or the Group which are provided in the 20-F, the 2017 Issuer Annual Report and the 2018 Issuer Annual Report are incorporated.

The Bank (together with its subsidiary undertakings (the "**Bank Group**")) is a public limited company registered in England and Wales under number 1026167. The liability of the members of the Bank is limited. It has its registered and head office at 1 Churchill Place, London, E14 5HP, United Kingdom (telephone number +44 (0)20 7116 1000). The Bank was incorporated on 7 August 1925 under the Colonial Bank Act 1925 and on 4 October 1971 was registered as a company limited by shares under the Companies Acts 1948 to 1967. Pursuant to The Barclays Bank Act 1984, on 1 January 1985, the Bank was re-registered as a public limited company and its name was changed from 'Barclays Bank International Limited' to 'Barclays Bank PLC'. The whole of the issued ordinary share capital of the Bank is beneficially owned by Barclays PLC. Barclays PLC (together with its subsidiary undertakings (the "**Group**")) is the ultimate holding company of the Group.

The Group is a transatlantic consumer and wholesale bank with global reach offering products and services across personal, corporate and investment banking, credit cards and wealth management anchored in the Group's two home markets of the UK and the US. The Group is organised into two clearly defined business divisions – Barclays UK division and Barclays International division. These are primarily housed in two banking subsidiaries – Barclays UK sits within Barclays Bank UK PLC and Barclays International sits within the Bank – which operate alongside Barclays Services Limited but, in accordance with the requirements of ring-fencing legislation, independently from one another. Barclays Services Limited drives efficiencies in delivering operational and technology services across the Group.

The Bank and the Bank Group offer products and services designed for the Group's larger corporate, wholesale and international banking clients.

The following financial information is extracted from the audited consolidated financial statements of the Issuer for the year ended 31 December 2018 and 31 December 2017, respectively, which are incorporated by reference:

| | As at 31.12.2018 | As at 31.12.2017 |
|--|-------------------------|-------------------------|
| | £m | £m |
| Total Assets | 877,700 | 1,129,343 |
| Loans and advances at amortised cost | 139,959 | 324,590 |
| Deposits at amortised cost | 199,337 | 399,189 |
| Total equity | 47,711 | 65,734 |
| Non-controlling interests | 2 | 1 |
| | Year ended | Year ended |
| | 31.12.2018 | 31.12.2017 |
| | £m | £m |
| Profit before tax from continuing operations | 1,286 | 1,758 |
| Credit impairment charges and other provisions | (643) | (1,553) |

Acquisitions, Disposals and Recent Developments

Nothing relevant at this stage.

Legal Proceedings

Barclays Bank PLC and the Bank Group face legal, competition and regulatory challenges, many of which are beyond the Bank Group's control. The extent of the impact on Barclays of these matters cannot always be predicted but may materially impact the Bank Group's operations, financial results, condition and prospects. Matters arising from a set of similar circumstances can give rise to either a contingent liability or a provision, or both, depending on the relevant facts and circumstances.

In connection with the implementation of structural reform in the UK, on 1 April 2018, the UK banking business was transferred from Barclays Bank PLC to Barclays Bank UK PLC, a separate subsidiary of Barclays PLC. This transfer included the rights and liabilities in respect of certain of the matters described below (which are also disclosed in the financial statements of Barclays Bank UK PLC), although Barclays Bank PLC may remain the party on record to the relevant proceedings.

Investigations into certain advisory services agreements and other matters and civil action

The UK Serious Fraud Office ("**SFO**"), the Financial Conduct Authority ("**FCA**"), the US Department of Justice ("**DoJ**") and the US Securities and Exchange Commission ("**SEC**") have been conducting investigations into two advisory services agreements entered into by Barclays Bank PLC. These agreements were entered into with Qatar Holding LLC ("**Qatar Holding**") in June and October 2008 (the "**Agreements**"). The FCA commenced an investigation into whether the Agreements may have related to Barclays PLC's capital raisings in June and November 2008 (the "**Capital Raisings**"). The existence of the June 2008 advisory services agreement was disclosed, but the entry into the advisory services agreement in October

2008 and the fees payable under the Agreements, which amounted to a total of £322m payable over a period of five years, were not disclosed in the announcements or public documents relating to the Capital Raisings. The SFO also commenced an investigation into the Agreements and into a \$3bn loan (the "**Loan**") provided by Barclays Bank PLC in November 2008 to the State of Qatar.

SFO Proceedings

In 2017, the SFO charged Barclays PLC with two offences of conspiring with certain former senior officers and employees of Barclays to commit fraud by false representations relating to the Agreements and one offence of unlawful financial assistance in relation to the Loan. In February 2018, the SFO also charged Barclays Bank PLC with the same offence in respect of the Loan. In May 2018, the Crown Court dismissed all charges against Barclays PLC and Barclays Bank PLC, and in October 2018, the High Court denied the SFO's application to reinstate the charges, which were consequently dismissed.

FCA Proceedings and other investigations

In 2013, the FCA issued warning notices (the Notices) finding that, while Barclays PLC and Barclays Bank PLC believed at the time of the execution of the Agreements that there should be at least some unspecified and undetermined value to be derived from them, the primary purpose of the Agreements was not to obtain advisory services but to make additional payments, which would not be disclosed, for the Qatari participation in the Capital Raisings. The Notices concluded that Barclays PLC and Barclays Bank PLC were in breach of certain disclosure-related listing rules and Barclays PLC was also in breach of Listing Principle 3 (the requirement to act with integrity towards holders and potential holders of the Company's shares). In this regard, the FCA considers that Barclays PLC and Barclays Bank PLC acted recklessly. The financial penalty provided in the Notices against Barclays is £50m. Barclays PLC and Barclays Bank PLC continue to contest the findings. The FCA action has been stayed due to the SFO proceedings pending against certain former Barclays executives, trial in respect of which commenced in January 2019.

In addition, the DoJ and the SEC have been conducting investigations relating to the Agreements.

Civil Action

In 2016, PCP Capital Partners LLP and PCP International Finance Limited (PCP) served a claim on Barclays Bank PLC seeking damages for fraudulent misrepresentation and deceit, arising from alleged statements made by Barclays Bank PLC to PCP in relation to the terms on which securities were to be issued to potential investors, allegedly including PCP, in the November 2008 capital raising. PCP seeks damages of up to £1,477m (plus interest from November 2017) and costs. Barclays Bank PLC is defending the claim and trial is scheduled to commence in October 2019.

Claimed amounts/Financial impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on Barclays or what effect they might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period. The financial penalty provided in the FCA's Notices against Barclays is £50m. PCP has made a claim against Barclays Bank PLC for damages of up to £1,477m plus interest and costs. These amounts do not necessarily reflect Barclays' potential financial exposure in respect of these matters.

Investigations into certain business relationships

In 2012, the DoJ and SEC commenced investigations in relation to whether certain relationships with third parties who assist Barclays PLC to win or retain business are compliant with the US Foreign Corrupt Practices Act. Various regulators in other jurisdictions are also being briefed on the investigations. Separately, Barclays is cooperating with the DoJ and SEC in relation to an investigation into certain of its hiring practices in Asia and elsewhere and is keeping certain regulators in other jurisdictions informed.

Claimed amounts/Financial impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on Barclays or what effect they might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Investigations relating to whistleblowing systems and controls

In 2017, the FCA and the Prudential Regulation Authority (PRA) commenced investigations into the Barclays Group Chief Executive Officer (CEO), relating to his attempt in 2016 to identify the author of a letter that was treated by Barclays Bank PLC as a whistleblower, and into Barclays Bank PLC, as to its responsibilities relating to the attempt by the CEO to identify the author of the letter, as well as Barclays' systems and controls and culture relating to whistleblowing.

In May 2018, the FCA and PRA published final notices confirming their finding that the CEO's actions in relation to this matter represented a breach of Individual Conduct Rule 2 (requirement to act with due skill, care and diligence). There were no findings by the FCA or PRA that the CEO acted with a lack of integrity nor any findings that he lacked fitness and propriety to continue to perform his role as Group Chief Executive Officer.

In respect of its investigation relating to Barclays Bank PLC, the FCA and PRA concluded that they would not take enforcement action in respect of this matter. However, each of Barclays Bank PLC and Barclays Bank UK PLC agreed to be subject to requirements to report to the FCA and PRA on certain aspects of their whistleblowing programmes.

The New York Department of Financial Services (NYDFS) and the Federal Reserve Bank of New York also conducted their own investigations in respect of this matter. In December 2018, the NYDFS issued a consent order that imposed a \$15m civil penalty on Barclays Bank PLC, which has been paid, for failings in its whistleblowing programme as well as certain remediation and reporting obligations related to its whistleblowing programme. All regulatory investigations relating to these events are now concluded.

Claimed amounts/Financial impact

Aside from the settlement discussed above, there is no financial impact on Barclays' operating results, cash flows or financial position.

Investigations into LIBOR and other benchmarks

Regulators and law enforcement agencies, including certain competition authorities, from a number of governments have been conducting investigations relating to Barclays Bank PLC's involvement in manipulating certain financial benchmarks, such as LIBOR and EURIBOR. In 2012, Barclays Bank PLC announced that it had reached settlements with the Financial Services Authority ("FSA") (as predecessor to the FCA), the US Commodity Futures Trading Commission ("CFTC") and the DoJ in relation to their investigations concerning certain benchmark interest rate submissions, and Barclays Bank PLC paid total penalties of £290m. The settlement with the DoJ was made by entry into a Non-Prosecution Agreement ("NPA") which has now expired. Barclays PLC, Barclays Bank PLC and Barclays Capital Inc. ("BCI") have reached settlements with certain other regulators and law enforcement agencies. Barclays Bank PLC continues to respond to requests for information from the SFO in relation to its ongoing LIBOR investigation, including in respect of Barclays Bank PLC.

Claimed amounts/Financial impact

Aside from the settlements discussed above, it is not currently practicable to provide an estimate of any further financial impact of the actions described on Barclays or what effect they might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

LIBOR and other benchmark civil actions

Following settlement of the investigations referred to above in 'Investigations into LIBOR and other benchmarks', various individuals and corporates in a range of jurisdictions have threatened or brought civil actions against Barclays and other banks in relation to LIBOR and/or other benchmarks. While certain cases have been dismissed, settled or settled subject to final

approval from the relevant court (and in the case of class actions, the right of class members to opt out of the settlement and to seek to file their own claims), other actions remain pending and their ultimate impact is unclear.

USD LIBOR Cases in the Multidistrict Litigation Court

The majority of the USD LIBOR cases, which have been filed in various US jurisdictions, have been consolidated for pre-trial purposes before a single judge in the US District Court in the Southern District of New York (SDNY).

The complaints are substantially similar and allege, amongst other things, that Barclays PLC, Barclays Bank PLC, BCI and other financial institutions individually and collectively violated provisions of the US Sherman Antitrust Act (Antitrust Act), the US Commodity Exchange Act (CEA), the US Racketeer Influenced and Corrupt Organizations Act (RICO), the Securities Exchange Act of 1934 and various state laws by manipulating USD LIBOR rates.

Certain of the proposed class actions have been settled. Barclays has settled claims purportedly brought on behalf of plaintiffs that (i) engaged in USD LIBOR-linked over-the-counter transactions (OTC Class); (ii) purchased USD LIBOR-linked financial instruments on an exchange; (iii) purchased USD LIBOR-linked debt securities; or (iv) issued loans linked to USD LIBOR (Lender Class) and paid \$120m, \$20m, \$7.1m and \$4m respectively. The settlements with the OTC Class and the Lender Class have received final court approval. The other settlements remain subject to final court approval and/or the right of class members to opt out of the settlement and to seek to file their own claims.

The remaining putative class actions and individual actions seek unspecified damages with the exception of five lawsuits, in which the plaintiffs are seeking a combined total in excess of \$1.25bn in actual damages against all defendants, including Barclays Bank PLC, plus punitive damages. Some of the lawsuits also seek trebling of damages under the Antitrust Act and RICO.

EURIBOR Case in the SDNY

In 2015, \$94m was paid in settlement of a EURIBOR-related class action. The court granted final approval of Barclays' settlement in May 2018.

Additional USD LIBOR Cases in the SDNY

In 2015, an individual action against Barclays Bank PLC and other panel bank defendants was dismissed by the SDNY. The plaintiff alleged that the panel bank defendants conspired to increase USD LIBOR, which caused the value of bonds pledged as collateral for a loan to decrease, ultimately resulting in the sale of the bonds at a low point in the market. In March 2018, the court denied the plaintiff's motion for leave to amend its complaint and dismissed the case. The plaintiff's appeal of the court's order is pending.

In January 2019, two putative class actions were filed in the SDNY against Barclays PLC, Barclays Bank PLC, BCI, other financial institution defendants and Intercontinental Exchange Inc. and certain of its affiliates (ICE), asserting antitrust and unjust enrichment claims on allegations that, beginning in 2014, defendants manipulated USD LIBOR through defendants' submissions to ICE, which took over rate-setting duties for LIBOR from the British Bankers' Association in 2014. These two actions were consolidated in February 2019.

Sterling LIBOR Case in SDNY

In 2015, a putative class action was filed in the SDNY against Barclays Bank PLC and other Sterling LIBOR panel banks by a plaintiff involved in exchange-traded and over-the-counter derivatives that were linked to Sterling LIBOR. The complaint alleges, among other things, that the defendants manipulated the Sterling LIBOR rate between 2005 and 2010 and, in so doing, committed CEA, Antitrust Act, and RICO violations. In 2016, this class action was consolidated with an additional putative class action making similar allegations against Barclays Bank PLC and BCI and other Sterling LIBOR panel banks. The defendants' motion to dismiss was granted in December 2018. The plaintiff has asked the court to reconsider this decision.

Japanese Yen LIBOR Cases in SDNY

In 2012, a putative class action was filed in the SDNY against Barclays Bank PLC and other Japanese Yen LIBOR panel banks by a plaintiff involved in exchange-traded derivatives. The complaint also names members of the Japanese Bankers Association's Euroyen Tokyo Interbank Offered Rate (Euroyen TIBOR) panel, of which Barclays Bank PLC is not a member. The complaint alleges, amongst other things, manipulation of the Euroyen TIBOR and Yen LIBOR rates and breaches of the CEA and Antitrust Act between 2006 and 2010. In 2014, the court dismissed the plaintiff's antitrust claims in full, but the plaintiff's CEA claims remain pending. Discovery is ongoing.

In 2017, a second putative class action concerning Yen LIBOR which was filed in the SDNY against Barclays PLC, Barclays Bank PLC and BCI was dismissed in full. The complaint makes similar allegations to the 2012 class action. The plaintiffs have appealed the dismissal.

SIBOR/SOR Case in the SDNY

In 2016, a putative class action was filed in the SDNY against Barclays PLC, Barclays Bank PLC, BCI and other defendants, alleging manipulation of the Singapore Interbank Offered Rate (SIBOR) and Singapore Swap Offer Rate (SOR). The plaintiffs amended their complaint in 2017 following dismissal by the court of the claims against Barclays for failure to state a claim. In October 2018, the court dismissed all claims against Barclays PLC, Barclays Bank PLC and BCI, a decision that the plaintiffs are challenging.

Non-US Benchmarks Cases

In the UK, certain local authorities have brought claims against Barclays asserting that they entered into loans in reliance on misrepresentations made by Barclays in respect of its conduct in relation to LIBOR.

In addition to the US and UK actions described above, legal proceedings have been brought or threatened against Barclays in connection with alleged manipulation of LIBOR and EURIBOR and other benchmarks in the UK, a number of other jurisdictions in Europe, Israel and Argentina. Additional proceedings in other jurisdictions may be brought in the future.

Claimed amounts/Financial impact

Aside from the settlements discussed above, it is not currently practicable to provide an estimate of any further financial impact of the actions described on Barclays or what effect they might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Foreign Exchange Investigations

Various regulatory and enforcement authorities across multiple jurisdictions have been investigating a range of issues associated with Foreign Exchange sales and trading, including electronic trading.

In 2015 Barclays reached settlements with the CFTC, the DoJ, the NYDFS, the Board of Governors of the Federal Reserve System (Federal Reserve) and the FCA (together, the 2015 Resolving Authorities) in relation to investigations into certain sales and trading practices in the Foreign Exchange market. In connection with these settlements, Barclays paid total penalties of approximately \$2.38bn and agreed to undertake certain remedial actions.

Under the plea agreement with the DoJ, in addition to a criminal fine, Barclays PLC agreed to a term of probation of three years during which Barclays PLC, including its subsidiaries, must, amongst other things, (i) commit no crime whatsoever in violation of the federal laws of the US, (ii) implement and continue to implement a compliance program designed to prevent and detect the conduct that gave rise to the plea agreement, (iii) report credible evidence of criminal violations of US antitrust or fraud laws to the relevant US authority, and (iv) strengthen its compliance and internal controls as required by relevant regulatory or enforcement agencies. In January 2017, the US District Court for the District of Connecticut accepted the plea agreement and in accordance with the agreement sentenced Barclays PLC to pay \$650m as a fine and \$60m for violating the NPA (which amounts are part of the \$2.38bn referred to above)

and to serve three years of probation from the date of the sentencing order. Barclays also continues to provide relevant information to certain of the 2015 Resolving Authorities.

The European Commission is one of a number of authorities still conducting an investigation into certain trading practices in the Foreign Exchange market.

The DoJ has also conducted an investigation into conduct relating to certain trading activities in connection with certain transactions during 2011 and 2012. Barclays has been providing information to the DoJ and other relevant authorities reviewing this conduct. In February 2018, the DoJ issued a letter closing its investigation of Barclays in exchange for, among other things, Barclays' agreement to pay \$12.9m in disgorgement and restitution, which can be offset by any settlement amount paid as civil restitution. Barclays resolved a related civil dispute. The amount paid was not material to Barclays.

Claimed amounts/Financial impact

Aside from the settlements discussed above, it is not currently practicable to provide an estimate of any further financial impact of the actions described on Barclays or what effect they might have on Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Civil actions in respect of Foreign Exchange

Following settlement of certain investigations referred to above in 'Foreign Exchange Investigations' a number of individuals and corporates in a range of jurisdictions have threatened or brought civil actions against Barclays and other banks in relation to Foreign Exchange or may do so in the future. Certain of these cases have been dismissed, settled or settled subject to final approval from the relevant court (and in the case of class actions, the right of class members to opt out of the settlement and to seek to file their own claims).

Consolidated FX Action

In 2014, a number of civil actions filed in the SDNY on behalf of proposed classes of plaintiffs alleging manipulation of Foreign Exchange markets under the Antitrust Act and New York state law and naming several international banks as defendants, including Barclays Bank PLC, were combined into a single consolidated action (Consolidated FX Action). In 2015, Barclays Bank PLC and BCI settled the Consolidated FX Action and paid \$384m. The settlement received final court approval in August 2018.

FX Opt Out Action

In November 2018, a group of sixteen plaintiffs (and several of their affiliates) who opted out of the Consolidated FX Action settlement filed a complaint in the SDNY against the Consolidated FX Action defendants, including Barclays Bank PLC and BCI.

ERISA FX Action

Since 2015, several civil actions have been filed in the SDNY on behalf of proposed classes of plaintiffs purporting to allege different legal theories of injury (other than those alleged in the Consolidated FX Action) related to alleged manipulation of Foreign Exchange rates, including claims under the US Employee Retirement Income Security Act ("**ERISA**") statute ("**ERISA Claims**"), and naming several international banks as defendants, including Barclays PLC, Barclays Bank PLC and BCI. The Court dismissed the ERISA Claims. This dismissal was affirmed on appeal in 2018 and is not subject to further appeal.

Retail Basis Action

A putative action was filed in the Northern District of California (and subsequently transferred to the SDNY) against several international banks, including Barclays PLC and BCI, on behalf of a putative class of individuals that exchanged currencies on a retail basis at bank branches ("**Retail Basis Claims**"). The Court has ruled that the Retail Basis Claims are not covered by the settlement agreement in the Consolidated FX Action. The Court subsequently dismissed all Retail Basis Claims against Barclays and all other defendants. The plaintiffs amended their

complaint and sought to expand the action to include credit card, debit card and wire transactions, which expansion the Court denied.

State Law FX Action

In 2016, a putative class action was filed in the SDNY under federal, New York and California law on behalf of proposed classes of stockholders of Exchange Traded Funds and others who supposedly were indirect investors in FX Instruments. The plaintiffs' counsel subsequently amended the complaint to bring claims on behalf of a proposed class of investors under federal and various state laws who traded FX Instruments through FX dealers or brokers not alleged to have manipulated Foreign Exchange Rates. A different group of plaintiffs subsequently filed another action and asserted substantively similar claims. These two actions were consolidated and a consolidated complaint was filed in 2017. The consolidated action was dismissed, but the plaintiffs were permitted to file an amended complaint, except as to their federal claims, in November 2018.

Non-US FX Actions

In addition to the actions described above, legal proceedings have been brought or are threatened against Barclays in connection with manipulation of Foreign Exchange in the UK, a number of other jurisdictions in Europe and Israel, and additional proceedings may be brought in the future.

Claimed amounts/Financial impact

Aside from the settlement described above, it is not currently practicable to provide an estimate of any further financial impact of the actions described on Barclays or what effect they might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Metals investigations

Barclays Bank PLC has provided information to the DoJ, the CFTC and other authorities in connection with investigations into metals and metals-based financial instruments.

Claimed amounts/Financial impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on Barclays or what effect they might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Civil actions in respect of the gold and silver fix

A number of civil complaints, each on behalf of a proposed class of plaintiffs, have been consolidated and transferred to the SDNY. The complaints allege that Barclays Bank PLC and other members of The London Gold Market Fixing Ltd. manipulated the prices of gold and gold derivative contracts in violation of the CEA, the Antitrust Act, and state antitrust and consumer protection laws.

Also, in the US, a proposed class of plaintiffs filed a complaint against a number of banks, including Barclays Bank PLC, BCI and Barclays Capital Services Ltd., alleging manipulation of the price of silver in violation of the CEA and antitrust laws. The court has dismissed this action as against the Barclays entities.

Civil actions have also been filed in Canadian courts against Barclays PLC, Barclays Bank PLC, Barclays Capital Canada Inc., BCI and Barclays Capital PLC on behalf of proposed classes of plaintiffs alleging manipulation of gold and silver prices in violation of Canadian law.

Claimed amounts/Financial impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on Barclays or what effect they might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

US residential and commercial mortgage-related activity and litigation

There have been various investigations and civil litigation relating to secondary market trading of US Residential Mortgage-Backed Securities (RMBS) and US Commercial Mortgage-Backed Securities (CMBS).

DoJ Civil Action

In December 2016, the DoJ filed a civil complaint against Barclays Bank PLC, Barclays PLC, BCI, Barclays Group US Inc., Barclays US LLC, BCAP LLC, Securitized Asset Backed Receivables LLC and Sutton Funding LLC, in the US District Court in the Eastern District of New York (EDNY) containing a number of allegations, including mail and wire fraud, relating to mortgage-backed securities sold between 2005 and 2007. In March 2018, Barclays reached a settlement with the DoJ to resolve this complaint. Barclays paid a civil penalty of \$2bn in connection with this settlement.

RMBS Repurchase Requests

Barclays was the sole provider of various loan-level representations and warranties ("**R&Ws**") with respect to:

- approximately \$5bn of Barclays sponsored securitisations;
- approximately \$0.2bn of sales of loans to government sponsored enterprises ("**GSEs**"); and
- approximately \$3bn of loans sold to others

In addition, an entity that Barclays acquired in 2007 (Acquired Subsidiary) provided R&Ws on \$19.4bn of loans it sold to third parties.

R&Ws on the remaining Barclays sponsored securitisations were primarily provided by third-party originators directly to the securitisation trusts with a Barclays subsidiary, such as the depositor for the securitisation, providing more limited R&Ws. There are no stated expiration provisions applicable to most R&Ws made by Barclays, the Acquired Subsidiary or these third parties.

Under certain circumstances, Barclays and/or the Acquired Subsidiary may be required to repurchase the related loans or make other payments related to such loans if the R&Ws are breached.

The unresolved repurchase requests received on or before 31 December 2018 associated with all R&Ws made by Barclays or the Acquired Subsidiary on loans sold to GSEs and others and private-label activities had an original unpaid principal balance of approximately \$2.1bn at the time of such sale.

The unresolved repurchase requests discussed above relate to civil actions that have been commenced by the trustees for certain RMBS securitisations in which the trustees allege that Barclays and/or the Acquired Subsidiary must repurchase loans that violated the operative R&Ws. Such trustees and other parties making repurchase requests have also alleged that the operative R&Ws may have been violated with respect to a greater (but unspecified) amount of loans than the amount of loans previously stated in specific repurchase requests made by such trustees. This litigation is ongoing.

In May 2018, the Acquired Subsidiary agreed to a settlement of a civil action relating to claims for indemnification for losses allegedly suffered by a loan purchaser as a result of alleged breaches of R&Ws provided by the Acquired Subsidiary in connection with loan sales to the purchaser during the period 1997 to 2007. The amount paid was not material to Barclays.

Claimed amounts/Financial impact

It is not currently practicable to provide an estimate of any further financial impact of the actions described on Barclays or what effect they might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Alternative trading systems

In 2014, the New York State Attorney General ("**NYAG**") filed a complaint ("**NYAG Complaint**") against Barclays PLC and BCI in the Supreme Court of the State of New York alleging, amongst other things, that Barclays PLC and BCI engaged in fraud and deceptive practices in connection with LX, Barclays' SEC-registered alternative trading system (ATS). In February 2016, Barclays reached separate settlement agreements with the SEC and the NYAG to resolve those agencies' claims against Barclays PLC and BCI relating to the operation of LX and paid \$35m to each.

Barclays PLC and BCI were named in a purported class action by an institutional financial services firm under California law based on allegations similar to those in the NYAG Complaint. In October 2016, the federal court in California granted the motion of Barclays PLC and BCI to dismiss the entire complaint. In July 2018, the court of appeals affirmed the dismissal.

Following the filing of the NYAG Complaint, Barclays PLC and BCI were also named in a putative shareholder securities class action along with certain current and former executives. The plaintiffs claim that holders of Barclays American Depositary Receipts (ADRs) suffered damages when the ADRs declined in value as a result of the allegations in the NYAG Complaint. The parties have agreed to a settlement of this action for \$27m, which is subject to final court approval.

Claimed amounts/Financial impact

Barclays does not expect the financial impact of the actions described to be material to Barclays' operating results, cash flows or financial position.

Treasury auction securities civil actions and related matters

Various civil actions have been filed against Barclays Bank PLC, BCI and other financial institutions alleging violations of antitrust and other laws relating to the markets for US Treasury securities and Supranational, Sovereign and Agency securities. Certain governmental authorities are also conducting investigations relating to trading of certain government and agency securities in various markets.

Numerous putative class action complaints have been filed in US Federal Court against Barclays Bank PLC, BCI and other financial institutions that have served as primary dealers in US Treasury securities. Those actions have been consolidated and in 2017, plaintiffs in the putative class action filed a consolidated amended complaint in the US Federal Court in New York against the defendants as well as certain corporations that operate electronic trading platforms on which US Treasury securities are traded. The complaint purports to assert claims under US federal antitrust laws and state common law based on allegations that the defendants (i) conspired to manipulate the US Treasury securities market and/or (ii) conspired to prevent the creation of certain platforms by boycotting or threatening to boycott such trading platforms. The defendants have filed a motion to dismiss.

In addition, certain plaintiffs have filed a related, direct action against BCI and certain other financial institutions that have served as primary dealers in US Treasury securities. This complaint alleges that defendants conspired to fix and manipulate the US Treasury securities market in violation of US federal antitrust laws, the CEA and state common law.

Barclays PLC, Barclays Bank PLC, BCI, Barclays Services Limited, Barclays Capital Securities Limited and certain other financial institutions have been named as defendants in a civil antitrust complaint that alleges that the defendants engaged in a conspiracy to fix prices and restrain competition in the market for US dollar-denominated Supranational, Sovereign and Agency bonds ("**SSA Bonds**") from 2009 through 2015. The defendants have moved to dismiss the action. In February 2019, indirect purchasers of SSA Bonds filed a separate but related complaint making similar allegations.

Certain governmental authorities are conducting investigations into activities relating to the trading of certain government and agency securities in various markets and Barclays has been providing information to various authorities on an ongoing basis.

Claimed amounts/Financial impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on Barclays or what effect they might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Mexican Government Bond civil action

Barclays PLC, Barclays Bank PLC, BCI, Barclays Capital Securities Limited, Barclays Bank Mexico, S.A., Grupo Financiero Barclays Mexico, S.A. de C.V. and Banco Barclays S.A., together with other financial institutions that allegedly transacted in Mexican government bonds (MGB), are named as defendants in a class action consolidated in the SDNY. The plaintiffs assert antitrust and state law claims arising out of an alleged conspiracy to fix the prices of MGB from 2006 through mid-2017. Defendants have moved to dismiss the consolidated action.

Claimed amounts/Financial impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on Barclays or what effect they might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

American Depositary Shares

Barclays PLC and Barclays Bank PLC were named as defendants in a securities class action consolidated in the SDNY that alleged misstatements and omissions in offering documents for certain American Depositary Shares issued by Barclays Bank PLC in April 2008 with an original face amount of approximately \$2.5 billion (the "**April 2008 Offering**"). The plaintiffs asserted claims under the Securities Act of 1933, alleging misstatements and omissions concerning (amongst other things) Barclays Bank PLC's exposure to mortgage and credit market risk and its financial condition. In 2017, the SDNY granted the defendants' motion for summary judgment on all claims against them, a decision affirmed by the appellate court in November 2018.

Claimed amounts/Financial impact

Absent the summary judgment decision being overturned on appeal, Barclays does not expect the financial impact of the action described to be material to Barclays' operating results, cash flows or financial position.

BDC Finance L.L.C.

In 2008, BDC Finance L.L.C. (BDC) filed a complaint in the NY Supreme Court alleging that Barclays Bank PLC had breached a contract in connection with a portfolio of total return swaps governed by an ISDA Master Agreement (collectively, the "**Agreement**") when it failed to transfer approximately \$40m of alleged excess collateral in response to BDC's 2008 demand (the "**Demand**").

BDC asserts that under the Agreement Barclays Bank PLC was not entitled to dispute the Demand before transferring the alleged excess collateral and that even if the Agreement entitled Barclays Bank PLC to dispute the Demand before making the transfer, Barclays Bank PLC failed to dispute the Demand. BDC demands damages totalling \$298m plus attorneys' fees, expenses, and pre-judgement interest. Following a trial on certain liability issues, the court ruled in December 2018 that Barclays Bank PLC was not a defaulting party. In January 2019, BDC filed a notice of appeal of that decision.

In 2011, BDC's investment advisor, BDCM Fund Adviser, L.L.C. and its parent company, Black Diamond Capital Holdings, L.L.C. also sued Barclays Bank PLC and BCI in Connecticut State Court for unspecified damages allegedly resulting from Barclays Bank PLC's conduct relating to the Agreement, asserting claims for violation of the Connecticut Unfair Trade Practices Act and tortious interference with business and prospective business relations. The Connecticut case is currently stayed.

Claimed amounts/Financial impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on Barclays or what effect they might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period. BDC has made claims against Barclays totalling \$298m plus attorneys' fees, expenses, and pre-judgement interest. This amount does not necessarily reflect Barclays' potential financial exposure if a ruling were to be made against it.

Civil actions in respect of the US Anti-Terrorism Act

Civil complaints against Barclays Bank PLC and other banks allege engagement in a conspiracy and violation of the US Anti-Terrorism Act ("ATA"). These include various civil complaints filed in the US Federal Courts in the EDNY and SDNY by separate groups of plaintiffs (aggregating over 4,000) alleging that Barclays Bank PLC and a number of other banks engaged in a conspiracy and violated the ATA by facilitating US dollar denominated transactions for the Government of Iran and various Iranian banks, which in turn funded acts of terrorism that injured or killed the plaintiffs' family members. The plaintiffs seek to recover for pain, suffering and mental anguish pursuant to the provisions of the ATA, which allows for the tripling of any proven damages and attorneys' fees. In respect of a motion by defendants to dismiss one of the complaints, in July 2018, a magistrate judge (to whom the court referred the motion) issued a recommendation that the motion be denied; the defendants objected to that recommendation; and the motion is pending before the court.

Claimed amounts/Financial impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on Barclays or what effect they might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Interest rate swap and credit default swap US civil actions

Barclays PLC, Barclays Bank PLC, and BCI, together with other financial institutions that act as market makers for interest rate swaps (IRS), Trade Web, and ICAP, are named as defendants in several antitrust class actions which were consolidated in the SDNY in 2016. The complaints allege the defendants conspired to prevent the development of exchanges for IRS and demand unspecified money damages, treble damages and legal fees. Plaintiffs include certain swap execution facilities, as well as buy-side investors. The buy-side investors claim to represent a class that transacted in

fixed-for-floating IRS with defendants in the US from 2008 to the present, including, for example, US retirement and pension funds, municipalities, university endowments, corporations, insurance companies and investment funds. The case is in discovery.

In 2017, a separate suit was filed in the US District Court in the SDNY against the same financial institution defendants in the IRS cases, including Barclays PLC, Barclays Bank PLC, and BCI, claiming that certain conduct alleged in the IRS cases also caused plaintiff to suffer harm with respect to the Credit Default Swaps market. The defendants have moved to dismiss this action. Separately, in June 2018, trueEX LLC filed an antitrust class action in the SDNY against eleven financial institutions that act as dealers in the IRS market, including Barclays Bank PLC and BCI, alleging that the defendants unlawfully conspired to block trueEX from successfully entering the market with its IRS trading platform. trueEX LLC also alleges that the defendants more generally boycotted other anonymous, all-to-all IRS trading platforms. In November 2018, the court dismissed certain claims for unjust enrichment and tortious interference, but denied a motion to dismiss the federal and state antitrust claims which remain pending.

Claimed amounts/Financial impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on Barclays or what effect they might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Portuguese Competition Authority investigation

The Portuguese Competition Authority is investigating whether competition law was infringed by the exchange of information about retail credit products amongst 15 banks in Portugal, including Barclays, over a period of 11 years with particular reference to mortgages, consumer lending and lending to small and medium enterprises. Barclays is cooperating with the investigation.

Claimed amounts/Financial impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the matter described on Barclays or what effect it might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Investigations relating to retail structured deposits and capital protected structured notes

In 2015, the FCA commenced an enforcement investigation relating to the design, manufacture and sale of structured deposits by Barclays from November 2009. In January 2018, the FCA also commenced an enforcement investigation relating to the design, manufacture and sale of capital protected structured notes by Barclays from June 2008 to July 2014. The FCA has now closed these investigations with no action to be taken against Barclays.

Claimed amounts/Financial impact

There is no financial impact on Barclays' operating results, cash flows or financial position.

Investigation into collections and recoveries relating to unsecured lending

In February 2018, the FCA commenced an enforcement investigation in relation to whether or not Barclays implemented effective systems and controls with respect to collections and recoveries and whether or not it paid due consideration to the interests of customers in default and arrears.

Claimed amounts/Financial impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the investigation on Barclays or what effect that it might have upon Barclays' operating results, cash flows or financial position in any particular period.

HM Revenue & Customs (HMRC) assessments concerning UK Value Added Tax

In 2018, HMRC issued notices that have the effect of removing certain overseas subsidiaries that have operations in the UK from Barclays' UK VAT group, in which group supplies between members are generally free from VAT. The notices have retrospective effect and correspond to assessments of £181m (inclusive of interest), of which Barclays would expect to attribute an amount of approximately £128m to Barclays Bank UK PLC and £53m to Barclays Bank PLC. Barclays has appealed HMRC's decision to the First Tier Tribunal (Tax Chamber).

Claimed amounts/Financial impact

The total amount of the HMRC assessments is approximately £181m, inclusive of interest.

General

Barclays Bank PLC and its subsidiaries are engaged in various other legal, competition and regulatory matters in the UK, the US and a number of other overseas jurisdictions. The Barclays Bank Group is subject to legal proceedings brought by and against Barclays which arise in the ordinary course of business from time to time, including (but not limited to) disputes in relation to contracts, securities, debt collection, consumer credit, fraud, trusts, client assets, competition, data management and protection, money laundering, financial crime, employment, environmental and other statutory and common law issues.

The Barclays Bank Group is also subject to enquiries and examinations, requests for information, audits, investigations and legal and other proceedings by regulators, governmental and other public bodies in connection with (but not limited to) consumer protection measures, compliance with legislation and regulation, wholesale trading activity and other areas of bank-

ing and business activities in which Barclays is or has been engaged. Barclays is cooperating with the relevant authorities and keeping all relevant agencies briefed as appropriate in relation to these matters and others described in this note on an ongoing basis.

At the present time, Barclays Bank PLC does not expect the ultimate resolution of any of these other matters to have a material adverse effect on its financial position. However, in light of the uncertainties involved in such matters and the matters specifically described in this note, there can be no assurance that the outcome of a particular matter or matters (including formerly active matters or those matters arising after the date of this note) will not be material to Barclays Bank PLC's results, operations or cash flow for a particular period, depending on, amongst other things, the amount of the loss resulting from the matter(s) and the amount of profit otherwise reported for the reporting period.

Directors

The Directors of the Bank, each of whose business address is 1 Churchill Place, London E14 5HP, United Kingdom, their functions in relation to the Bank and their principal outside activities (if any) of significance to the Bank are as follows:

| <i>Name</i> | <i>Function(s) within the Bank</i> | <i>Principal outside activities</i> |
|---------------------------|-------------------------------------|--|
| Nigel Higgins | Non-Executive Director and Chairman | Barclays PLC (Chairman and Non-Executive Director); Sadler's Wells (Chairman); Tetra Laval Group (Non-Executive Director) |
| James Staley ¹ | Interim Chief Executive Officer | Barclays PLC (Chief Executive Officer; Institute of International Finance, Inc. (Board member); Bank Policy Institute (Board member) |
| Steven Ewart | Chief Financial Officer | |
| Peter Bernard | Non-Executive Director | Bowdoin College (Trustee); Windrose Advisors (Advisor); Massachusetts Audubon Society (Director) |
| Helen Keelan | Non-Executive Director | PM Group Ltd (Director); Liberty Insurance DAC (Director); Standard Life International DAC (Director) |
| Maria Ritcher | Non-Executive Director | Bessemer Trust (Director); Rexel Group (Director); Anglo Gold Ashanti (Director) |
| Jeremy Scott | Non-Executive Director | Parker Fitzgerald Group (Vice Chairman); The Great Britain Sasakawa Foundation (Trustee) |
| Alex Thursby | Non-Executive Director | Rank Group PLC (Director); Janheg Investments PTE Ltd (Director); Janheg Carribean Ltd (Director); Janheg Carribean Ltd (Director); Eden Rivers Trust (Trustee); Motive Labs Operations (Advisory Board Member); Giggleswick School (Board of Governors' Member) |
| Hélène Vletter-van Dort | Non-Executive Director | Intertrust N.V (Chair of supervisory Board); NN Group N.V (Director); School of Financial Law and Governance Rotterdam (Professor); Koninklijke Brill N.V Protective Foundation (Chair) |

¹ James Staley joined the Bank's Board with effect from 26 March 2019 and was appointed interim Chief Executive Officer of the Bank with effect from 26 March 2019 in addition to his role as Chief Executive Officer of Barclays PLC.

Potential conflicts of interest

No potential conflicts of interest exist between any duties to the Bank of the Directors listed above and their private interests or other duties.

Employees

At 31 December 2018, the total number of persons employed by the Group (full-time equivalent) was approximately 83,500 (31 December 2017: 79,900).

Auditors

The annual consolidated and unconsolidated financial statements of the Issuer for the two years ended 31 December 2018 and 31 December 2017 have been audited without qualification by PricewaterhouseCoopers of Southwark Towers, 32 London Bridge Street, London SE1 9SY, chartered accountants and registered auditors (authorised and regulated by the Financial Conduct Authority for designated investment business). PricewaterhouseCoopers in the United Kingdom is not a member of any professional body. However, PricewaterhouseCoopers are registered with the Institute of Chartered Accountants in England and Wales (ICAEW) and the Public Company Accounting Oversight Board (PCAOB)."